

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die Gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschiff 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseratenannahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Postgebäude. Telefon: 2721.

## Tageskalender.

Die konservative Presse stellt das Scheitern der Wahlrechtsvorlage in Aussicht.

Von den Bauarbeiterverbänden wird die Gesamtzahl der Ausgesperrten auf nur 130 000 bis 150 000 Mann berechnet.

Die Wahlen in Frankreich brachten bisher keine Verschiebung der Parteiverhältnisse, die bekannten Führer der Sozialdemokratie wurden wiedergewählt.

In Albanien tobt ein Kampf zwischen den Aufständischen und der Regierungstruppen.

## Die Maifeier.

Leipzig, 25. April.

I.

Am 8. Juni 1889, als die Vorarbeiten zum Pariser internationalen sozialistischen Kongress, bereits zu Ende geführt waren, schrieb Engels, der noch im Mai meinte, daß „bei der ganzen Sache schließlich nichts herauskomme“, an Sorge: „Die Bedeutung des Kongresses besteht darin, daß die Einheitsfront der sozialistischen Parteien Europas vor aller Welt dargelegt wird.“ Und diese Bewertung des Pariser Kongresses wurde von der weiteren Entwicklung bestätigt, wobei freilich zu beachten ist, daß sich die Einheitsfront der sozialistischen Parteien Europas, deren Manifestation der Pariser Kongress war, in einem langwierigen und komplizierten Prozeß vertieft und befestigt, ohne heute noch eine abgeschlossene Tatsache zu sein. Aber der Kongress war mehr, als Engels annehmen konnte. Der Pariser Kongress schuf eine ununterbrochen wiederkehrende Manifestation, die nicht nur die Einheitsfront aller sozialistischen Parteien Europas, sondern die Einheit der Arbeiterbewegung der ganzen Welt verkörpern soll. Er schuf die Maifeier, die alle Momente der modernen Arbeiterbewegung zu höherer Einheit verschmelzt, die reformatorische Tätigkeit auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet und beide mit der unwahrscheinlichen, revolutionären Tätigkeit, die Forderung des Achtstundentags mit der auf Aufhebung des Militarismus und schließlich alle diese Forderungen mit dem Ruf nach der sozialistischen Gesellschaft.

Der Marxismus, diese harmonische Vereinigung aller Kampfmethoden des Proletariats, wird vom Proletariat nicht überall im gleichen Maße angenommen, weil die erkommene Entwicklungsstufe nicht überall die Vereinigung aller Kampfmethoden gestattet. So steht es

auch mit der Maifeier. Das Proletariat jedes Landes nahm von ihr, was ihm am meisten paßte und legte so das Schwergewicht auf verschiedene Punkte der Demonstration. Auch wechselte in jedem Lande der Charakter der Maifeier mit den Jahren. Die Maifeier war einmal eine trotige Kampfdemonstration, dann wieder ein fröhliches Volksfest und manchmal nur eine schwere, formelle Pflichterfüllung. In diesen Bogen der Maifeier kam nicht genügend die Tatsache zum Ausdruck, daß die Massen, die sich für die Lösungen der Maifeier begeisterten, immer mehr wuchsen und daß die Quintessenz der Maifeier, die Idee der Vereinigung aller Kampfmethoden, also der Grundgedanke der sozialdemokratischen Auffassung vom Kampfe der Arbeiterklasse, immer tiefer Wurzeln faßte.

Das hatte seine Ursache in der dialektischen, nicht schematischen und nicht geraden Linie der fortschreitenden Entwicklung der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse arbeitet sich zur klaren sozialdemokratischen Auffassung nicht durch Bücherstudien, nicht auf dem Wege der Propaganda empor, sondern durch den Klassenkampf. Je mehr sich die Klassengegensätze in der Gesellschaft zuspitzen und sich die Kämpfe der Klassen in ihr vertiefen und vertiefen, desto reifer wird die politische Auffassung der Arbeiterklasse, desto mehr wird sie marxistisch. Die Zuspitzung der Klassengegensätze bedeutet ihre Verallgemeinerung, und das politische System von Karl Marx war — wenn man aus dem Begriff System alles Starre wegläßt — eben die Auffassung von dem Kampfe der Arbeiterklasse auf einer hohen Stufe des Kapitalismus. Aber diese Tendenz zur Verschärfung der Klassengegensätze, die wir in allen Ländern der kapitalistischen Entwicklung konstatieren können, wird von Erscheinungen begleitet, die eine Zeitlang den erreichten Entwicklungsgrad verschleiern oder die Erkenntnis dieser Entwicklung aufhalten können. So hatte die gute Konjunktur, die sprunghafte Entwicklung der Industrie in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts in den oberen Schichten der deutschen Arbeiterklasse ein gewisses Gefühl der Behäbigkeit gewekt, was bewirkte, daß Ausführungen einzelner Schriftsteller, die da meinten, die Klassengegensätze ließen sich durch Reformen aus der Welt schaffen, hier und da Anklang fanden. So hatte in dieser Zeit der ökonomischen Prosperität und politischen Stagnation die Entwicklung der Gewerkschaften bei manchen Gewerkschaftlern den Gedanken gewekt, daß das Schwergewicht des Kampfes der Arbeiterklasse in der Gewerkschaftsbewegung liege. Daraus zogen sie den Schluß, daß die Stellungnahme zu allen Fragen der Arbeiterbewegung vom Standpunkt der jeweiligen gewerkschaftlichen Kämpfe abhängen müßte. Da aber dieser Kampf auf partiellen Kämpfen beruhte und das Zurückweichen vor allgemeinen, großen Kämpfen, die große Mittel erforderten, für die höchste taktische Klugheit galt, sollte nun auch die Maifeier in ihrer würdigen Form, der Arbeitsruhe, abgeschafft werden.

Aber während noch diese Erscheinungen die Richtung der Entwicklung verhüllten, während noch Argumente ins Feld gebracht wurden, die gegen die Maifeier sprachen sollten, zeigten schon feurige Zeichen das Kommen der Tage, in denen der Charakter der fortgeschrittenen Entwicklung klar erscheinen wird. Die Nebel, die aus dem politischen Sumpfe, und die Kata Morgana, die aus dem gewerkschaftlichen Kampfe emporstiegen, mußten wie Spreu vor dem Winde zerfliegen.

Auf dem wirtschaftlichen Gebiete folgte der großen Prosperität der letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Krise, dann kam wieder die Prosperität, um wieder einer Krise Platz zu machen. Das steigerte gewaltig das Gefühl der Unsicherheit in der Arbeitermasse, und paulte ihr die Erkenntnis ein, daß der Kapitalismus, wenn auch seine Ketten zeitweise nicht so schwer sind, dennoch die Not der Arbeitermassen bedeutet.

Und daß die Ketten mit der Zeit nicht leichter, sondern immer schwerer werden, das demonstrierten die Kapitalisten der Arbeiterklasse mit aller Kraft vor. Die Zollpolitik verteuerte nicht nur die Lebensmittel der Arbeiterklasse und beraubte sie so der gewerkschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten, sie förderte auch den Zusammenschluß der Fabrikanten zu Kartellen und Unternehmerverbänden, wodurch sich deren Widerstand gegen die Gewerkschaftsbewegung kräftigte. Und wollte die Arbeiterklasse auf dem Wege des Gelezes ihre Lage verbessern, dann genügt ihr ein Blick auf die Gruppierung der Kräfte im Reichstage, um sich zu überzeugen, wie aussichtslos es ist, von den Junkern und Schlotbaronen, die, wie uneinig sie auch bei der Aufteilung der Beute sein mögen, doch wie eine Mauer den Forderungen der Arbeiterklasse entgegengetreten, Abhilfe zu erwarten.

Was also tun? Da kehrt der Blick des Arbeiters zu den unübersehbaren Massen des Proletariats zurück, wie sie, zusammengedrängt in den Fabriken, für ihre Ausbeuter roboten, und es wächst der Gedanke von einem allgemeinen Kampfe gegen das ganze kapitalistische System; der Gedanke an einen vereinigten Kampf, in dem alle Waffen der Arbeiterklasse zur Anwendung kommen. Mag man auch im Kampfgedränge nicht immer unterscheiden können, wie eine Waffe nach der andern auf den Feind niederfällt, der Gedanke an diesen Kampf, unser Sehnen nach ihm, verleiht der Maifeier, der Demonstration für die Einigkeit aller Kampfmethoden, eine spezielle Bedeutung. Die diesjährige Maifeier wird diese Bedeutung in um so höherem Maße besitzen, weil die Arbeiterklasse sich immer mehr bewußt wird, daß wir schon mitten im Kampfe stehen. Der preussische Wahlrechtskampf und die Bauarbeiterausperrung drücken der Maifeier den Stempel auf.

# Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zur Maifeier!

## Seuilleton.

### Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris. Einzige berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Kempster. Nachdruck verboten.

Nachdenklich fuhr Dyle weiter. Wie jedermann hierzulande wußte er um Banamees und Angeles Geschichte, die Tragödie des Missionsgartens, den geheimnisvollen andern, Banamees Flucht in die Wüsten des Südwestens und seine in gewissen Zeiträumen immer wieder erfolgende Rückkehr von dort; er kannte das verschlossene, menschenscheue Wesen des Sonderlings und hatte, wie der größte Teil des Landvolks, die einfachste und bequemste Erklärung dafür. Der Mensch war sicher nicht richtig im Kopfe. Das war die ganze Geschichte.

Gegen elf Uhr hielt Dyle vor der Post in Bonnevillie; er ging mit dem das Eintreffen der Fracht meldenden Zettel nicht sogleich nach Ruggles' Office. Es machte ihm Spaß, vorher ein Stündchen herumzubbummeln. Er kam selten in die Stadt; war er aber einmal dort, so gönnte er sich das Vergnügen, sich an seiner allgemeinen Beliebtheit zu erfreuen. Überall — in der Post, in der Apotheke, im Barbierladen, in der Umgebung des Gerichtsgebäudes traf er Freunde. Mit jedem plauderte er ein Weilchen; schließlich sagte der Betreffende fast immer: „Kommen Sie, trinken wir eins.“

„Schön, mir ist's recht.“ Die beiden Freunde schlenderten dann in die Posemitte-Bar und tranken sich unter peinlicher Beobachtung des alten guten Brauchs einander zu. Dyle war jedoch ein streng enthaltlicher Mann. Das Leben auf der Lokomotive hatte ihn dazu gemacht. Alkohol war für ihn nicht vorhanden; er trank nur Ingwerbier, Sarsaparilla mit Eisen und andre leichte Getränke. In der Apotheke, die auch Schreib- und Zeichenwaren führte, stand ihm „die transparente Zeichentafel“, ein Zeitvertreib für Kinder, ins Auge; auf einer kleinen Glasplatte mit rauher Oberfläche ließen sich darunterliegende Bildchen von Kühen, Pflügen, Früchten, ja selbst von ländlichen Wassermühlen sehr hübsch durchzeichnen. „Das ist 'ne Idee, Jim.“ bemerkte Dyle zu dem jungen Menschen hinter dem Sodawasserapparat. „Ich kenn' ein Kleinchen, das vor Vergnügen aus der Haut fährt, wenn sie das sieht. Ich denke, ich nehm' das Ding mit.“

„Was macht Sidnen?“ fragte der Verkäufer, während er die Tafel einpackte.

Dyles Schwärmerei für sein Töchterchen hatte Sidnen in ganz Bonnevillie zu einer Berühmtheit gemacht. Der Ex-Lokomotivführer wurde sofort redselig; wenn er von seinem Kinde sprach, war er unermüdlich.

„Das gescheiteste Kleinchen in ganz Tulare County und dabei spaßig — zum Totlachen! Ein ganzer Zirkus ist sie.“ so schloß er.

„Und der Hopfen?“ „Großartig!“ erklärte Dyle mit der Bereitwilligkeit des gutherzigen Mannes, jedem, der ihn anhören mag, von seinen Angelegenheiten zu erzählen. „Großartig! Eine Bonanzaernte ist mir jetzt bombensicher. Der Regen kam ausgerechnet gerade zur rechten Zeit. Ich weiß wahr-

haftig nicht, ob ich die Ernte in den Schuppen unterbringe, die ich gebaut habe — so groß wird sie sein. Dieser Vormann war 'ne Perle! Und Geld werd' ich dabei heraus schlagen, Jim! Nachdem ich die Hypothek abbezahlt habe — ich mußte nämlich Geld aufnehmen auf die Ernte und die Heimstätte, wissen Sie, aber ich kann die Hypothek samt den Zinsen mit Leichtigkeit abzahlen — na, was ich sagen wollte, nach Abzug aller Unkosten bleibt mir noch 'ne Masse Geld übrig. Ja, lieber Herr! Ich wußte doch genau, daß mit Hopfen was zu machen war. Ich hab' für die Ernte schon abgeschlossen, wissen Sie. Der Vormann hat das gedeichelt. Er ist 'ne Perle. 'n Kunde in San Francisco nimmt mir den ganzen Kitt ab und natürlich zu dem hohen Preise. Ich wollte noch abwarten, bis er auf sechs Cent gestiegen wäre, aber der Vormann sagte: Nein, das ist gut genug. Und da unterschrieb ich. Ist das nicht großartig, was?“

„Was werden Sie da alles machen?“

„Ja, ich weiß nicht. Vier Wochen oder so werd' ich mir Ferien machen. Ich will meine Mutter und das Kleinchen mal nach San Francisco nehmen und ihnen die Stadt zeigen. Wenn dann die Schulen wieder anfangen, dann wollen wir Sid in das Seminar in Marysville tun.“

„Sie werden wohl jetzt beim Hopfen bleiben, sollt' ich meinen.“

„Sehr richtig, alter Sohn. Ich weiß, was 'ne gute Sache ist. 'ne Masse Leute werden sich nächstes Jahr auf Hopfen verlegen. Ich hab' ihnen die Sache vorgemacht. Es sollte mich gar nicht wundern, wenn das hier 'ne reguläre Industrie wird. Ich mache meine Pläne schon fürs nächste Jahr. Den Vormann kann ich gehen lassen, weil ich doch jetzt selbst genau Bescheid weiß. Ich hab' vor,

# Zur Vorgeschichte der Aussperrung.

II.

In dem Vertragsentwurf, den die Unternehmer den Arbeitern aufdrängen wollten, spielt die Frage: lokaler oder zentraler Tarifvertrag, eine bedeutende Rolle. Die Ablehnung des zentralen Tarifvertrags durch die Arbeiter wird in der Denkschrift folgendermaßen begründet:

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erstrebt den zentralen Tarifvertrag. Er will in der Zukunft weder lokale Tarifverträge, noch auch solche, die sich über mehrere, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet umfassende Orte erstrecken. Das neue Tarifvertragsmuster des Arbeitgeberbunds wird damit eingeleitet, daß der Tarifvertrag abgeschlossen werden soll zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe und dem Zentralvorstand der betreffenden Gewerkschaft. Welche Gründe die Unternehmer veranlaßt haben, diese Forderung aufzustellen, haben sie bis jetzt den Arbeitern nicht gesagt. „Die beiderseitigen Organisationen haben als Vertragsparteien aufzutreten, um eine bessere Innehaltung des Vertrags zu gewährleisten.“ Der Arbeitgeberbund will „die Verantwortung (für den Tarifvertrag) auf einen Kreis beschränken, der möglichst klein ist“. Die beiderseitigen Organisationen „sind dann die Vertragskontrahenten und haften einander für die Innehaltung“. Das war alles, was die Unternehmer zur Begründung ihres Antrags auf Abschluß eines zentralen Tarifvertrags ins Feld führten. Die Vertreter der beteiligten Gewerkschaften haben den Antrag abgelehnt und verlangt, daß die Tarifverträge, wie bisher, auch in der Zukunft auf lokaler Grundlage abgeschlossen werden sollen.

Bis zum Jahre 1906 bestanden im Baugewerbe nur lokale Tarifverträge; daneben auch solche, die sich über ein einheitliches, mehrere Orte umfassendes Wirtschaftsgebiet erstreckten. Die Tarifbewegung 1905 veränderte diesen Zustand insofern, als ein zentrales Tarifvertragsmuster für lokale Tarifverträge geschaffen wurde. Ob und unter welchen Bedingungen die Arbeitgeber und Arbeiter eines Orts beziehungsweise Wirtschaftsgebiets einen Tarifvertrag miteinander eingehen wollten, war ihnen bis dahin in jedem Falle selbst überlassen geblieben; dafür waren lediglich die Verhältnisse an dem betreffenden Orte oder in dem Gebiete entscheidend. Ein Zwang zum Abschluß eines Tarifvertrags konnte und sollte nicht geübt werden. War in einem Orte auf beiden Seiten, bei Unternehmern wie Arbeitern, das Bestreben nach Tarifierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden, dann vollzog sich der Abschluß eines Tarifs in der Regel ohne nennenswerte Schwierigkeiten. So stark auch in Unternehmerrreisen anfänglich die Abneigung gegen eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war, so ist es doch auch vorgekommen, daß die Unternehmer selbst die Tarifierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anregten. Die Zahl der Tarifverträge hat sich mit und gegen den Willen der Unternehmer ständig vermehrt. Vielfach hat es allerdings harter Kämpfe bedurft, bevor sich die Unternehmer zu dem Abschluß von Tarifverträgen verstanden. Diese Kämpfe aber haben Klärung gebracht und die Unternehmer den Nutzen und die Vorteile der Tarifverträge erkennen lassen. Auch die Unternehmer selbst äußerten sich, wie noch nachgewiesen werden soll, über ihre Erfahrungen mit den Tarifverträgen durchaus günstig. Nach alledem durfte angenommen werden, daß durch die Tarifverträge — abgesehen von einzelnen Ausnahmen — im allgemeinen leidlich befriedigende Arbeitsverhältnisse geschaffen waren. Für die Arbeiter lag der Vorteil der Tarifverträge darin, daß in ihnen vorweg festgelegt wurde, was während ihrer Dauer die Gewerkschaften eventuell durch Kampf hätten erzwingen können, und für die Unternehmer waren sie ein Mittel zur Beibehaltung der Schmutzkonkurrenz, indem sie eine gewisse Stabilität der Arbeitsbedingung und damit die Möglichkeit schufen zur sicheren Kalkulation bei Preisfestsetzungen usw. Auch die Gewerbebehörden haben sich die Förderung der Tarifverträge sehr angelegen sein lassen, indem sie ihnen durch ihre Entscheidungen vielfach Ortsgebrauch verschafften.

Die Tarifbewegung im Baugewerbe hat sich also bisher auf lokaler Grundlage vollzogen, und es sind damit schöne Resultate erzielt worden, nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für das ganze Baugewerbe und darüber hinaus für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Es trifft keineswegs zu, wie so oft behauptet wird, daß die Tarifbewegung

im Baugewerbe die Produktion und darüber hinaus die Volkswirtschaft gestört habe.

Die Gründe dafür, daß die bisherigen Arbeitskämpfe die baugewerbliche Produktion nicht in nennenswerter Weise beeinträchtigt haben, sind ohne große Mühe zu finden. Sie liegen in dem lokalen Charakter der Arbeitskämpfe, deren Willen nur selten über die Grenzen des Kampforts hinausgeschlugen. Solange die Tarifverträge auf lokaler Grundlage basierten, haben auch die Arbeitskämpfe ihren lokalen Charakter behauptet. Nur ausnahmsweise einmal haben sie in ihren Wirkungen die nächste Umgebung des Kampforts mit ergriffen; und dann war es in allen Fällen die Absicht der Unternehmer. Blicke so auf der einen Seite das Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit vor schweren Erschütterungen bewahrt, so gelangten auf der andern Seite die Unternehmer und Arbeiter des Baugewerbes durch den Abschluß lokaler Tarifverträge zu einigermaßen befriedigenden Arbeitsverhältnissen. Daß sich bei dieser Entwicklung das Baugewerbe gut gestanden hat, beweist ja gerade die fortgesetzte Zunahme der Tarifverträge. Am Schlusse des Jahres 1907 bestanden Tarifverträge: im Maurergewerbe 797 für 8005 Orte mit 12 137 Maurereibetrieben mit 154 385 Gesellen und 69 239 Hilfsarbeitern, im Zimmergewerbe 407 für 2861 Orte mit 5947 Zimmererbetrieben und 46 216 Zimmerern.

In diese Entwicklung hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe störend eingegriffen, weil er keine lokalen Tarifverträge mehr will. „Wo es notwendig ist, Tarifverträge abzuschließen, dann aber auch nur Tarifverträge großen Stils auf einheitlicher Grundlage... und mit einheitlichem Ablauftermin.“ Das ist die Absicht des Arbeitgeberbunds, die auch seinem neuen Tarifmuster zugrunde gelegt ist. Eine solche grundsätzliche Umwandlung des Tarifverhältnisses birgt ganz naturgemäß die schlimmsten Gefahren in sich. Mit dem Aufhören der lokalen Tarifverträge verschwindet auch der lokale Charakter der Arbeitskämpfe. Sie nehmen einen zentralen Charakter an und führen unvermeidlich zu ganz gewaltigen Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens. Beispiellos umfassende und erbitterte Kämpfe wären die Folge, wenn die Absicht der Unternehmer vollständig durchgeführt würde. Bei einem zentralen Tarifvertrag kann aber auch nicht im entferntesten den jeweiligen Bedürfnissen der Unternehmer und Arbeiter eines Orts beziehungsweise Gebiets nach Maßgabe der baugewerblichen Produktion Rechnung getragen werden, sondern es ist unausweichlich, daß den vielfach völlig verschiedenartig gelagerten Verhältnissen in den in Betracht kommenden Orten und Gebieten einfach Gewalt angetan wird. Daß eine solche Schematisierung unter Anwendung von Gewalt zu den schlimmsten Unzuträglichkeiten führen muß, bedarf kaum eines Beweises. Weshalb also einen zentralen Tarifvertrag? Darüber müssen die Unternehmer Auskunft geben. Bisher haben sie das unterlassen. Eine solche Haltung der Unternehmer im Baugewerbe ist sehr wohl verständlich; denn sie wissen selbst, wenn sie ihre wahren Absichten, die sie mit einem zentralen Tarifvertrag verknüpfen, aussprechen, so würden sie damit die schärfste Mißbilligung aller einsichtigen und unbefangenen Sozialpolitiker hervorrufen.

Mißtrauen erregen sie schon damit, daß sie die bisher übliche Methode der Tarifverhandlungen auf den Kopf gestellt haben. Statt zunächst über den Hauptinhalt eines Tarifvertrags zu verhandeln und eine Befriedigung herbeizuführen, drängen sie die Nebenbestimmungen in den Vordergrund. Den Hauptinhalt eines Tarifvertrags bilden die Bedingungen des gewerblichen Arbeitsvertrags, soweit sie nicht bereits durch die Gesetzgebung oder sonstwie zwingend geregelt sind, besonders Bestimmungen über den Lohn (Art, Höhe und Zahlungsweise), über die Leistung (Stück- oder Zeitarbeit), ferner über die Arbeitszeit (Dauer, Anfang, Ende, Pausen, Einteilung, Überstunden, Nachtarbeit) und ferner über den Abschluß des Arbeitsvertrags (Einstellung, Kündigung). Die Nebenbestimmungen beziehen sich auf Beginn und Ende der Gültigkeit, Verlängerung sowie Durchführung des Tarifvertrags. Die Arbeiter sollen nun erst die Nebenbestimmungen des Tarifvertrags und einige einschneidende Bestimmungen der Generalversammlung des Arbeitgeberbunds akzeptieren, bevor sich die Unternehmer auf Verhandlungen über den Hauptinhalt des Tarifvertrags einlassen wollen. Daß ein solches Verlangen das stärkste Mißtrauen in Arbeiterkreisen erzeugen muß, ist selbstverständlich.

„n Stück Land von Quen Sabe zu kaufen, damit ich 'ne größere Ernte machen kann, und da werd' ich noch 'n paar Trockenschuppen bauen müssen, und wahrhaftig, so in fünf Jahren soll die Geschichte großartig im Gange sein. Einen ganzen Haufen Geld werd' ich verdienen, Jim.“  
Dyke trat wieder auf die Straße und schlenderte breitbeinig und selbstbewußt das Viertel hinunter. Er hatte das Gefühl, ein Mann geworden zu sein, der etwas mehr zu bedeuten hatte als früher. Er war kein Untergebener, kein Angestellter mehr. Sein eigener Herr war er jetzt; er gehörte zur bestehenden Klasse, hatte Grund und Boden und förderte ein Unternehmen, das großen Erfolg versprach. Niemand hatte ihm geholfen, niemand ihm gezeigt, was er tun sollte. Ganz allein war er draußlos gegangen; den Erfolg verdankte er ausschließlich der eignen Klugheit, Voraussicht und Betriebsamkeit. Er reckte die breiten Schultern, daß seine blaue Ginghamjacke fast in den Nähten platzte. Den großen blonden Vollbart hatte er in der letzten Zeit noch länger wachsen lassen; sein Gesicht war von der Arbeit in der Sonne braunrot geworden. Unter dem Schilde der noch aus seiner Lokomotivführerzeit stammenden Mütze blühten die blauen lustigen Augen. Dyke fühlte, daß er eine gute Figur machte, als er an einigen nach der Post schlendernden jungen Mädchen in Battist und Musselin und mit breitrandigen Strohhüten vorüberging. Er hätte gerne wissen mögen, ob ihm die jungen Damen nachblühten und ob sie wohl davon gehört hätten, daß er auf dem besten Wege wäre, ein reicher Mann zu werden.  
Die Normaluhr im Fenster des Juwelierladens erinnerte ihn daran, daß es Zeit sei, an seine Geschäfte zu denken. Er machte kehrt und ging über die Straße nach Nuggles' Office hinüber, die neben den Frachten auch die Landgeschäfte der B. und S. W.-Eisenbahn vermittelte. Während Dyke hinter dem Drahtgitter am Zahntisch darauf wartete, daß der Kommiss ihm die Anweisung für

die Güterabfertigungsstelle am Bahnhof ausschrieb, bemerkte er zu seiner Verwunderung einen ihm bekannt vorkommenden Mann, der, ihm den Rücken zuckend, mit Nuggles an einem Bult in dem durch das Gitter abgeschlossenen Raume verhandelte. Ansehend in den mittleren Jahren stehend, war er fett und dickbäuchig; von Zeit zu Zeit strich er sich mit der Hand über den seiften Wanst. Als er sich umwandte, um zu einem Angestellten zu reden, erkannte ihn Dyke; es war S. Behrman. Der Bankier, Vertrauensmann der Eisenbahn und politische Drahtzieher erschien dem ehemaligen Lokomotivführer dider und ungeschlachtet wie je. Die glattrasierten wabbligen Wangen quollen zu beiden Seiten seines Gesichts hervor, und im Nacken wölbte sich eine mit dünnem borstigen Haar bewachsene Fettwulst. Der ungeheure Hängebauch hatte etwas Herausforderndes; ihn umspannte eine mit unzähligen ineinander greifenden Hufeisen gemutterte braunleinen Weste. Der unvermeidliche braune steife Strohhut mit nach oben abgerundetem Kopfteil war so glänzend lackiert, daß er das durch die Fenster der Office fallende Licht wie ein blanker Helm zurückwarf. Dyke konnte das geräuschvolle Atmen des Dickden und das leise Klirren der hohen Glieder seiner Uhrkette an den Westentknoten von fallchem Perlmutter, wenn immer der ungeheure Bauch sich bei den Atemzügen hob und senkte.  
Dyke sah sich ihn genau an. Das war der Feind, der Vertreter des Trusts, mit dem Derricks Liga die Waffen kreuzte. Die Gegner in dem großen Kampfe begannen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Täglich, fast stündlich kam Dyke mit den Ranchbesthern, den Weizenbauern in Berührung. Er hörte ihre Anklagen und Drohungen, ihr trotziges Murren. Hier war ihr Widersacher, der gelassene fette Mann mit steifem Strohhut und braunleiner Weste, der stets gleichmütig blieb, ein freundliches Lächeln für seine Gegner hatte, ihnen gute Ratsschläge gab, die Ueberwundenen nach jeder Niederlage

# Die Aussperrung im Baugewerbe.

Der wirkliche Umfang der Aussperrung läßt sich jetzt einigermaßen richtig beurteilen, nachdem die Bauarbeiterverbände die Zahl der Ausgesperrten im wesentlichen festgestellt haben. Nach diesen Ermittlungen sind statt der angekündigten 300—400 000 Mann nur 116 000 ausgesperrt worden; da aber noch Orte ausstehen und da viele Bauarbeiter ins Ausland gehen, schätzen die Verbände die Gesamtzahl der Ausgesperrten auf etwa 130—150 000 Mann. Aber auch diese Zahl bleibt ganz gewaltig hinter der großmütigen Ankündigung der Scharfmacher im Baugewerbe zurück. Es steht also trotz aller gegenteiligen Versicherungen aus Unternehmerrreisen fest, daß die Selbstsporne ihr Ziel, mit einem Schläge die gesamte organisierte Bauarbeiterschaft aufs Straßenpflaster zu werfen, nicht erreicht haben. Immerhin darf der Ernst der Situation nicht verkannt werden. Auch das Ausscheiden von Berlin ist noch kein Sieg, der die Bauunternehmer im ganzen Reich ohne weiteres zur Kapitulation zwänge. Die Einigung in Berlin hat den Scharfmachern wohl eine Rippe gebrochen, aber noch nicht das Rückgrat. Und das muß ihnen zerhackt werden!

Auf die wenig gehobene Stimmung unter den Bauunternehmern läßt eine Mitteilung aus München schließen, nach der die von den Unternehmern im Münchner Baugewerbe eingesetzte Kommission, die den Kampf gegen die Arbeiter leitet, am Freitag eine Sitzung abgehalten hat, in der es sehr stürmisch zuging. Die Unternehmer sind empört, daß ihr Führer, der Ingenieur Fellermeier, von München abgereist ist, ohne seine Adresse zu hinterlassen. Die Unternehmer bezeichnen das als Feigheit vor dem Feind. Auch hat die Berliner Einigung ihre Wirkung im Reiche nicht verfehlt. Verschiedene Meldungen aus Posen, Magdeburg und kleineren brandenburgischen Städten lassen erkennen, daß in weiten Kreisen der Unternehmer großes Friedensbedürfnis vorhanden ist. Natürlich will dies noch nicht viel besagen, da ja die Industriellen im ganzen Reiche die Bauunternehmer fortgesetzt auspumpen, um keinen Preis nachzugeben. So bleibt das Urteil über die Situation auch heute noch unentschieden.

Vom Pressebureau wird gemeldet:

Die Zahl der Ausgesperrten beträgt nach den Feststellungen der Verbände 116 000, und zwar 70 000 Maurer, 22 000 Zimmerer und 24 000 Bauhilfsarbeiter. Mehrere Orte stehen noch aus, auch treffen viele Bauarbeiter ins Ausland. Von der Organisation der christlichen Bauarbeiter sind noch keine Zahlen zu haben. Es ist anzunehmen, daß die Zahl der Ausgesperrten insgesamt 130 000 bis 150 000 beträgt.

Bremen. Den Bauunternehmern in Bremen scheint über Nacht aufs neue die Lust zum Aussperrn gekommen zu sein. Sie beschlossen in einer am Freitagabend stattgefundenen Versammlung, in der nächsten Woche nochmals eine Abstimmung vorzunehmen, ob in Bremen nicht doch eine Aussperrung der Bauarbeiter vorzunehmen sei.

Frankfurt a. M. In der Notiz bezüglich des durch Dr. Dillger angebahnten Vergleichs wird angegeben, daß auch die Unternehmer sich zu Verhandlungen bereit erklärt haben. Das ist nicht zutreffend; die Unternehmer haben Verhandlungen nicht abgelehnt und erklärt, man solle sich an den Hauptvorstand wenden.

Bürgerliche Telegraphenbureaus erklären nun auch die Bauarbeiter wollen nur zentral verhandeln. Das ist aber nicht der Fall, die Maurer haben sich sofort zu örtlichen Verhandlungen bereit erklärt.

Der Verein der Bauarbeiterverbände von Rheinland-Westfalen erklärt, diejenigen Unternehmer, die noch nicht ausgesperrt haben, würden demnächst genötigt sein, ihre Betriebe stillzulegen, da sie nach dem Beschluß des rheinisch-westfälischen Händlervereins Materialien nicht mehr geliefert erhalten.

Die Aussperrung im Baugewerbe scheint von dem Scharfmachertum noch auf weitere Gewerbe, die sich bis jetzt an der Aussperrung nicht beteiligten, übertragen zu werden. Der Bund der Arbeitgeber für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen angeschlossene rheinisch-westfälische Dachdeckermeisterverband hat in einer am 21. d. M. in Dortmund abgehaltenen außerordentlichen Delegiertenversammlung mit 70 gegen 1 Stimme beschlossen, Sonnabendabend ebenfalls auszusperrn.

Danzabund und Bauarbeiter. Der Danzabund dementiert die Meldung, daß er 35 Millionen den Bauunternehmern zur Verfügung gestellt habe. Die Geschäftsführung des Bundes sei um Vermittlung ersucht worden, habe dieser aber nicht näher treten können. Der Bund habe aber nicht 1 Mark in dieser Angelegenheit irgend einer Seite der Beteiligten zur Verfügung gestellt.

bemitleidete und sich nie ärgerte oder aufregte. S. Behrman kannte seine Kraft; er wußte, daß hinter ihm die Maschine stand, die ungeheure Macht, die riesenstarke Organisation, deren unerschöpfliche Kriegsstufen Millionen anspielen gegen die Tausende der Liga.

Die Liga machte Lärm und war überall bekannt; die Kinder auf der Straße wußten, welche Ziele sie sich gesetzt hatte. Der Trust hingegen hüllte sich in Schweigen, und seine Maßnahmen waren unerforschlich; die Menge sah nur die Ergebnisse. Mit kalter Gelassenheit, wohlgeschult und jeden Widerstand überwindend arbeitete er in geheimnisvollem Dunkel. Dyke empfing plötzlich den lebhaftesten Eindruck von den unzähligen Verästelungen des riesenhaften Gefüges. Ihm war, als ob der Boden unter seinen Füßen unterwühlt wäre. Weit unten im Dunkeln krümmten und streckten sich die ungeheuren Fangarme; überall reichten sie hin und laugten dem Gegner das Mark aus. Ruhig und allmählich vordringend warteten sie ihre Zeit ab, um dann plötzlich vorzuschneilen und die Beute mit Riesenkraft zu erfassen.

„Ich werd' von euch Leuten diesen Sommer noch etliche Waggons brauchen,“ sagte Dyke zu dem Kommiss, während der die Anweisung zusammenfaltete und sie ihm hinreichte. Dyke erinnerte sich genau, daß er bereits vor mehreren Monaten wegen der Verfrachtung seiner Ernte unterhandelt hatte, aber er gestel sich in seiner Rolle als Landbesitzer und es machte ihm Spaß, sich immer wieder mit allen Einzelheiten seines Unternehmens zu beschäftigen.

„Ich denke doch, daß Sie mir die Waggons geben können,“ sprach er weiter. „Diesen Sommer wird 'ne große Weizenernte zu verladen sein, und da möcht' ich bei der Not um Waggons nicht zu kurz kommen.“

„D, Sie sollen Ihre Waggons schon haben,“ murmelte der Kommiss.

[Fortsetzung folgt.]

## Der Kampf in Leipzig.

Man schreibt uns:

Die Unternehmer haben es trotz ihres großen Geschickes nicht fertig gebracht, eine einheitliche Aussperrung zu erzielen. Ein Teil derselben hat es vorgezogen, sich mit den Arbeitern zu verständigen. Dies ist aber nicht etwa aus Humanität geschehen, sondern aus einfacher kluger Berechnung. Den Leuten war der Sieg über die Bauarbeiterschaft nicht sicher genug. Jedemfalls erfolgte ihnen der Angriff viel zu früh, für sie war jedenfalls erst das Jahr 1913 als Kampfjahr in Aussicht genommen. Die übriggebliebene Truppe der Unternehmer kämpft nun einen Verwerfungskampf. Ihr Ziel, den Verbänden viele Mitglieder brotlos zu machen, so daß diese die Rassen der Verbände in kurzer Zeit erschöpfen sollen, ist nicht erreicht. Jedem Einflüchtigen, welcher die Lage des Baugewerbes genau kennt, war dies von vornherein klar.

Das Baugewerbe gehört zum Kleingewerbe. Es sind in ihm eine Menge Elemente vorhanden, die ebenfalls nur von der Hand in den Mund leben. Außerdem ist das Risiko zu groß, gerade in der Zeit, in der das Geschäft nur betrieben werden kann, sich selbst, und noch dazu ohne Not, um geschäftlichen Gewinn zu bringen. Um so etwas fertigzubringen, gehört schon eine große Portion Borniertheit und Haß gegen die Arbeiter.

Die sächsischen Unternehmer sind an der Aussperrung am härtesten beteiligt. Die von den Unternehmern für Sachsen angegebenen Zahlen sollen für Maurer 13 028, für Zimmerer 5120 betragen. Nach den Feststellungen der Arbeiter sind nur 10 406 Maurer und 3508 Zimmerer ausgesperrt. Es sind dies für beide Gruppen 5063 weniger, als die Unternehmer ausgesperrt haben wollen. — Daß die Unternehmer die Zahl der Aussperrten möglichst hoch angeben, hat seinen Grund in der Ungeheuerlichkeit in solchen Dingen: die Herren wissen nicht, daß es gerade hier darauf ankommt, die Mitglieder recht gewissenhaft zu berichten und sich nicht selbst etwas, was gar nicht ist, vorzutauschen. Solches tun aber die Unternehmer. Die Aussperrung ist gerade in jenen Landesteilen, deren Unternehmer am meisten zur Aussperrung drängten, am wenigsten durchgeführt worden.

Was nun die Ueberzeugung nicht vermocht hat, das soll nun durch Terrorismus erreicht werden. Eine Anzahl Leipziger Unternehmer haben in voriger Woche mittels Automobils die ganze Umgebung unsicher gemacht, aber mit wenig Erfolg. Auf dem platten Lande lassen sich die Unternehmer von den Leipziger Bauengewaltigen nicht so leicht überd Ohr haufen, dort werden diese Herren nicht so leicht als Erbsüßer, sondern eher als Wölfe im Schafpelze angesehen. Der Terrorismus der Unternehmer kennt keine Grenzen mehr, für diese Herren sind die Majestäten des Gesetzes so weit gezogen, daß sie schwerlich hängen bleiben werden. Der Arbeiter, der dumme Teufel, wird, wenn er sich nur den zehnten Teil an strafbaren Handlungen zuschulden kommen ließe, sofort eingelocht. Vor Jahren verlangten die Maurer in einem in der Nähe Leipzigs befindlichen Städtchen 35 Pf. Stundenlohn. Der Zweivereinsvorsitzende überreichte einem Unternehmer die Forderung persönlich. Auf Einrede des Unternehmers bemerkte der Vorsitzende: wenn sie die Forderung nicht bewilligen, dann müssen wir die Sperre verhängen. Der Unternehmer machte Anzeile, beschwor die Anzeigerinnen und 6 Wochen Gefängnis war der Gewinn. Das Reichsgericht hat dies Urteil wegen Erpressung bestätigt. Man vergleiche die Handlungsweise der Unternehmer bezüglich der Materialsperrung usw. Wenn zwei daselbe tun, dann ist es eben nicht daselbe.

Ein Innungsobermester in einer mittleren Stadt Sachsens hat auch nicht ausgesperrt, er hat sich gegen den unverschämten Terrorismus dahin ausgesprochen, daß die Herren viel schlimmeren Terrorismus treiben als die Arbeiter. Die Leipziger Unternehmer haben Versammlungen mit Materiallieferanten und Fuhrwerksbesitzern abgehalten. Die ersteren sollen kein Material an jene Unternehmer verkaufen, die nicht ausgesperrt haben; folglich müßte die Forderung der Arbeiter zur Einstellung ihres Betriebes gezwungen werden, als ob man nach Auffassung des Reichsgerichts doch auch hier Erpressung vorliegen ließe. Die Fuhrwerksbesitzer sollen keine Fuhrren für jene Unternehmer leisten. Hier liegt dann doch daselbe Defizit vor. Wir brauchen aber nicht etwa zu hoffen, daß die Staatsanwaltschaft gegen die Nacher vorgeht. Oder will Herr Enke die Fuhrren mit seinen Kraftwagen ausführen. In den letzten Tagen wurde erzählt, daß jetzt mit den Kraftwagen Ansat gefahren wird. Die Fuhrwerksbesitzer sollen mit ihren Pferden im Stalle halten, damit die andern das Geschäftliche machen. Wenn die Fuhrwerksbesitzer wirklich so rückständig sind und nicht sehen, was um sie vorgeht, dann sind sie allerdings nicht zu bedauern, wenn sie geschäftliche Nachteile erleiden.

Die Leipziger Unternehmer verkünden großspurig, wie sie nun einmal sind: Ein Vertragsabschluss kann nur noch durch den Bundesvorstand erfolgen! Meinen die Herren, daß alle Unternehmer, die jetzt ausgesperrt haben, tren bis zum Schluß sein werden? Vielleicht lehnen es die Arbeiter in Zukunft überhaupt ab, mit Leuten, die die Vertragsbrüche gutheißen, noch Verträge einzugehen. In Plauen haben die Unternehmer bis 31. März 1911 mit den Arbeitern einen Vertrag abgeschlossen, und diesen Vertrag haben die Unternehmer gebrochen, indem sie am 15. April etwa 1000 Arbeiter ausgesperrt haben. Dieser Vertragsbruch wird vom Bezirksverreiter des Unternehmerversbands obendrein als berechtigt angesehen. — Man denke sich: der bestehende Vertrag wird gebrochen, um sich einen neuen, besseren Vertrag zu erzwingen. Die Arbeiter werden es sich reichlich überlegen, ob sie in Zukunft mit Menschen, die so wenig Moral besitzen, noch weitere Verträge eingehen werden.

Die Unternehmer wollen nun auch eine Denkschrift an die Behörden richten; hoffentlich wird mit der Ausarbeitung jemand beauftragt, der mit der Wahrheit nicht auf dem Kriegsfuß steht. Das Verhalten der Herren war bisher immer hinterhältig, ihre wahre Meinung haben sie noch in keiner Zuschrift an die hiesigen bürgerlichen Zeitungen kund gegeben. Daß die seit dem Jahre 1884 in Leipzig üblichen Mindestlöhne durch Durchschüttelöhne ersetzt werden sollen, haben die Herren unterdrückt. In dem am 12. April verteilten Flugblatt ist der Wunsch, 10 Klassenlöhne einzuführen, nicht enthalten, hingegen enthält der erste Vorkursus diese Flugblatts diesen Wunsch. Freilich das Flugblatt wurde bereits am 12. April in einer Versammlung kritisiert — das war Veranlassung genug, daß der Herzenswunsch der Unternehmer aus diesem Flugblatt entfernt wurde. — Die Unternehmer haben wiederholt versichert, daß keine Lohnkürzungen beabsichtigt seien. In Weissenfels haben die Unternehmer in der vorigen Woche den Stundenlohn um 3 Pf. gekürzt. Daraus ist zu ersehen, daß auf die Versicherungen der Unternehmer nichts zu geben ist.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die Gewerkschaften und die Arbeitslosenversicherung in Straßburg im Jahre 1909.

Mit dem 1. Januar 1910 hat die Arbeitslosenversicherung der Stadt Straßburg ihr drittes Jahr vollendet. Das Jahr 1909 ist ein Jahr erheblicher geschäftlicher Depression gewesen. Aus diesem Grunde werden die Erfahrungen dieses Jahres vielfach besonderes Interesse beanspruchen können.

Zu den im Vorjahre an die städtische Versicherung angeschlossenen 29 Verbänden traten im Jahre 1909 vier weitere. Von den alten Verbänden haben sich die

Lebendarbeiter und Handschuhmacher zu einem Verbände verschmolzen, so daß sich der Bericht im ganzen auf 32 Verbände bezieht. Es sind dies die freien Gewerkschaften der Bäcker und Konditoren (47 Mitglieder), Bauhandwerker Hirsch-Dunder (neu beigetreten, aber bald wieder eingegangen), Bildhauer (23), Böttcher (80), Buchbinder (63), Buchdruckerhilfsarbeiter (145), Buchdrucker (716), Bureauangestellte und Verwaltungsbeamte (39, neu), Friseurarbeiten (225), Gärtner (eingegangen), Gemeinde- und Staatsarbeiter (366), Glaser (10), Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen (137), Holzarbeiter (600), Hut- und Filzwarenarbeiter (22), Lebendarbeiter (13), Maler (250, neu, erst mit Wirkung vom 1. Januar 1910 ab), Metallarbeiter (1147), Mühlenarbeiter (61), Porzellanarbeiter (4), Sattler (29, neu), Schmiede (15), Schuhmacher (57), Senefelderband (66), Tabakarbeiter (28), Tapezierer (27), Transportarbeiter (251), Zimmerer (318); die christlichen Gewerkschaften der Holzarbeiter (30), der Metallarbeiter (56), der Schuh- und Lebendarbeiter (eingegangen) und der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband (290). Insgesamt sind angeschlossene 5115 Organisierte, gegen das Vorjahr mehr 243. Im Januar 1910 wurde aufgenommen der Verband der Fleischer, um Aufnahme mit Wirkung vom 1. Januar 1912 ab hat nachgesucht der im Dezember 1909 neugegründete Verein weiblicher kaufmännischer Angestellter. Ferner ist der Vorstand des Bundes der technisch-industriellen Beamten mit der Stadtverwaltung wegen des Anschlusses an die Arbeitslosenversicherung in Verhandlungen getreten. Damit wären dann sämtliche Verbände mit Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen an die städtische Versicherung angeschlossen.

Von den 32 angeschlossenen Verbänden haben im Jahre 1909 nur 19 (in den Vorjahren 18 bzw. 12) von der Stadt für ihre Mitglieder Unterstützungen bezogen. Insgesamt wurde im Jahre 1909 in 674 Fällen (in den Vorjahren 443 bzw. 264) an 335 einzelne Arbeitslose (in den Vorjahren 247 bzw. 183) Unterstützung gezahlt. Wie im Vorjahre haben absolut am meisten die Metallarbeiter mit 164 Mann die Versicherung in Anspruch genommen, dann folgen die Buchdrucker mit 139, die Holzarbeiter mit 121 und die Zimmerer mit 111 Mann, in großem Abstand dann die übrigen Gewerkschaften. Insgesamt wurden von der Stadt im Jahre 1909 für 8095 Tage Unterstützungen geleistet (gegen 4980 im Jahre 1908 und 2618 im Jahre 1907). Hiervon entfallen 2197 (im Vorjahre nur 780) Tage gleich 27 Proz. auf die Buchdrucker, die infolge starker Einführung der Sechsmaschinen eine besondere Krise durchzumachen hatten. Dann folgen die Metallarbeiter mit 1853 Tagen (im Vorjahre 1479), die Zimmerer mit 1212 (gegen 1004), die Holzarbeiter mit 1095 (gegen 908) Tagen. Bei den Transportarbeitern stieg die Zahl der Unterstützungstage von 40 im Jahre 1908 auf 404 im Jahre 1909. Den 8095 städtischen Unterstützungstagen stehen 13 880 Unterstützungstage der Verbände gegenüber (im Vorjahre 10 608<sup>1/2</sup> Tage) für die gleichen Leute, die auch von der Stadt Unterstützung bezogen haben. Wenn man auch die Tage mitzählt, wo die bei der Stadt nicht Unterstützungsberechtigten durch die Verbände allein unterstützt wurden, so erhöht sich die Zahl der Verbandsunterstützungstage auf 15 450. Wie im Vorjahre nimmt der größte Prozentteil der Unterstützten (38 Proz.) auf das leistungsfähigste Alter von 20 bis 30 Jahren, jedoch hat dieser Prozentteil gegen das Vorjahr (43 Proz.) abgenommen. Von den 335 Unterstützten waren 116 ledig oder alleinstehend. Die Dauer der Arbeitslosigkeit, soweit die Stadt unterstützte, währte bei 21 Proz. (im Vorjahre 25 Proz.) der Unterstützten 11 bis 20 Tage, der gleiche Prozentteil litt unter einer Arbeitslosigkeit von 21 bis 30 Tagen (im Vorjahre waren es nur 15 Proz. der Unterstützten). Ein deutlicher Beweis für die Schwere der wirtschaftlichen Krise. Die Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit betrug 24 Tage (gegenüber 20 und 16,5 Tagen in den Vorjahren).

### Leipzig und Umgebung.

#### Zum Streik der Kürschner in Leipzig.

Die am Freitag, den 22. April, stattgefundene Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband führte zu keinem Resultat. Der einzige kritische Punkt ist noch die Anerkennung der Werkstattvertrauensmänner. Die Herren des Arbeitgeberverbandes entpuppten sich hier als prinzipielle Gegner der Vertrauensmänner, um einem Reichsbeschluß der Arbeitgeberverbände Deutscher Kürschner gerecht zu werden. Bei den meisten Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes zu Leipzig kämen Vertrauensmänner nicht in Betracht, weil sie höchstens 1—2 Gehilfen beschäftigen, zum Teil nur in der Saison. Nur fünf größere Firmen, die dem Arbeitgeberverband angehören, würden davon betroffen werden.

In einer Versammlung am Montag, den 25. April, werden die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes nochmals Gelegenheit haben, ihre unbegründete Furcht vor den Vertrauensmännern abzulegen. Damit würde ein langwieriger Kampf im Kürschnergewerbe ausgeschlossen sein. Die Arbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß keine Rede davon sein kann, auch nur ein Jota davon zurückzugehen, weil 50 Firmen diesen Vertrag bis heute anerkannt haben, und weit über 300 Kollegen und Kolleginnen schon zu den neuen Bedingungen arbeiten.

Bei 4 Firmen waren die Abkündigungen am Freitag, den 22. April, abgelaufen. Es streikten am Sonnabend 20 Arbeiter und Arbeiterinnen; davon resten 4 junge Kollegen sofort ab, 6 konnten wir am Orte in Arbeit bringen. Die Situation ist sehr gut für uns.

#### Als Arbeitswillige sind festgehalten:

Firma Marx: die Kürschner Fladow, Wilsdorfstr. 25, und Zimmermann, Gohlis-Blumenstr. 38; Fr. Kühner, L.-Neustadt, Neustädter Str. 32, III.; Fr. Anna Koch, L.-Vollmarsdorf, Zollhoferstr. 18; Fr. Frischke, L.-Reudnitz, Grenzstraße 5; Fr. Emilie Eichhorn, L.-Neuschönefeld, Jonasstraße 9, III.; Fr. Ida Herpich, Ritzsch, Rosenstr. 18; Fr. A. Bernhardt, L.-Vindenu, Obermannstr. 4, IV.; Fr. Martha Pils, Marktstr. 14; Fr. Marie Bäder, Marktstr. 14; Fr. Martha Karbaum, Leipzig, Steinstraße 15; Fr. Anna Lorenz, L.-Vollmarsdorf, Eisenbahnstraße 145.

Firma Marx: Fräulein Marie Fischel, Vindenu, Leuziger Straße 10; Fräulein Gertrud Michäel, Burgthausen, Vindenu; Fräulein Hedwig Boulat, Vindenu; Fräulein Minna Luchner, Vindenu; Fräulein Marie Schumml, Vindenu, Merseburger Straße 116; Fräulein Schumann, Kleinschöcher, Meyerische Gasse.

Firma Kieckert: Alexander Fabian, Marktstr. 12, II.; Anton Karetz, Vollmarsdorf, Mariannenstraße 12, II. Firma Lehnert: Wilhelm Grünwald, Leipzig, Hainstraße 14a, IV.; Alois Dietner, Schleußig, Blümlingstraße 29; Kürschner Krätzig und Beract.

Firma Viehsch: Hugo Zacharlas; Fräulein Anna Billig, Vollmarsdorf, Ludwigsstraße.  
Firma Maul: Fräulein Martha Raubach, Marktstr. 14b.

### Deutsches Reich.

#### Eine verunglückte Aussperrung im Steinsegergewerbe.

Der Sächsisch-thüringische Arbeitgeberverband für das Steinsegergewerbe hatte dem Zentralvorstande des Steinsegerverbandes zum 16. April die Aussperrung sämtlicher organisierter Steinseger (andere gibt es in dem betreffenden Bezirk nicht) angekündigt, falls bis dahin nicht der vom Arbeitgeberverband angebotene Tarif für die Städte Altenburg, Eisenberg und Plauen von den Arbeitern angenommen sei. Auf noch-malige Anfrage des Vorstandes der Arbeiterorganisation, ob diese Drohung wirklich ernst gemeint sei, da in den 10 Städten, für die die Aussperrung angekündigt war, ein bis zum Jahre 1911 laufender Tarif besteht, ging die Antwort ein, daß die Aussperrung stattfinden würde. Daraufhin wandte sich der Vorstand des Steinsegerverbandes an die einzelnen Unternehmer in den betreffenden Städten unter eingehendem Hinweis auf die Folgen eines Tarifbruchs. Dabei stellte sich heraus, daß diese Unternehmer zum Teil von ihrem Vorstande gar nicht über alles unterrichtet waren. Die Folge war, daß bis heute — nicht ein einziger Unternehmer in diesen Orten ausgesperrt hat und der Vorstand des Arbeitgeberverbandes sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärte. In Eisenberg hat von drei Unternehmern einer ausgesperrt. Hier ist der Tarif abgelaufen.

In Weida wurde ein Tarifvertrag für Steinseger abgeschlossen, der eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Tag bringt.

In Regensburg sind die Pfisterer durch die Bauarbeiteraussperrung dadurch in Mitleidenschaft gezogen worden, daß diese sich weigerten, mit nichtorganisierten Hilfsarbeitern zusammenzuarbeiten, die an Stelle der ausgesperrten organisierten Hilfsarbeiter eingestellt worden waren.

Der Streik der Steinseger in Schönebeck a. Elbe ist noch nicht beendet. In Brandenburg weigern sich die Firmen Dapp und Vogel, nicht nur den Tarif anzuerkennen, der auch für sie bis zum Jahre 1913 bindend ist, sondern sie wollen für Jungstellen Lohnherabsetzungen bis zu 24 Pf. pro Stunde vornehmen. Leider werden hier die Unternehmer in ihrem wider Treu und Glauben verkündeten Borgehen durch das städtische Bauamt unterstützt. Selbst ihre eigene Organisation ist gegen diese reitenden Gesellen machtlos.

In Frankfurt a. M. ist die Lohnbewegung der Steinarbeiter mit teilweisem Erfolge beendet. Es gelang, mit 6 Firmen einen Tarifvertrag abzuschließen, der 2 Pf. pro Stunde Lohn-erhöhung und günstige Abmachungen bezüglich der Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Ueberlandarbeit vorsetzt.

## Aus der Partei.

Berichtigung. Unter dem Titel: Noch einmal die Leipziger Volkszeitung und die ungarischen Gewerkschaften behandelten wir in der Sonnabendnummer der Leipziger Volkszeitung Ausführungen des Korrespondenzblattes der Generalkommission. In der 47. Zeile unseres Artikels heißt es in einem Satz aus dem Korrespondenzblatt:

Dafür ging uns aus Leipzig ein Artikel von etwa doppelter Länge des Vorstehenden zu nebst Begleiterschreiben, unterzeichnet, Dr. Joseph Straßer, Redakteur der Leipziger Volkszeitung.

Im Artikel des Korrespondenzblattes heißt es richtig statt Redakteur der Leipziger Volkszeitung, gekürzt Red. der L. V. Wir berichtigen hiermit den Korrekturfehler.

## Von Nah und Fern.

### 3. II Heimkehr!

Homburg v. d. Höhe, 25. April. Das Luftschiff 3. II, das gestern früh 8 Uhr in der Richtung nach Wiesbaden aufgestiegen war, war zwischen 10 und 11 Uhr über Mainz sichtbar. Es flog langsam gegen den scharfen Wind ankämpfend den Rhein hinauf nach Ridesheim zu. Um 2 Uhr mittags mußte das Luftschiff südlich von Limburg landen.

Köln, 25. April. Meldungen aus Limburg zufolge erfolgte die Landung des 3. II nicht allein des heftigen Windes wegen, sondern auch wegen eines Defekts, den das Luftschiff sich zugezogen haben soll. Die Landung erfolgte etwa 30 Minuten vor Limburg entfernt. Tausende von Bewohnern Limburgs und Umgegend strömten zum Landungsplatz. Die Limburger Feuerwehr leistete die erste Hilfe. Ein Bataillon des 160. Infanterieregiments traf bald darauf ein und nahm die Verankerung des Ballons und die Sperrung des Landungsplatzes vor. Die Rückfahrt nach Köln ist vor heute Abend nicht zu erwarten, da eine Nachfüllung notwendig ist und eine Abflauung des starken Windes abgewartet werden muß.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris 25. April. Bis früh 4 Uhr waren 531 Wahlergebnisse bekannt. Gewählt wurden 49 Republikaner, 138 Radikale und Sozialistische Radikale, 11 unabhängige Sozialisten, 30 geeinigte Sozialisten, 35 Progressisten, 13 Nationalisten, 48 Konservative und Liberale. 207 Stichwahlen sind erforderlich. Unter den wieder-gewählten Deputierten befinden sich Cochet, Caillaud, Pélletan, Klotz, Simyan, Cruppi, Dejeante, Guesde, Beauregard, Thierry, Groussau und Graf de Mun.

### Quittung.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen bei uns ein:

Vereits quittiert	117.07
Fabrikler-Klub, Degisch	1.06
Hansferschänke, Johannisdorfer, Maschinenmeister von Frankenstein u. Wagner und ein arbeitsloser Kollege von Werner durch Thalau	6.05
König Vorwärts des K.-L.-V. L.-Df.	3.—
Extratour beim Frühjahrsfest des Orts. Schönefeld	15.50
Versammlung des Vereins der Hausangestellten durch Frau Gehold	5.50
Freie Turnerschaft, Mäcker	11.56
Stammischgesellschaft Sportfreunde, Silberpappel	2.40
Extratour beim Frühjahrsfest der Freien Turner in Wiedertisch	4.65
Personal der Firma Fikentscher, 1. Mai	18.20
Extratour beim Familienabend des Wandvereinsclubs Einigkeit, L. Vindenu	6.50
Tanz im alten Gasthof, Mordau	11.—
Summa:	209.72

Leipzig, 25. April 1910. Die Expedition.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig.  
Verantwortlich für den literarischen Teil: Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.  
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.  
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



Politische Uebersicht.

Beiziger des Staates im Parlament.

In der Kölnischen Volkszeitung wird kurz erklärt, daß das Zentrum die preußische Wahlrechtsvorlage, wie sie eben vom Herrenhaus mit Konzessionen für die Nationalliberalen geschmückt und verändert wurde, glatt verwerfe. Die Germania richtet heftige Angriffe gegen die Regierung, weil diese mit den Nationalliberalen liebäugelt, und mit bedenklicher Herzlichkeit wendet sich auch die Deutsche Tageszeitung an die irrende Regierung. Noch hofft das Bündlerblatt auf die Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse durch das Plenum des Herrenhauses und so auf die Erhaltung der Zentrumshilfe. Verlagt aber das Plenum des Herrenhauses, so würde der Merkmal-konservative Block im Abgeordnetenhaus seine Pflicht kennen und die Vorlage überhaupt scheitern lassen.

Die ganze Angelegenheit scheint sich also auf einem toten Gleis zu befinden. Die Regierung, die im Abgeordnetenhaus über eine ausreichende Mehrheit verfügt, hat sich zwischen zwei Stühlen gesetzt. Wir verkennen nicht, daß ihre Aufgabe außerordentlich schwer und ihre Stellung von vornherein sehr ungünstig war. Ob es ihr gelingen werde, noch etwas Greifbares und verhältnismäßig Leibliches zustande zu bringen, sieht dahin. Die Zahl derer, die ein Scheitern der Vorlage verfluchen, wird immer größer; das gilt auch von der Zahl derer, die die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Abänderung des Wahlrechts überhaupt bezweifeln. Unseres Erachtens sind die Konservativen der Staatsregierung wie den Anhängern einer Demokratisierung des Wahlrechts sehr weit entgegengekommen. . . . Aber über eine gewisse Grenze darf das Entgegenkommen nicht hinausgehen, zumal wenn es schließlich das Zustandekommen eines leidlichen Gesetzes nicht fördert, sondern gefährdet. Vor allen Dingen aber müßten wir und müssen wir vor einem warnen, nämlich davor, daß die jetzige Regierung den Spuren des Fürsten Bismarck folge. Will sie nach Möglichkeit die Zustimmung der Mittelparteien erreichen, so soll ihr das nicht verweigert werden. Aber sie darf sich nicht selbst von dieser Zustimmung abhängig machen. Sie darf nicht, um diese Zustimmung vielleicht zu erreichen, Parteien vor den Kopf stoßen, die ihr so weit entgegengekommen sind. Es wäre ein schwerer, nicht nur taktischer, sondern politischer Fehler, wenn die Regierung auf irgendwelche Weise die Mittelparteien zu Herren der Lage machen wollte. Aus früher gemachten Fehlern soll man lernen; es ist wahrhaftig nicht nötig, daß solche Fehler wiederholt werden.

In diesen Sätzen wird das herbe Ultimatum der Konservativen verkündet: keine Konzessionen für die Nationalliberalen und keine Wiederbelebung des alten Blocks. Herr Bethmann-Hollweg hat bisher weise darauf verzichtet, seine Sache mit der Sache der Nationalliberalen zu verknüpfen. Würde er es tun, er könnte das Bündel schnüren und wie sein verunglückter Amtsvorgänger Bismarck in sonnigen Landen von der rauhen Luft Osteliens Erholung suchen.

Die Kreuzzeitung bestätigt die Meldung der konservativen Korrespondenz, nach der die herrenhäuserliche Umarbeitung der Vorlage zum Scheitern des Entwurfs führe. Im letzten Augenblick richtet das fromme Blatt alle Geschosse seiner christlich-germanischen Redaktion gegen die Nationalliberalen, die mit ihren Interessentrübsalzen das harmonische Zusammenarbeiten der vereinigten Volksvertreter gestört hätten. Alle Geschosse richten sich gegen die wunde Seite des Nationalliberalismus, die Scharfmacher werden gegen die Aufsichtsräte scharf gemacht; Hütet euch vor den Nationalliberalen!

Sie betrachten es stets als die selbstverständliche Pflicht der ihnen nahestehenden Parteien, sie bei den Wahlen herauszuheben und in den Parlamenten ihrer Führung zu folgen, erweisen sich aber selbst als höchst unzuverlässige Bundesgenossen, sobald ihre Gegenbenen in Anspruch genommen werden. Sie werden durch sehr böse Erfahrungen gehen müssen, ehe sie von ihrem Parteidünkel geheilt sein werden. Eine dieser Erfahrungen ist das Verlangen des industriellen Arbeitgeberverbandes bei dem Konflikt im Baugewerbe. Sogar aus dem Westen und Süden kommen täglich die Nachrichten von dem Zerbröckeln dieses Verbandes, der sich stark genug fühlte, den Sieg gegen die Sozialdemokratie auf rein wirtschaftlichem Gebiete zu erkämpfen, woraus es dann des politischen Zusammenstehens gegen diesen Feind der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr bedurfte hätte. Wir brauchen wohl nicht nochmals zu wiederholen, daß unbeschadet unserer wirtschaftlichen Unparteilichkeit unsere politische Sympathie dem Arbeitgeberverbande gehört, der als Gegengewicht gegen die Uebermacht der sozialdemokratischen Arbeiterorganisation notwendig und unentbehrlich ist.

Wie muß bei solchen Klängen den nationalliberalen Scharfmachern das Wasser im Munde zusammenlaufen. Die Junker liefern unbeschadet ihrer wirtschaftlichen „Unparteilichkeit“ für den Fall der Uneinigkeit im Unternehmlager den Scharfmachern Maschinengewehre und Küstassiere, Ausnahmegefesse und Polizeierordnungen gegen die Arbeiter im unbefchränkten Maße! Was kann der arme Teufel von der nationalliberalen Konkurrenz dagegen bieten? Kann er als Opposition die organisierte Staatsmacht gegen streikende Arbeiter mobilisieren, wenn der Mangel an Disziplin sonst die Niederlage der Ausbeuter herbeiführen müßte? Keinesfalls!

So rückt die konservativ-merikale Truppe in zwei Richtungen vor. Sie bedroht die Regierung mit schröcklichster Vernichtung, wenn diese es wagen sollte, den nationalliberalen Aufdringlingen beizuspringen, und sie zieht den politischen Kreins der nationalliberalen Partei den Boden unter den Füßen fort, indem sie dem Scharfmacheranhang der Nationalliberalen die junkerliche Staatsgewalt zur Niederknüttelung des proletarischen Insturms anbietet.

Das ist das „parlamentarische Regiment“ der Junker in Preußen. Und im Reiche?

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 23. April. Seit zwanzig Jahren sind alle Parteien im Reichstage einig, daß den Kriegsteilnehmern, die durch Alter, Krankheit oder Siechtum hilflosbedürftig geworden sind, von Reich wegen eine Unterstützung zu teil werden soll. Nach jahrelangen Kämpfen wurde endlich 1895 ein Gesetz für die hilflosbedürftigen Veteranen

geschaffen, das aber ungenügend ist, denn die alljährlich in den Etat eingeschlehte Unterstützungssumme reicht bei weitem nicht aus, allen bedürftigen Veteranen eine Beihilfe zu gewähren. Einstimmig nahm im vorigen Jahre der Reichstag ein wesentlich erweitertes Gesetz an, die Regierung stimmte jedoch nicht zu. Heute verhandelte nun der Reichstag abermals über das gleiche Gesetz. Die Herren v. Liebert, Prinz Schönaich-Carolath, Arnstadt, Wieland, Pauli und Bindewald erklärten abermals namens ihrer Fraktionen ihr Wohlwollen für die Veteranen, aber auch nicht dieser Patrioten wagte es, zu erklären, daß dem Reichstag nun endlich die Geduld reifen werde, wenn die Regierung wiederum ablehnt. Und daß sie das tut, darüber ließ der Schatzsekretär Weismuth keinen Zweifel. Es sei kein Geld da, aber viel Wohlwollen für die Veteranen. Genosse Schöpflin betonte diesen Ausflüchten gegenüber, wenn beim Heer, der Marine und in den Kolonien die nötige Sparsamkeit geübt würde, blieben Mittel genug für die Veteranen. Außerdem solle man endlich die 120 Millionen, die im Juliusturm liegen, zinstragend anlegen. Dann springen jährlich daraus allein vier Millionen für die Veteranen heraus. Als Schöpflin darlegte, daß die Schatzsekretäre bei Militär- und Marinevorlagen keine finanziellen Sorgen kennen und speziell die triviale Wirtschaft des früheren Schatzsekretärs v. Thielmann zeichnete, erhielt er einen Ordnungsruf. Aufgeregt gebärdeten sich die Konservativen und Nationalliberalen, als unser Genosse den Herrschaften sagte, die von ihnen beliebte Verpuppelung der Veteranenunterstützung mit der Forderung einer Wehrsteuer erwecke den Verdacht, daß die Ausdehnung der Unterstützung hintertrieben werden solle, weil die Regierung die Wehrsteuer ablehnt. Die bürgerlichen Parteien tragen allein die Verantwortung, wenn das Veteranengesetz nicht in Kraft tritt, denn unter Anwendung der parlamentarischen Machtmittel kann die Regierung sehr leicht zur Nachgiebigkeit gezwungen werden. Die Herren Arendt und Paasche protestierten sehr aufgeregt und beschuldigten den Genossen Schöpflin, er habe die Einigkeit des Reichstags in der Veteranenangelegenheit gestört, was von unserm Genossen energisch zurückgewiesen wurde. Schöpflin forderte die Erhöhung der Unterstützungssumme von 120 auf 150 M., entsprechend den gestiegenen Lebensmittelpreisen, und bekämpfte die Wehrsteuer als ungerecht. Dagegen trat er für den fortschrittlichen Antrag auf Herabsetzung der Liebesgabe für die Schnapsbrenner ein. Die Erhöhung der Unterstützungssumme wurde abgelehnt, desgleichen die Resolution, die eine Wehrsteuer forderte, und auch die Resolution, die eine Herabsetzung der Liebesgabe verlangte. Das Veteranengesetz wurde einstimmig angenommen, aber in Kraft wird es nicht treten, denn die Regierung lehnt es ab und den bürgerlichen Parteien fällt es gar nicht ein, Schritte zur Durchführung des Gesetzes zu unternehmen.

Die Kommission.

In der Sonnabendigung der Kommission stand ein sozialdemokratischer Antrag zur Beratung, der fordert, daß der Bundesrat verpflichtet werden soll, die Einführung von Tarifverträgen in der Kommission auf der Grundlage eines Minimallohns und eines Maximalarbeitstags zu fördern. Streitigkeiten über Einführung, Inhalt oder Auslegung derselben sollen von der im Gesetz bestimmten Verfassungskommission entschieden werden. Solange keine Tarifverträge eingeführt werden, soll den Arbeitern 10 Prozent Lohn mehr bezahlt werden, als sie 1909 verdienten. Nach der eingehenden Begründung des Antrags müßten sich vier Regierungsvertreter ab, die Unrichtigkeit und Unmöglichkeit des Antrags nachzuweisen. Sie ließen keinen Zweifel darüber, daß vom Standpunkt der Regierung der Antrag unannehmbar ist; Konservativ und Nationalliberale stimmten dem zu. Zentrum, Polen und Freisinnige unterstützten dagegen den Antrag. Damit haben sich von den 28 Kommissionsmitgliedern 16 für eine Fassung festgelegt, welche die Regierung als unannehmbar erklärte. Wer gibt nach? Fällt die Regierung um? Oder das Zentrum?

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags.

hat kürzlich über einen Antrag beraten, der bezweckt, die Wahlprüfungen in kürzerer Frist wie bisher, zu erledigen. Der Antrag der Wahlprüfungs-Kommission bezweckt nun, die Geschäftsordnung zu ändern. Er lautet:

Die Wahlprüfungs-Kommission wird in jeder Legislaturperiode für die Dauer derselben gewählt. Sie ist befugt, ihre Geschäfte auch während der Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt ist, zu bearbeiten. Ihr steht das Recht zu, die Anstellung von Ermittlungen selbständig zu beschließen. Im übrigen ist für sie die Geschäftsordnung maßgebend.

Der Antrag kommt etwas spät, doch wäre er auch früher gekommen, der standalöse Mißbrauch, den die Mehrheit in der Kommission mit Verschleppungen aus parteitaktischen Rücksichten treibt, wäre damit nicht beseitigt worden. Der Antrag enthält, wie ersichtlich, nur Rechte der jeweiligen Kommissionsmehrheit, keine Verpflichtungen zur zeitgemäßen Entscheidung der Wahlprüfungen. Der Bod als Gärtner!

Schiedsverben zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen.

Das Berliner Tageblatt ist voller Freude darüber, daß die Nationalliberalen auf die Aufstellung einer Sonderkandidatur sowohl im Wahlkreise Jauer-Sollenhain wie auch in Uesedom-Wollin verzichten. „Das ist erfreulich und wird eine Verständigung in Friedberg-Bildingen natürlich sehr erleichtern, vorausgesetzt, daß der Wunsch danach bei der örtlichen Parteileitung besteht.“

Wenn sich die liberalen Klopffechter beider Obervangen nur nicht unnötig die Köpfe der Wähler zerbrechen, die wohl die Gelegenheit ergreifen werden, um für alle Verrätereien der liberalen Blockjünger abzurechnen. Aber das Mosseblatt hegt weitere Hoffnungen:

Ueber diese augenblicklichen Sorgen hinaus wäre es wirklich an der Zeit, daß man in der Frage der liberalen Gegenkandidaturen zu einer prinzipiellen Verständigung zu gelangen sucht. Denn von überflüssigen Reibereien der Liberalen in Kandidatenfragen hat nur die vereinigte Reaktion den Vorteil. Eben erleben wir das erhebende Schauspiel, daß die Nationalliberalen die Wahlrechtsreform der Schwarzblauen schmächt, weil ihnen die Verhuzung des Wahlrechts noch nicht weit genug geht. Der „entschiedene“ Freisinn aber hat keinen dringenderen Wunsch, als mit diesen Ergreaktionären gegen die Reaktion zu Felde zu ziehen! Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Nur zu!

Die Kreuzzeitung schließt eine spaltenlange Inhaltsangabe der kautschinischen Artikel über die politische Situation in Preußen und die Taktik der Sozialdemokratie mit folgendem Appell an die Regierung und die bürgerlichen Parteien:

Wir hoffen, Regierung und bürgerliche Parteien werden daraus lernen, daß es nun endlich Zeit ist, der Sozialdemokratie die Möglichkeiten der Ermattungstaktik abzuschnelden. Offener, grundsätzlicher und unerbittlicher Kampf, kräftige Offensive: das ist es, was nun Platz greifen muß. Das ist es, was uns seit Jahrzehnten gefehlt hat.

Die Eisenfresser der Kreuzzeitung sollten sich über die Geschichte des Sozialistengesetzes informieren. Auch die „eiserne Faust“ Bismarcks erlahmte. Dabei empfand nur ein kleiner Teil der Arbeiterklasse das Sozialistengesetz als Schlag ins Gesicht, während heute, wo die Sozialdemokratie zur Partei der drei Millionen wurde, jedes Gesetz gegen die Sozialdemokratie eine eiserne Wehr der ganzen Arbeiterklasse hervorrufen würde. Wollen die Junker den Tanz wagen? Eine Lokomotive der Revolution käme nicht sehr ungelegen.

Der Nachzug.

Bei der Straßendemonstration am 20. Februar in Breslau sah ein unbeteiligter Hausdiener einen Mann mit gezogenem Revolver auf einem Rad durch die Menschenmenge fahren. Hierüber erregt, stieß der Hausdiener den Revolverhelden mit den Worten „Polizei! Polizei! Mörder!“ vom Rad. Er wurde darauf verhaftet und bis jetzt in Untersuchungshaft gehalten. Am Freitag wurde gegen den Uebeltäter vor Gericht verhandelt. Er gab an, er habe den Mann für einen Polizeispitzel gehalten, der kein Recht habe, einen Revolver zu führen und damit durch die Straßen zu fahren. Das Gericht war aber der Ansicht, gerade an dem Revolver hätte der Angeklagte erkennen müssen, daß es sich um einen Schußmann in Zivil handele. Das Urteil lautete deshalb wegen hinterlistigen Angriffs wider einen Beamten durch eine das Leben gefährdende Handlung und wegen Beleidigung auf 9 Monate 2 Wochen Gefängnis.

Die Genossen Lbbe und Neulirch haben als „Veranstalter“ der Demonstration am 6. März je ein Strafmandat über 150 M. erhalten. — Ein anderer Genosse, der ein Plakat mit der Aufschrift: „Trinkt keinen Schnaps!“ trug, bekam ein Strafmandat über 6 M., weil das Plakat nicht — „gesetzlich“ ist.

Vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. wurde eine bedeutsame Entscheidung gefällt. Ein Arbeiter wurde zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, trotzdem er nicht getan hatte als ein Hoch auf das freie Wahlrecht auszubringen. In der Urteilsbegründung heißt es: Wohl gelte nach Reichsgerichtsentcheidung das politische Hoch nicht als grober Ungehörigkeit, aber das beziele sich nur auf Hohe der nach einer Wahl oder nach einem Fest, nicht aber vor einer Demonstration für das allgemeine Wahlrecht.

Die Erziehung zum Reichstag.

Im Wahlkreise Jauer-Landeshut sind nunmehr aufgestellt: Arbeitersekretär Prohl (S.), Geheimerat Blüthmann (fortschritt. Volkspartei), Major a. D. Strosfer (Bund der Landwirte und deutsch-tom.) und Rechtsanwalt Dr. Derschel (Zentr.). Die Nationalliberalen treten für den fortschrittlichen ein.

Gestern fand in Friedberg eine Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte statt, die von Vertretern aus 50 Orten des Reichstagswahlkreises Friedberg-Bildingen zahlreich besucht war. Der Vorsitzende Dr. Delmolt-Friedberg machte den Vorschlag, als gemeinsamen Kandidaten der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Becker aufzustellen, falls sich dieser gewissen Bedingungen unterwerfe; besonders, daß er nicht der nationalliberalen Partei als Mitglied, noch als Hospitant beitrete. Dr. Krüger-Berlin gab eine Erklärung ab, nach welcher der Bund der Landwirte unter keinen Umständen für eine Unterstützung einer nationalliberalen Kandidatur zu haben sei. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß im Falle einer Wahl eines Mitglieds des Bundes der Landwirte kein Ausschluß an irgend eine Fraktion stattfinden werde. Dr. Becker erklärte sich damit einverstanden. Er hat demnach keine nationalliberale Vergangenheit, sondern hat seinen Namen abgeschrieben, was sicher ein betrübendes Zeichen für die Nationalliberalen ist. Denn Dr. Becker leidet den Reigen der Scharfmacher ein, die von den Konservativen mit allen Mitteln der politischen Presse den Nationalliberalen abspenstig gemacht wurden.

Die Bremer Lehrerverfolgung.

nimmt immer standalösere Formen an. Am Sonnabend wurde die Frau des in Jengnischwangsdorf genannten Genossen Freuthal von der Behörde in ein scharfes Kreuzverhör genommen. Die Vernehmung verlief ergebnislos. Die Frau erklärte, daß sie von nichts, mein Mann erzählt mir von nichts. Weiter richtete man an die Frau die unerhörte Frage, ob sie Besuche empfangen. Der Parteisekretär Plek wurde auf seine neuliche Aussage vereidigt. Zur fast Freuthals sei noch bemerkt, daß selbst das Bremer Amtsblatt zugestehen mußte, daß die Lehrer nichts vor dem bürgerlichen Gesetz Strafbares begangen hätten“; daß weiter Freuthal, der nicht Beamter ist, in der Sache eines Disziplinarvergehens nicht verpflichtet ist auszusagen, daß also gegen ihn wegen der Verweigerung einer Aussage in einem Disziplinarvergehen nicht in gleicher Weise vorgegangen werden könne, wie im Falle krimineller Vergehen. Zur Verfolgung der Lehrer selbst fragt die Berliner Volkszeitung treffend:

Wo und wann ist es Lehrern verboten, Reichstagsabgeordneten zum Geburtstage zu gratulieren? Und mit welchem Recht hat die Postbehörde das Manuskript des Telegramms ausgeleiert? Wie verhält sich diese Handlungsweise mit dem Postgeheimnis?

Wo diese Frage dürfte unsere Reichstagsfraktion im Reichstage Antwort fordern.

Berlin, 25. April. Die Aufstellung eines Jahresfahrplans für den inneren Betrieb der preußischen und anderer deutschen Eisenbahnen zum 1. Mai hat vielfach die Meinung hervorgerufen, als ob auch für das Publikum nur ein einziger Fahrplan im Jahre herausgegeben würde. Das entspricht nicht den Absichten der Zentralverwaltung der preußischen Staatsbahnen. Diese setzt voraus, daß am 1. Oktober nach wie vor ein neuer Fahrplan für das Publikum erscheinen wird. —

Dem Reichstage soll demnächst ein Gesetzentwurf zugehen, der sich mit den freien Hilfsklassen befaßt und dem Empormachern der Schwindelfassen einen Damm entgegenzusetzen soll.

**Auf Grund des deutsch-österreichischen Handelsvertrages** haben in Berlin zwischen deutschen und österreichischen Delegierten Verhandlungen über die Behandlung der Arbeiter beider Staaten auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung stattgefunden. Die Verhandlungen trugen mit Rücksicht auf die schwebende deutsche Versicherungsgesetzgebung nur provisorischen Charakter. Sie sollen zur Verständigung der Delegierten über verschiedene Fragen der Arbeiterversicherung geführt haben.

## Frankreich.

### Die Kammerwahlen.

Der allgemeine Ausfall.

Paris, 24. April. Bis Mitternacht waren 209 Wahlergebnisse bekannt; gewählt wurden 17 Konservative und Nationalisten, 16 Progressisten, 15 liberale Republikaner, 60 Radikale und sozialistische Radikale, 9 unabhängige Sozialisten, 16 vereinigte Sozialisten. 70 Stichwahlen sind erforderlich. Die Stärkeverhältnisse der Parteien weisen bis jetzt wenig Veränderungen auf.

### Unsere Genossen in der Wahl.

Gewählt sind schon: Sembat, Bailant, Pressense; Jaurès kommt in eine aussichtsreiche Stichwahl, Aléman auch.

### Die sozialistischen Renegaten

Molani, Briand, Kugagnere sind gewählt worden, Millerand kommt in Stichwahl.

### Sozialistische Kundgebungen.

In Bordeaux kam es gelegentlich der Wahl zu ersten Kundgebungen. Die Sozialisten mit roten Fahnen an der Spitze durchzogen die Straßen, hielten vor der Wohnung des Gegenkandidaten und brachten Protestkundgebungen gegen diesen aus.

### „Insurrektionelle“ Heldentaten.

Paris, 24. April. In einer nachts auf dem Montmartre abgehaltenen, von dem sozialistischen Kammerkandidaten Monnet einberufenen Wählerversammlung feuerten mehrere Personen Revolvergeschosse ab. Monnet wurde mißhandelt und trug Verletzungen davon. Ferner drangen einige Personen in die Redaktionsräume der sozialistischen „Quinze“ ein, prügelten einen Diener, zerschlugen die Telefonröhre und richteten auch sonst mehrfachen Schaden an.

Der Verrat des Syndikalismus und Anarchismus, wie er sich in der sogenannten insurrektionellen Organisation präsentierte, kompromittiert sich durch diese Taten in den Augen der ganzen sozialistischen Welt.

### Aufrühr bei den Wahlen.

In der Gemeinde Esperanca, wo die Arbeiter sich im Aufstand befinden, kam es zu lebhaften Kundgebungen einer großen Wählermenge, als das Wahlergebnis verkündet wurde. Bei diesen Krawallen fielen auch Revolvergeschosse. In Chambon arteten die Kundgebungen zu Tötlichkeiten aus. In verschiedenen Stadtteilen hatten sich Trupps gesammelt, die auf Verabredung zur bestimmten Zeit vor das Rathaus marschierten. Das Rathaus wurde von den Revolutionären regelrecht angegriffen, die Türen gesprengt und die Treppen zerstört. Man machte den Versuch, sich der Wahlen zu bemächtigen. Die Gendarmen war nicht stark genug, um einschreiten zu können. Inzwischen hatten die Meuterer das Rathaus in Brand gesetzt. Die Feuerwehr rückte zwar heran, allein die Revolutionäre hinderten die Feuerwehr, von ihren Apparaten Gebrauch zu machen. Es kam zu einem Handgemenge zwischen der Feuerwehr und den Revolutionären, wobei mehrere Feuerwehrleute verletzt wurden. Unterdessen hatte die Gendarmen Verstärkung erhalten und rückte gegen die Demonstranten vor, die alles, was das Feuer nicht zerstört hatte, kurz und klein schlugen. Die Gendarmen gerieten mit den Revolutionären in ein wildes Handgemenge, wobei ein Gendarm getötet und auf beiden Seiten mehrere Personen schwer verletzt wurden.

## Türkei.

### Das Budget.

Konstantinopel, 23. April. Die Deputiertenkammer begann heute die Beratung des Budgets. Der Finanzminister gab ein längeres Exposé über den Stand der Finanzen des Reiches und erklärte u. a., daß auf 5 Millionen Pfund veranschlagte Defizit des Vorjahres habe infolge der Nachtragkredite die Höhe von 7 Millionen erreicht, sei aber durch den Restbetrag der 7-Millionenleihe und durch die Mehrerträge der Einnahmen im Betrage von 1 1/2 Millionen gedeckt. Das Finanzjahr schließt zum erstenmal für die Türkei ohne Schuld mit einem Saldo von 2 Millionen ab. Der Minister kündigte für die nächste Session einen Entwurf, betreffend die Regelung der schwebenden Schulden an, und führte weiter aus, obwohl seit Beginn der konstitutionellen Ära Anleihen im Betrage von 18 Millionen aufgenommen worden, sei er in bezug auf die finanzielle Situation der Türkei sehr optimistisch, da alle Einnahmen, insbesondere die Zölle, eine Steigerung aufwiesen. Die Regierung beabsichtige, die Gewerbesteuer auf die Ausländer auszuweiten, in der Hoffnung, daß die Räte dies zulassen würden, da die Befreiung der Ausländer von dieser Steuer eine Ungerechtigkeit sei. Er hoffe, daß die Verhandlungen über die vierprozentige Zollerhöhung ein befriedigendes Ergebnis haben würden. Die hauptsächlichste Schwierigkeit bestände darin, die Bagdadbahn-Gesellschaft zu bewegen, auf die Klausel zu verzichten, wonach die Kolonialgesellschaft für die Kilometergarantie bestimmt sind. Die Regierung werde keine Schutzpolitik sich zu eigen machen, weil sie mit den Verhältnissen des industriearmen Landes nicht vereinbar sei. Sie werde die Freihandelspolitik aufrechterhalten und gleichzeitig den Abschluß von Handels- und Tarifverträgen betreiben. Schließlich kündigte der Minister eine Reform des Münzwesens an.

### Der Albanesenaufland.

Saloniki, 24. April. Armuten griffen die zwischen Prizren und Verisowij verkehrende Post an, wobei es zum Kampf zwischen den Armuten und den die Straße bewachenden Truppen kam. Die Armuten wichen zurück, auf beiden Seiten waren Verluste zu verzeichnen. In Prizren herrscht große Erregung, von Verisowij sind zwei Bataillone nach dort abgegangen.

Wien, 23. April. Die aus Konstantinopel gemeldet wird, kämpfen seit Sonnabend früh bei Stimlia, an der Straße von Verisowij und Prizren, 10 000 Albanesen mit 8 Bataillonen türkischer Truppen. Näheres ist noch nicht bekannt. Die Lage ist äußerst bedenklich. Die Albanesen beschloßen, die Küstungen fortzusetzen. Scheffet Pascha verlangt neue Verstärkungen.

## Sächliche Angelegenheiten.

### Der Schluß des Landtages.

Am Sonnabend ist ein Dekret 33 ausgegeben worden, wodurch der Schluß des Landtages auf den 13. Mai, den Freitag vor Pfingsten, festgesetzt wird. Ob der Landtag an diesem Tage wird geschlossen werden können, steht allerdings immer noch nicht fest. Wenn der Landtag vor Pfingsten nicht geschlossen werden kann, dann wird der endgültige Termin für den Schluß der 27. Mai sein.

Im Landtage wird alles getan, um den ersten Termin für den Schluß des Landtages einhalten zu können. Deshalb werden vom Montag ab die Vormittage bis 12 Uhr für die Deputierten freigehalten, während an

den Nachmittagen von 2 Uhr Plenarsitzungen stattfinden sollen. Auch an den Sonnabenden wird künftig eine Plenarsitzung abgehalten. Immerhin ist es fraglich, ob der allseitige Wunsch, den Landtag vor Pfingsten schließen zu können, in Erfüllung gehen wird. Der noch seiner Erledigung harrende Beratungsstoff ist eben noch zu reichhaltig.

### Die Reform der inneren Verwaltung.

Die erste Deputation der Ersten Kammer hat zu den konservativen und nationalliberalen Anträgen auf Reform der inneren Verwaltung den Antrag eingebracht, die Kammer wolle beschließen:

aus dem Antrage der Abgeordneten Vizepräsident Oplig und Netzer, der dahin geht, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, zur Vorbereitung der Durchführung einer Reform der gesamten Staatsverwaltung im Sinne größerer Vereinfachung des Geschäftsganges und der Erhöhung der Selbstständigkeit der unteren Behörden einen Ausschuss von auf diesem Gebiete sachverständigen und erfahrenen, den hauptsächlichsten Berufsgruppen und Parteien des Landes entnommenen Männern niederzusetzen die Worte „und Parteien“ auszuscheiden, im übrigen unter Ausschaltung dieser Worte dem Antrage zuzustimmen, auch die hohe zweite Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Der Antrag ist offenbar gegen die Sozialdemokratie gerichtet!

### Neue Anträge im Landtage.

In der Zweiten Kammer ist ein nationalliberaler Antrag Kluge und Genossen eingegangen, wonach die Kammer ersucht wird, zu beschließen:

1. die königliche Staatsregierung zu ermächtigen, einen Betrag von etwa 20 000 Mk. zur Errichtung einer Submissionszentrale zugunsten von Handwerk und Gewerbe zu verwenden, und 2. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Fast wörtlich gleichlautend fordert ein konservativer Antrag Schanz und Genossen, die Kammer wolle beschließen:

1. die königliche Staatsregierung zu ermächtigen, einen Betrag von 20 000 Mk. zur Errichtung einer Submissionszentrale zugunsten des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes zu verwenden, und 2. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Der gleiche Inhalt dieser Anträge, der sich fast bis auf den Wortlaut erstreckt, läßt erkennen, daß die Anträge auf einer Vereinbarung mit der Regierung, die ihnen natürlich zustimmen wird, beruhen. Es muß vor Schluß des Landtages auch etwas für den Mittelstand getan werden, damit er bei den nächsten Reichstagswahlen nicht mit der Sozialdemokratie gegen die bürgerlichen Parteien geht. Die Anträge sind in erster Linie vom wahlpolitischen Standpunkte aus zu betrachten.

### Arbeiter als Hilfskräfte der Gewerbeaufsicht.

Die Reichshausdeputation der Zweiten Kammer hat ihren Bericht fertiggestellt über den Antrag Günther, der eine Mitwirkung von praktisch geschulten und geprüften Arbeitern bei der Ausbildung der Gewerbeinspektoren vorgeschrieben wissen will. Wie aus dem Berichte des nationalliberalen Abg. Kienhempel hervorgeht, hat die Deputation die Regierung ersucht, Erkundigungen darüber anzustellen, wie in Bayern, Baden, Württemberg, Hessen sich die als Hilfskräfte der Gewerbeinspektoren herangezogenen Arbeiter bewähren, welchem Erfolge auch die Regierung entsprochen hat. Die Erfahrungen, die nach diesen Erkundigungen mit den Arbeitern gemacht worden sind, waren überall günstig. Danach kam auch die Deputation zu der Ansicht, daß die Heranziehung von Arbeitern zur Gewerbeaufsicht wünschenswert sei. Die Mehrheit vertritt sich jedoch abweisend gegen die Forderung, den Arbeitern der Anstellung von Arbeitern bei der Gewerbeaufsicht ein Vorschlagsrecht einzuräumen. Die Regierung hat in der Deputation erklärt, daß sie bereit sei, dem Vorgehen der süddeutschen Staaten zu folgen, wenn die Kammer einen dahingehenden Beschluß fassen würden in der Überzeugung, daß die Einrichtung geeignet sei, den sozialen Frieden zu fördern. Für diesen Fall sollen in den Etat für 1912/13 Mittel eingestellt werden. Die Arbeiteraufsichtsbeamten sollen dann den gewerbetechnischen Räten bei den Kreishauptmannschaften unterstellt werden. Die Deputation ist der Ansicht, daß dem bestehenden Bedürfnisse Rechnung getragen werde, wenn für jede Kreishauptmannschaft zwei neue Beamte angestellt werden, die dem Arbeiterstande zu entnehmen sind. Die Deputation beantragt nun, die Kammer wolle beschließen, 1. die Regierung zu ersuchen, von 1912 ab die Anzahl der Gewerbeinspektoren in der Weise zu vermehren, daß für jeden Kreishauptmannschaftlichen Bezirk möglichst zwei aus dem Arbeiterstande zu entnehmende Hilfskräfte angestellt und daß diese neuen Hilfskräfte den gewerbetechnischen Räten bei den Kreishauptmannschaften unterstellt werden, sowie die dafür nötigen Mittel im nächsten Staatshaushalt einzustellen, ferner für den Fall, daß nochmals eine Vermehrung der Gewerbeinspektoren erfolgt, weitere neue Hilfskräfte auch aus dem Arbeiterstande zu entnehmen; 2. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Die Heranziehung von Arbeitern zur Gewerbeaufsicht wird also demnächst auch in Sachsen zur Tatsache werden.

### Eine neue Staatsanleihe.

Dem Landtage ist der Entwurf eines Gesetzes über die Aufnahme einer Staatsanleihe zugegangen. Das Finanzministerium wird danach ermächtigt, die Barbestände der Finanzhauptkasse um 100 Millionen Mark durch Aufnahme einer verzinslichen Anleihe in dem zur Beschaffung dieser Summe erforderlichen Nennbetrage zu verstärken. In der Begründung heißt es: Die in den Finanzperioden 1902/03, 1904/05, 1906/07 beim ordentlichen Staatshaushalt erzielten Ertragsüberschüsse in Verbindung mit dem Ertragsüberschusse beim ordentlichen Staatshaushalt der Finanzperiode 1908/09 haben es bisher ermöglicht, von der Begebung der durch das Gesetz vom 4. Juli 1902 beschlossenen dreiprozentigen Rentenanleihe im Nennwertbetrage von 100 Millionen Mark abzusehen. Nach den beigefügten Darlegungen läßt sich der außerordentliche Staatsbedarf in Zukunft ohne Verstärkung der Bestände der Finanzhauptkasse durch eine Anleihe nicht mehr decken. Am nächsten läge es, nunmehr die dreiprozentige Rentenanleihe des Gesetzes vom 4. Juli 1902 zu begeben. Ob dies möglich sein wird, nachdem das Reich, Preußen und die übrigen deutschen Bundesstaaten zur Ausgabe vierprozentiger Anleihen übergegangen sind und an diesem Anleihe — von vereinzelten Ausgäbe 3/4prozentiger Schuldverleihungen abgesehen — bis in die neueste Zeit festgehalten haben, erscheint zweifelhaft. Die Staatsregierung glaubt daher, den Ständen den Erlaß eines neuen Anleihegesetzes vorzuschlagen zu sollen, das der Finanzverwaltung, ebenso wie in andern Staaten, hinsichtlich des Zinsfußes die nötige Bewegungsfreiheit gewährt.

Die noch ungedehnte Rentenanleihe von 1902 kommt durch die neue Vorlage in Wegfall.

Zu der Interpellation Günther wird dem Vogtländischen Anzeiger von juristischer Seite geantwortet: Nach einer durch die Presse gehenden Notiz soll Herr Amtsgerichtsrat Schmidt in Delitzsch i. B. einen Zeugen, oder mehrere, genötigt und zu

nötigen versucht haben, ihr Wahlschein preiszugeben, d. h. anzugeben, wen sie bei einer gewissen Gelegenheit gewählt haben. Dieser Vorwurf ist unüberprüfbar. In den amtlichen Protokollen der Kommission für die Reform des Strafprozesses (Süntag, Berlin 1905), die jetzt im Gange ist, ist Seite 33, 34 gesagt: „Es wurde die Frage gestellt, ob das Wahlschein in i in der Strafprozessordnung dadurch zu schärfen ist, daß den Zeugen das Recht gewährt werde, über ihre Abstimmungen die Auskunft zu verweigern. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Praxis der Gerichte (Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen. S. 6 S. 517) für das geltende Recht die Existenz eines solchen Rechts verneine, und daß kein genügender Grund vorliege, hieran etwas zu ändern, da das Interesse des Staates an der Ermittlung begangener Straftaten höher zu schätzen sei, als das Interesse des einzelnen Wählers an der Geheimhaltung seiner Abstimmung.“

Die Frage nach der Abstimmung wäre danach gesetzlich zulässig. Moralisch würde dadurch die gerichtliche Inquisition nicht weniger verwerflich, da von einer „Ermittlung begangener Straftaten“ in politischen Prozessen, für die wohl allein die Frage nach der Abstimmung in Betracht kommen kann, doch keine Rede sein kann.

### Eisenbahnfinanzen.

Die vorläufig festgestellten Verkehrseinnahmen der sächsischen Staatsbahn im Monat März betragen 13 351 300 Mark oder 1 302 100 Mark mehr als im März des Vorjahres, wovon 4 026 300 Mark (850 000 Mark mehr) auf den Personenverkehr und 8 725 000 Mark (372 200 Mark mehr) auf den Güterverkehr kommen. Die Gesamteinnahmen der sächsischen Staatsbahn vom 1. Januar bis Ende März 1910 betragen nach vorläufiger Feststellung 36 274 200 Mark oder 3 725 000 Mark mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Hierzu trug der Personenverkehr 11 901 200 Mark (1 977 300 Mark mehr) und der Güterverkehr 24 373 000 Mark (1 747 700 Mark mehr) bei. Das außerordentlich günstige Ergebnis der Einnahmen aus dem Personenverkehr im März d. J. ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß das Osterfest dieses Jahr in den Monat März, voriges Jahr aber in den April fiel; beabsichtigend wirkten ferner die milden Witterungsverhältnisse. Die Mehrerinnahme im Güterverkehr erklärt sich aus dem allgemeinen Verkehrszuwachs im Winterverkehr. Gegenüber dem Jahre 1908 ist in den ersten drei Monaten nicht eine Mehrerinnahme von 3 725 000 Mark, sondern nur eine solche von 2 817 000 Mark erzielt worden. In 1909 waren die Einnahmen in den ersten drei Monaten um über 900 000 Mark zurückgeblieben.

Chemnitz. Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums stellte in der letzten Sitzung an den Rat die Anträge, wie er sich in Hinsicht auf die städtischen Bauten während der gegenwärtigen Bauarbeiterausperrung verhalten werde. Genosse Straube bemängelte, daß die Stadt keine Sorge trage, die Bauten weiterzuführen, obwohl es sich um große Verluste für die Stadt handle, wenn die Bauten nicht zur rechten Zeit fertig werden. Nach der Bestimmung § 13, Absatz 1 der Vergabungsordnung städtischer Arbeiter könne der Rat die Weiterführung der Bauten verlangen. Die sozialdemokratische Fraktion verlange, daß die Stadt die Bauten in eigener Regie weiterführe, wenn die Unternehmer sich weigern. Genosse Straube beauftragte an der Hand des damals abgeschlossenen Protokolls den Wortbruch der hiesigen Unternehmer, die 1909 versprochen hatten, ab 1. April 1910 den Einheitslohn von 65 Pfg. einzuführen und ihr Bemühen, mit Zeitungsaufstellungen das damals gegebene Versprechen aus der Welt zu reden. Der Oberbürgermeister Dr. Sturm hielt sich an die Stellungnahme seines großen Vorgängers Ved im Jahre 1907 beim Streik der Bauarbeiter. Objektiv müsse der Rat bleiben. Nur ein Bedauern hatte er dafür, daß die Differenzen ausgedehnt sind und den Wunsch, daß sie bald behoben werden möchten. In der weiteren Aussprache wurde von unsern Genossen der Gewaltstreik der Unternehmer gebührend gekennzeichnet und energisch vom Räte verlangt, daß er seinen Standpunkt ändere. Baummeister Heißel wandte sich gegen unsere Genossen und verlangte vom Räte, daß er sich in wirtschaftliche Kämpfe nicht einmische. Baumr. Möblich bestritt sogar dem Räte das Recht, jetzt schon in der von unsern Genossen verlangten Weise gegen die Unternehmer vorzugehen. Es muß also erst länger gedauert haben, Not und Elend muß größer geworden sein durch die gewalttätige Behinderung an ehrlicher Arbeit. Das verheißt wer kann. Die Arbeiter — 215 könnten zurzeit in den städtischen Bauten beschäftigt werden — und die Stadt müssen erst großen Schaden haben, dann wird der Rat vielleicht eingreifen! So werden ohne sozialen Sinn große Gemeinwesen regiert!

Verst. Welche Schlamperie auf kommunalem Gebiete hier seit vielen Jahren herrscht, hat der Abgeordnete Dr. Roth im Landtage bei Beratung des Ministeriums des Innern zur Sprache gebracht. Die Kreishauptmannschaft Bautzen, der die dort herrschende Zustände unterbreitet wurden, ist dagegen nicht eingeschritten. Sie war im Gegenteil mit Eifer darauf bedacht, daß der Mann, der die unhygienischen Zustände aufgedeckt hat, seinen Einfluß in der Stadtverwaltung erlangte. Denn als Stadtrat Hempel in diesem Jahre von den Stadtverordneten zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt worden war, hat die Kreishauptmannschaft die Befähigung verweigert. Wegen der im Landtage geübten Kritik haben nun die Stadträte Meckus, Hauffe und Fuhrmann ihre Resignation niedergelegt, bis die Verwaltungsangelegenheiten der Stadt geklärt sind.

Treuen. Der Stadtrat hat das Gesetz des Sozialdemokratischen Vereins um Aufhebung der Gebühr für Erteilung des Bürgerrechts abgelehnt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Großschadowitz bei Pirna war der Brunnensbauer Knauche aus Sporby mit Arbeiten zur Vertiefung eines Brunnens beschäftigt und wollte nach erfolgter Ausbuchtung des Mauerwerks unterfangen. Die Eisenstangen, die zur Stützung des Mauerwerks dienten, hielten dabei den Druck nicht aus, was lockere Erde nach, auch einige schwere Steine stürzten in die Tiefe und trafen den auf dem Boden des Brunnens beschäftigten Brunnensbauer. Der Sohn, der die Gefahr bemerkte, zog an dem Sicherungsseil den Vater empor, konnte ihn aber nicht retten, selbst dann nicht, als er hinunterstieg, um den mit den Weinen in das Geröll eingestemmten Mann zu befreien. Die herabfallenden Steine brachten dem mutigen Retter selbst nicht unerhebliche Verwundungen am Kopfe bei. Später wurde der Vater als Leiche geborgen. — Die große Spiritusdrennerlei des Ritterguts in Ditzsdorf bei Chemnitz wurde in der letzten Nacht vollständig eingeschleiert. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt. Der Schaden ist bedeutend. — In Wittweid a. S. ist der seit 30 Jahren im Dienste der Stadt stehende Stadtkasserer Theodor Kitzberger spurlos verschwunden. Eine Rassenreaktion ergab, daß in der von ihm verwalteten Kasse 3000 Mark fehlten, die jedoch durch Kautionsgeld gedeckt sind. Man vermutet, daß K. sich das Leben genommen hat, da er in der letzten Zeit ein ziemlich nervöses Wesen zur Schau trug. — In Sinterha in bei Auerbach wurde der 20jährige Geschirrführer Petho von einem umstürzenden Wagen erschlagen. — In Reudorf im Erzgebirge sind die Mäher in so starkem Umfang ausgefahren, daß von der Kirchschule zwei Unterrichtsklassen geschlossen werden mußten.

## Aus den Nachbargebieten.

Halle a. S. Im benachbarten Düren wurde der Leitung der sozialdemokratischen Partei von der Polizeiverwaltung mitgeteilt, daß gegen die Veranstaltung eines Umzugs vom 1. Mai nichts einzuwenden sei. Auch die Mitführung einer Musikkapelle wurde gestattet.



topfeln, trotzdem die Regierung diese Steuer ablehnt. (Juristen bei den Nationalliberalen.) Ach so, Sie sagen Sie haben keine so intimen Beziehungen mehr. Nun, alte Liebe rostet nicht, und wenn die Regierung nicht den Weg zu Ihnen findet, so werden Sie schon den Weg zur Regierung finden. (Große Heiterkeit.) Ich wundere mich also, daß man die Veteranenfürsorge mit Steuer- bzw. Deckungsvorschlägen verknüpft hat, von denen man weiß, daß sie keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich will nicht unhöflich sein. Ich will nur sagen: Trauen wird der Verdacht entstehen, daß man es nicht ernst gemeint hat mit der Veteranenfürsorge, und daß man sie durch diese Verknüpfung zu Fall bringen wollte. (Widerspruch.)

Nach ein paar Worte an Herrn v. Liebert. Er hat es fertiggebracht, die Gewerkschaften in die Debatte zu ziehen und von den hohen Streitbeiträgen zu sprechen. Wenn die Gewerkschaften diese Beiträge erheben müssen, so liegt das nicht zum wenigsten an den Freunden des Herrn v. Liebert, an der aufhebenden Presse seiner Partei. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ich sage zum Schluß, die bürgerlichen Parteien haben die Mehrheit hier im Hause. Wenn sie nicht den Veteranen geeignete Fürsorge gewähren und eventuell gegen die verbündeten Regierungen durchsetzen, so fällt auf sie die Verantwortung. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Vantsche (nat.-lib.): Ich muß entschieden gegen die Behauptung des Vorredners protestieren, daß wir die Veteranenfürsorge mit der Wehrsteuer verknüpfen, weil wir die Wehrsteuer für ansichtslos halten. (Abg. Schöpflin: Das habe ich gar nicht gesagt.) Die Regierung sollte diese Fürsorge einführen, wir sind bereit, für die Deckung zu sorgen. Der Staatssekretär hat die Sache zu leicht genommen. Und ist es mit der Wehrsteuer ernst, und es ist Sache des Herrn Staatssekretärs, die richtige Form für diese Steuer zu finden. Die Beseitigung der Liebesgabe ist ja doch ansichtslos. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Reichshaussekretär Vermuth bestreitet entschieden, daß er die Sache leicht genommen habe. Die vorliegenden Anträge lieferten aber der Regierung keinen genügenden Anhalt dafür, was der Wille des Reichstags ist.

Abg. Baumann (Centr.): Auch bei uns in Bayern ist die Erregung außerordentlich groß darüber, daß so viele Veteranen ohne Hilfe sind. Der hartnäckige Widerstand gegen den einmütigen Wunsch des Reichstags ist vollkommen unverständlich. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Es handelt sich hier nicht um eine Finanzfrage, sondern um eine Ehrenfrage des Reichs. Die Finanzverwaltung hat deshalb die Pflicht, für die notwendigen Mittel zu sorgen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Schöpflin ging auf meine Rede von 1901 zurück. Damals handelte es sich aber um etwas anderes als heute. (Widerspruch bei den Soz.) Auch schärfste protestieren muß ich gegen die Neuherung, wir hätten die Veteranenfürsorge mit der Wehrsteuer verknüpft, weil wir wüßten, aus dieser wird nichts. (Rufen bei den Soz.) Es ist bedauerlich, daß Herr Schöpflin sogar diese Frage zu einer Parteifrage gemacht hat. (Abg. Schöpflin: Ist ja nicht wahr!) Das weisen wir zurück. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Antif.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Ollpert (Bauernbund) bezeichnet die Rede des Staatssekretärs als sehr bedauerlich, da wäre es schon besser gewesen, der Bundesratsstich wäre leer geblieben.

Abg. Dr. Wiemer (Sp.): In der Frage der Beihilfe selbst ist sich der ganze Reichstag einig, nicht aber in der Frage der Deckung. Wir haben erhebliche Bedenken gegen die Wehrsteuer für eine Verminderung der Liebesgabe war früher auch das

Zentrum zu haben, jetzt hat es diesen Standpunkt verlassen, damit über dem Reichstisch die schwarze Fahne wehen kann. (Sehr laut! bei der Sp.) Wir sind übrigens auch bereit, die neue Verzinsungssteuer zur Deckung heranzuziehen. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Schöpflin (Soz.): Herr Dr. Arendt hat es so hingestellt, als hätten wir die Einigkeit des Reichstags gestört. Das war in keiner Weise der Fall. Ich habe sogar gesagt, daß wir auf weitergehende Anträge verzichten, und nur gebeten, die Unterstützung von 120 Mk. zu erhöhen. Die Behauptung des Herrn Dr. Arendt ist illoyal und unehrenhaft. (Zust. v. d. Sp.)

Präsident Graf Schwerin: Diese Äußerung vertritt sich nicht mit der Ordnung dieses Hauses.

Abg. Dr. Hoefde (sonf.) verteidigt die Branntweinliebesgabe, ihre Aufhebung führe zum Ruin der kleinen Brenner. Hätten die Herren Freisinnigen die Kotierungssteuer bewilligt, so hätten wir jetzt Geld genug. (Große Heiterkeit links.)

Die Debatte schließt.

In der gleich darauf vorgenommenen zweiten Lesung wird der Antrag Nebel (Soz.) auf Erhöhung der 120 Mk. auf 150 Mk. gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Wieland (Sp.) abgelehnt.

Die gleichlautenden Anträge werden en bloc angenommen nebst dem Zusatz, daß das Gesetz am 1. Mai 1910 in Kraft treten soll. Die Anträge zur Deckungsfrage werden beide abgelehnt, die Herabsetzung der Liebesgabe gegen Sozialdemokraten und Freisinnige, die Wehrsteuer gegen Nationalliberale und Konservative.

Das Kolonialbeamtengesetz nebst einem Nachtragsetat wird debattelos der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Kleinere Vorlagen.)

## Gerichtssaal.

### Landgericht.

Schwindelhaftes Pferdehändler. Der 35 Jahre alte Geschäftsführer Hermann Friedrich Friede aus Oshersleben war von dem Baunternehmer H. in Solzhausen beauftragt worden, zwei ihm gehörige Pferde zu verkaufen. Er teilte denn auch kurz darauf dem H. mit, daß er einen sicheren Mann als Käufer habe, und zwar den Handelsmann Albert Julius Schmidt in Wiedern. Die beiden Pferde wurden daraufhin an Sch. für je 1000 Mark verkauft. Sch. leistete eine Anzahlung von 100 Mark und das übrige erledigte er in Wechseln, die aber wertlos waren, da Sch. nichts bezahlte. Friede und Schmidt wurden vor Verantwortung gezogen; Fr. erhielt, da er bereits viel vorbestraft ist, 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, während Sch. mit 8 Monaten Gefängnis bestraft wurde. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf und zwei Jahre aberkannt.

Ein Kollidie. Eines Tages im März fiel den Passagieren eines Straßenbahnwagens das Gebaren eines Mannes auf, der mit einem Koll auf den Vorderperron gestiegen war. Als man sich den Mann und sein Koll näher ansah, wurde entdeckt, daß der Mann ein gewohnheitsmäßiger Dieb und sein Koll von einem Wagen gestohlen war. Das Koll erhielt Zuchthaus im Werte von 200 Mark. Der Dieb, der „Arbeiter“ Paul Emil Dörich, wurde zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Grausamkeit der Rückfallsbestimmungen des Strafgesetzbuchs trat wieder in zwei Straffällen zutage, die vor dem Landgericht zur Aburteilung kamen. Der 50 Jahre alte Handarbeiter Ernst August Kl., der fünf Kinder zu Hause hatte, irrte am 11. Februar arbeitslos in Wurz umher und suchte Arbeit. Er sprach zu diesem Zwecke bei ver-

schiedenen Baumeistern vor, und diese gaben ihm etwas für seine Kinder zu essen mit. Aus der Art und Weise, wie er angesprochen hatte, folgerte der Staatsanwalt ebenso wie die Richter, daß er gebettelt habe, und die Herren Juristen mögen in ihrer Art ja auch recht haben, wenn sie nach der üblichen Auslegung in der Art des Vorsprechens, wie es der Angeklagte tat, die „Arterien“ des Bettels sahen. Die Sache wird also juristisch in guter Ordnung sein und die drei Tage Haft, die dem armen Schächer dafür auferlegt wurden, hat dieser dennoch „verdient“. Aber dieses Ungemach ist nicht das schlimmste. Schlimmer für den Angeklagten war, daß er auf seinem Rundgang aus einer Kausflur einen Sad Kartoffeln im Werte von 2,50 Mark stahl. Wegen dieses Diebstahls würde er mit 8 oder 14 Tagen Gefängnis davongekommen sein; da er aber bereits mehrfach wegen Diebstahls bestraft ist, so mußte die mindeste Strafe drei Monate betragen. Man gab ihm jedoch vier Monate und billigte ihm mildernde Umstände zu.

Dem 40 Jahre alten Fleischergehilfen Bruno Moritz K. in Lindenan geht es auch nicht gut. Er hält sich einige Ziegen und kam auf den Gedanken, sich von dem Lagerplatz des Futterhändlers H. 15 Kilogramm Heu im Werte von zwei Mark als Futter für seine Tiere anzueignen. Aber zu diesem Zweck mußte er überheizen und somit qualifizierte sich seine Tat als ein „schwerer“ Diebstahl, der mindestens, da K. ebenfalls schon einmal wegen Diebstahls bestraft ist, mit einem Jahr Gefängnis zu ahnden war. Das Gericht erkannte denn auch auf diese mindeste Strafe. In Rücksicht darauf, daß die Strafe im Verhältnis zur Tat kolossal hoch ist, belieh man dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte. Ein nur geringer Trost für den Betroffenen und seine Familie.

Die polnische Gräfin und der Bauschreiber. In Wahren lebt, wie unsern Lesern aus den Gerichtsberichten bekannt ist, eine Dame, die vorgibt, naheinander mit zwei Grafen in London in den heiligen Stand der Ehe getreten zu sein, der erste angebliche Gemahl, Graf Storzinski, ist gestorben; der zweite angebliche Gemahl, Reichsgraf v. Jedwitz, lebt in Desterreich und nährt sich, wie man hört, schlecht und recht mit seiner Hände Arbeit. Die Gräfin wird von der Verwandtschaft ihres ersten Mannes nicht anerkannt und sie hat auch noch nicht nachweisen können, daß sie dem Grafen ordnungsgemäß nach den Gesetzen des britischen Reichs angetraut worden ist. Ihre Klage wegen der Güter ihres angeblich ersten Gemahls harret auf dem Reichsgericht ihrer endgültigen Entscheidung.

Der Bauschreiber Elbin hatte sich früher lebhaft für die Gräfin interessiert und ihr durch Sammlungen in polnischen Arbeiterkreisen einige hunderttausend Mark verschafft, damit sie, die als geisteschwach erklärt worden ist, ihre Projekte führen und somit zu ihren Gütern kommen und die Aufhebung der Entmündigung erreichen könne. Nach und nach aber brach sich bei den Landsleuten der Gräfin die Ueberzeugung Bahn, daß ihr Geld verloren sei und die Liebe für die Gräfin wandelte sich in Haß. So ging es auch dem Bauschreiber Elbin, dessen Eltern ebenfalls eine Summe auf den gräflichen Mar gepostet haben. Elbin schrieb einen Brief an die Gräfin, worin er sie bezichtigte, daß sie das gesammelte Geld ihrem angeblichen Gemahl in Desterreich sende. Einen zweiten Brief richtete Elbin an den Rechtsanwalt Donnerstahl; er warnte diesen vor dem österreichischen Grafen und stellte den Grafen als zahlungsunfähig hin.

Der Graf hat darauf Elbin verhaftet und dessen Verurteilung zu fünfzehn Mark Geldstrafe erzielt. Hiergegen legte E. Berufung ein und hatte das Glück, in dem einen Falle freigesprochen zu werden. Die Strafe wurde auf sieben Mark bemessen.



# LEBENSMITTEL

Gemüse	1/2 Dose	
	2 Pfund	1 Pfund
Brechbohnen jungo	1/2 Dose 2 Pfd. 26	
Wachsbohnen prima jungo	36	—
Erbsen jungo, extrafein	85	43
Karotten jungo	40	25
Karotten prima	—	30
Leipziger Allerlei	50	33
Leipziger Allerlei	70	38
Leipziger Allerlei prima	80	45
Rosenkohl prima	72	38
Kohlrabi junger in Scheiben	—	30
Sellerie junger in Scheiben	53	—
Schnittbohnen prima jungo	2-Pfd.-Dose 28	

Konserven	1/2 Dose	
	2 Pfund	1 Pfund
Spargelspitzen	45	—
Spargelabschnitte Braunschweiger	1/2 Dose 2 Pfd. 58	
Brechspargel dünn	85	—
Schnittspargel stark	95	53
Schnittspargel pa. ohne Köpfe	75	40
Stangenspargel	105	58
Stangenspargel mittel	115	65
Stangenspargel stark	155	—
Stangenspargel extra stark	175	—
Steinpilze Ia	110	60
Morcheln prima	1/2 Pfund	68
Gemüse Erbsen jungo	2-Pfd.-Dose 37	

Frucht-Konserven	1/2 Dose	
	2 Pfund	1 Pfund
Pflaumen süßsauer	40	28
Birnen halbe Frucht	—	36
Stachelbeeren	60	40
Metzer Mirabellen	1/2 Dose 2 Pfund 65	
Kirschen rot, mit Stein	72	48
Früchte, Melange	95	52
Aprikosen halbe Frucht	105	58
Erdbeeren Metzger	115	68
Reineclauden	80	48
Heidelbeeren	—	32
Apfelmus tafelfertig	58	—
Früchte Melange	2-Pfd.-Dose 68	

Solange Vorrat! □ Für jede Büchse wird Garantie geleistet. □ Solange Vorrat!

## Kolonialwaren

Glacierte Erbsen	Pfund 20	Apfel-Gelée	Pfund 28
Hartgries	Pfund 20	Prima Pflaumenmus	Pfund 18
Eine Sendung Linsen grosse Frucht	Pfund 10		
Eine Sendung Patna-Reiss	Pfund 18		
Eine Sendung Graupen	Pfund 13		
Eine Sendung Perlbohnen	Pfund 16		
Eine Sendung Grüne Erbsen	Pfund 16		
Makkaroni	Pfund 25	Preisselbeeren	Pfund 30
Hausmacher Nudeln	Pfund 24	Marmelade im Elmer	3 Pfund 65
Eier-Schleifchen	Pfund 45	Marmelade im Elmer	5 Pfund 95
Mischobst	Pfund 25	Blütenhonig garant. rein	Glas 78
Kondens. Milch Marke Milchmädchen	46	Marmelade engl. Art	Glas 78
Russ. Tee	Pfund 150	Pa. Apfelkraut	Pfund 40
Steinpilze getrocknet	Pfund 150	Holländischer Kakao	Pfund 78

## Wurstwaren

Rügenwalder Knackwurst	Pfund 70
Thür. Rot- u. Leberwurst	Pfund 55
Pa. Zervelatwurst	Pfund 125
Pa. Salamiwurst	Pfund 125
Pa. Braunschweig. Schlackwurst in Pottsdarm	Pfund 150
Delikatessen	Dose
Sardinen in Oel	35 45
Sardinen Spezialmarke L'Hirondelle	60
Sardinen in Tomaten Amieux Frères	110
Sardinen Philipp & Ceneud	120
Sprotten in Oel	35
Pa. Kron.-Hummer nur Schwanz und Scheeren	235 135
Gabelbissen	40
Alaska-Salm „Marke Fischermann“	125 75
Geräucherter Lachs	Pfund 78

Grünwaren: Französ. Stangenspargel . . . Pfund 95 □ Palermo-Zitronen goldgelb . . . Dutzend 22 □  
Frischer Rhabarber . . . Bund 5 □ Kranzfeigen . . . . . Pfund 22 □

# KAUFHAUS GEBR. JOSKE.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. April.

Geschichtskalender. 25. April 1505: Der italienische Dichter Torquato Tasso in Rom gestorben (\* 1544). 1599: Oliver Cromwell, Lord-Protektor von England, in Huntington geboren (\* 1658). 1792: Die Guillotine zum erstenmal gebraucht. 1804: Der Vater Friedrich Preller in Eisenach geboren (\* 1878). 1874: Der Erfinder der drahtlosen Telegraphie, Guglielmo Marconi, in Griffone bei Bologna geboren. 1899: Der Historienmaler Wislizenus in Goslar gestorben (\* 1825). 1907: Robert Schwegel gestorben.

Sonnenaufgang: 4,45, Sonnenuntergang: 7,12.
Monduntergang: 5,10 vorm., Mondaufgang: 8,20 nachm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 26. April.
Lebhafte südwestliche Winde, bedeckt, kühl, Regen.

Parteiangelegenheiten.

Kassalliste.

Der Gasthof in Thessa, Völkher Hamann, steht von jetzt an der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung.

Die gewerbliche Rechtsprechung in Leipzig.

Das Gewerbegericht und das Kaufmannsgericht der Stadt Leipzig haben vor wenigen Tagen ihre Jahresberichte für 1909 herausgegeben. Daraus ergibt sich, daß wesentliche Veränderungen in der Rechtsprechung nicht vorgekommen sind. Die Zahl der Streitfälle ist beim Gewerbegericht geringer als in den Vorjahren gewesen, beim Kaufmannsgericht ist sie dagegen gestiegen. Immerhin sind die Angaben in den Berichten von Interesse und sie wirken sogar lehrreich, wenn man die hier angeführten Zahlen mit denen früherer Jahre vergleicht. Das Kaufmannsgericht besteht jetzt fünf Jahre, vom 1. Januar 1908 ab ist seine Zuständigkeit auch auf den Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig ausgedehnt worden. Verfolgt man die Rechtsprechung beim Gewerbegericht ebenfalls auf fünf Jahre zurück, so ergibt sich folgendes:

Table with 5 columns (Year) and 4 rows (Cases, Terms, etc.) for Gewerbegericht and Kaufmannsgericht.

Während also die Klagen beim Gewerbegericht im letzten Jahre geringer waren als im Jahre zuvor, sind diejenigen beim Kaufmannsgericht an Zahl gewachsen, auch dann noch, wenn man die auf den Bezirk der Amtshauptmannschaft entfallenden Klagen, die in den beiden letzten Jahren je 65 betragen, abrechnet. Worauf der Rückgang beim Gewerbegericht zurückzuführen ist, läßt sich aus dem Bericht nicht erkennen. Mit wenigen Ausnahmen sind die anhängig gemachten Klagen in weniger als einer Woche, die Mehrzahl davon sogar innerhalb drei Tagen erledigt worden. Man ist also bemüht gewesen, dem Verlangen nach beschleunigter Rechtsprechung nach Möglichkeit zu entsprechen. Auffällig erscheint dagegen die verhältnismäßig geringe Zahl der Termine, in denen der Betreffende aus Unternehmer- und Arbeiterkreisen bei der Rechtsprechung mitgewirkt haben. Der größte Teil der Streitigkeiten hat zwar in Sühnterminen Erledigung gefunden, das waren im letzten Jahre beim Gewerbegericht 1525, dazu kommt aber, daß im gleichen Jahre auch noch in 1322 Terminen vor dem Einzelrichter verhandelt worden ist. Der Wert der Gewerbegerichts liegt aber in erster Linie darin, daß an Stelle von Berufsrichtern Personen aus den Kreisen der streitenden Parteien mit Recht sprechen, Personen, die ihre Erfahrung im praktischen Leben genossen haben. An diese Art der Zusammenlegung der Gewerbegerichte wurde bei Schaffung des Gesetzes die Hoffnung geknüpft, daß es den Gewerbegerichten gelingen wird, durch eine auf Sachkunde beruhende unparteiische Rechtsprechung das Vertrauen der Unternehmer und der Arbeiter zu gewinnen, deshalb sollten die Gewerbegerichte zu einer Tätigkeit berufen werden, deren Erfolg in erster Linie durch die Vertrauenshaftigkeit mit den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern und durch das Vertrauen der Beteiligten bedingt ist. Daß sich solche Hoffnungen nur in sehr geringem Maße erfüllen können, je seltener in der Praxis Arbeiter und Unternehmerbeiträge zur Mitwirkung in der gewerblichen Rechtsprechung herangezogen werden, dürfte begreiflich erscheinen. Nicht minder auffällig ist, daß reichlich mehr als die Hälfte aller Streitigkeiten durch Vergleiche erledigt worden sind. An sich würde sich ja gegen Vergleiche zwischen den streitenden Parteien nichts einwenden lassen, denn wenn sich Arbeiter und Unternehmer einigen, ist der Richter aller weiteren Tätigkeit enthoben. Aber schließlich kommt es mehr darauf an, wie manche Vergleiche zustande kommen und welches Resultat für Kläger und Beklagte dabei herauspringt. Sehr häufig wird ein richtiger Ausgleich durch den Vergleich nicht erzielt, und wenn ein Kläger im Vergleichswege mehr erzielt, als was ihm rechtlich zusteht, so ist das ebenso ungerecht, als wenn er dadurch nur einen Teil des ihm rechtlich zustehenden Anspruchs zugestanden erhält. Das ist der Grund, weshalb wir uns mit den meisten derartigen Vergleichen nicht befreunden können und weshalb wir nach wie vor

denjenigen Parteien, die nicht sicher sind, ob sie im Vergleich auch ihr Recht erhalten, nicht zu solchen Vergleichen raten können.

Die meisten der von Arbeitern anhängig gemachten Klagen betrafen rückständigen Lohn, die von den Unternehmern anhängig gemachten betrafen Vertragsbruch. Der Streitwert bewegte sich im letzten Jahre beim Gewerbegericht zwischen 22 Pf. und 2500 Mk., beim Kaufmannsgericht zwischen 2 Mk. und 5600 Mk. Berufungsfähige Urteile gab es beim Gewerbegericht 17, beim Kaufmannsgericht 45, von den letzteren wurden 29 durch Berufung angefochten. Gutachten hat das Gewerbegericht im letzten Jahre nicht erstattet, als Einigungsamt wurde es in einem Falle angerufen. Das Kaufmannsgericht ist als Einigungsamt nicht in Tätigkeit getreten, dagegen hat sich der Ausschuß mit mehreren Anträgen beschäftigt. Obgleich die Streitfälle beim Kaufmannsgericht nicht allzu erheblich gestiegen und beim Gewerbegericht im letzten Jahre sogar zurückgegangen sind, ist der städtische Ausschuß, den beide Gerichte erfordern, von Jahr zu Jahr gestiegen. Er betrug beim Gewerbegericht 1905: 11 988 Mark, 1906: 17 044 Mk., 1907: 21 404 Mk., 1908: 22 571 Mark, 1909: 26 795 Mk.; beim Kaufmannsgericht 1905: 9063 Mk., 1906: 11 516 Mk., 1907: 16 650 Mk., 1908: 17 045 Mk., 1909: 18 125 Mk. Zum Teil ist diese Erhöhung auf das Steigen der Befoldungen zurückzuführen, seit 1907 sind auch die Mieten für die Geschäftsräume und die Beiträge für Heizung und Beleuchtung mit in die Ausgaben eingeleitet. Das Gewerbegericht führt in seinen Ausgaben auch die Kosten für die Beisitzerwahlen mit auf, die im Jahre 1906 1967 Mk., im Jahre 1909 aber 4380 Mk. betragen.

Um ein vollständiges Bild über die gewerbliche Rechtsprechung in und um Leipzig herum geben zu können, müßte noch auf den Bericht des Gewerbegerichts Leipzig-Land Bezug genommen werden. Der aber erscheint erfahrungsgemäß erheblich später, obgleich die Tätigkeit an diesem Gericht wesentlich geringer ist, und wenn er erscheint, dann beschränkt er sich in der Regel auf das notwendigste Zahlenmaterial.

Aus dem Betriebe der Buchbinderei von E. H. Enders.

Daß der Werkführer Wädel, der in der Buchbinderei von E. H. Enders das Kommando führt, ein sehr angenehmer Herr ist, ist durch Zeitungsnachrichten bereits in weiten Arbeiterkreisen bekannt geworden.

Am Sonnabend lernten wir den Herrn vor Gericht kennen. Er hatte nämlich den Redakteur der Buchbinder-Zeitung, Karl Michaeleis in Berlin, vor den Kadi zitiert, weil dieser ihn durch eine Notiz in dem genannten Gewerkschaftsblatt beleidigt haben soll. Wädel, dessen Wertmeisterallüren nur zu bekannt sind, war es gedehrend angekreidet worden, daß er, ein baumlangler Mensch, einen schwächlichen Lehrling S. brutal geprügelt habe. Der Lehrling ist nach der „Züchtigung“ für kurze Zeit besinnungslos gewesen und hieraus wurde geschlossen, daß der Lehrling durch die Mißhandlungen des Wädel die Besinnung verloren habe.

Die Verhandlung brachte für diese Behauptung jedoch nicht den schließlichen Beweis. Es wurde festgestellt, daß der Lehrling, nachdem er vom Werkführer geprügelt worden war, vor diesem sich und in seiner Angst, mit dem Unterleib gegen eine Tafel rannte, und daß hierauf wahrscheinlich die Besinnungslosigkeit zurückzuführen ist. Der Zustand des Knaben hat den Wädel jedoch nicht abgehalten, ihm noch einige Schläge zu versetzen. Abdann sah er ihn unter den Armen und führte ihn aus dem Saal hinaus.

Ein früher als Arbeitsbursche im Endersschen Betriebe tätig gewesener junger Mann erklärte, daß Wädel ihn häufig geschlagen, ja ihn sogar einmal die Wendeltreppe hinuntergeworfen habe. Er habe dadurch öfters Anfälle gehabt, so daß er ins Krankenhaus mußte. Eine Arbeiterin teilte mit, daß ihr Wädel einmal eine Strafarbeit zugewiesen habe, in der sie nicht gelbt war und bei der sie daher nichts verdienen konnte. (NB.: Vor dem Gewerbegericht mußte Wädel der Arbeiterin Lohnschuldigung zahlen.)

Rechtsanwalt Dr. Schiller, der Vorstand des Wädel, zeterte über die Buchbinder-Zeitung, die von der Agitation lebe und konstant hege. Auch über den Genossen Zinke, den Vertrauensmann der Buchbinder, regte er sich auf; Zinke stelle sich vor die Fabrik und frage die Arbeiter aus. Herr Schiller forderte nicht mehr und nicht weniger als eine „exemplarische“ Strafe. Rechtsanwalt Dr. Schiller konstatierte mitleidig, daß sein Herr Kollege eine ganz merkwürdige Ansicht über einen Gewerkschaftsvertrauensmann habe und daß solche Ansichten nicht einmal in den kindlichsten Flugblättern des Reichsverbandes anzutreffen seien. Außerdem aber kennzeichnete er Herrn Schillers Expektorationen als eine bewußte unsäglichkeits Stimmungsmaße.

Das Urteil gegen Redakteur Michaeleis lautete auf fünfzig Mark Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis. Im Anschluß hieran hatte sich Wädel als Angeklagter zu verantworten. Im Dezember v. J. geriet im E. H. Enderschen Betrieb ein Buchbindergehilfe mit einer Hand in eine Maschine und zog sich dadurch so schlimme Verletzungen zu, daß ihm schlecht wurde. Man mußte erst zweimal an Wädel telephonieren, ehe er sich bequeme, zu erscheinen. Er schwanzte den Berunglückten an: „Sie Stiefel, kommen Sie raus, wenn Sie verbunden sein wollen!“ Der Berunglückte, der in einer nahe gelegenen Apotheke Hilfe fand, nahm sich nun den Wädel beim Schop; dieser machte zunächst die fade Ausrede, er habe nicht gefaßt; Sie Stiefel, sondern: Sie wissen! Aber zwei Buchbindergehilfen bezogen auf das bestmögliche, daß Wädel gesagt hatte: Sie Stiefel! Sie stellen auch noch ferner fest, daß Wädel etwa eine halbe Stunde nach dem Unfall, als er von den Gehilfen zur Rede gestellt wurde, gefaßt hat: Wegen so einem lappigen Buchbinder komme ich nicht runter. Wädel sah sich nun doch genötigt, kein bezuggeben und mit Bedauern seine Schimpferei zurückzunehmen und die Kosten zu tragen.

Über den Geschmack der Firma, der ein Werkführer von den Qualitäten des Wädel gerade gefaßt, läßt sich nicht streiten. Uns scheint aber, daß die Arbeiter diesem Menschen gegenüber viel zu langmütig sind.

Gegen die Schmutz- und Schundliteratur. Der Vorstand des Leipziger Kommunalvereins sendet uns zu unserer Notiz in Nr. 90 folgendes:

Gegen die Schmutz- und Schundliteratur hat der Leipziger Kommunalverein eine Eingabe an den Rat der Stadt Leipzig gerichtet, in der zwar die Aufnahme schärferer Bestimmungen in das Strafenregulativ gefordert, aber auch gleichzeitig betont wird, daß die Aufsicht durch besonders dazu geeignete und gebildete Personen zu erfolgen hat. Dieser letzte Zusatz ist nicht in dem Sinne anzufassen, wie in der Leipziger Volkszeitung Nr. 90 (2. Beilage) angegeben wird, sondern bei der Beratung über die Eingabe wurde er gerade deshalb verlangt, weil nicht

jeder Schuhmann und Kattidier in der Lage sein dürfte, ein Urteil in dieser Beziehung zu fällen. Es ist vielmehr daran gedacht worden, aus den Kreisen der Bürgerschaft Kräfte zu gewinnen, die wirklich die Verhältnisse kennen und ein warmes Herz dafür haben, daß das Volk, und namentlich die Jugend unseres Volkes, nicht noch weiter langsam vergiftet wird. Ferner aber steht es der Leipziger Kommunalverein als seine Aufgabe an, auch auf einen gesunden Erfolg für das scheinbare Vergnügen und die scheinbare Belehrung durch eine derartige Schmutzliteratur hinzuweisen. Die Fingerzeige hierfür sind in dem letzten Punkte der Eingabe gegeben, in dem verlangt wird, daß allen Vereinen, die mit ihren Bestrebungen ein gleiches Ziel verfolgen, für Ausstellungen oder Sonntagsunterhaltungen für Arbeiter und ihre Familien öffentliche Räume, besonders die Säle der höheren Schulen, möglichst oft kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Der Leipziger Kommunalverein steht auf dem Standpunkte, daß man in einem derartigen Kampfe zu den verschiedensten Mitteln greifen muß, die zu einem Ziele führen können. Man kann das eine tun, braucht aber das andere nicht zu lassen. Hierbei soll noch erwähnt werden, daß die von sozialdemokratischer Seite ausgehenden Bestrebungen in dieser Beziehung auch bei den Beratungen im Leipziger Kommunalverein und in anderen Kreisen volles Verständnis und volle Mitarbeit gefunden haben, wobei die Verdienste des Herrn Bibliothekars Hennig wiederholt hervorgehoben sind. Es ist bedauerlich, daß seine Vorträge, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigten, an manchen Stellen verhältnismäßig schlecht besucht gewesen sind.

Wir vermiffen bei den Mitgerichten, die sich den Kampf gegen die Schundliteratur zur Aufgabe gemacht haben, immer noch ein Vorgehen gegen die bürgerliche Presse, die da Unpflücksfälle, Morde usw. in der sensationell hinterstrepfenmäßigen Manier ausplaudert. Diese Schundliteratur wirkt viel schlimmer durch ihre Massenhaftigkeit und die Häufigkeit, mit der sie täglich in Tausenden und Abertausenden von Familien verschlungen wird, wie die Heftschundliteratur. Schon seit Jahrzehnten hat die Arbeiterpresse auf die Art Schundliteratur hingewiesen, ohne daß es von bürgerlicher Seite groß beachtet worden wäre. Hier und da freilich erhielten die Arbeiterblätter zustimmende Schreiben aus bürgerlichen Kreisen, aber damit war der „Kampf“ auch beendet. Also hier kann der Kommunalverein nun einsehen und zeigen, was er kann.

Tageslohnung bei täglicher Auslastung. Eine wichtige prinzipielle Entscheidung fällt die Zweite Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Die Eisengrube D. u. Co. engagierte einen Kontoristen B. mit täglicher Kündigung, zahlte ihm aber den Tageslohn von 4.50 Mk. nicht täglich, sondern in wöchentlichen Abrechnungen aus. Der Kontorist klagt das tageweise Engagement als ungültig an und das Kaufmannsgericht entscheidet, daß die Vereinbarung in der Tat rechtmäßig ist. In der Verhandlung heißt es: Das Einkommen der tageweisen Beschäftigung bei wöchentlicher Lohnzahlung kennzeichnet sich als Umgehung der gesetzlichen Vorschriften über die Kündigungsfrist. Solche Beschäftigungsart bei nicht absoluter Innehaltung der tageweisen Abrechnung ist ungültig. Nur wenn jeden Tag die Entlohnung erfolgt, der Gehilfe somit jeden Tag neu eingestellt wird, hat eine derartige Vereinbarung Gültigkeit.

Rechtliche Folgen schlechter Entlohnung von Angestellten. Daß eine unverhältnismäßig niedrige Entlohnung mannigfache Rechtsnachteile nach sich ziehen kann, lehrte ein vor der Zweiten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelter Prozeß. Die Schuhfirma Tad u. Co. klagt gegen einen früheren Filialleiter G. auf Grund einer vereinbarten Konkurrenzklause. Sie hat zwar selbst gekündigt, behauptet aber, wegen unordentlicher Geschäftsführung erheblichen Anlaß dazu gehabt zu haben. Der Beklagte soll nicht verhindert haben, daß in der Filiale Unordnung und Unübersichtlichkeit eintrifft. Das Kaufmannsgericht sprach sich dahin aus, daß der Einwand der unordentlichen Führung der Filiale nicht stichhaltig sei und zwar aus folgenden Gründen: Nach § 75 des Handelsgesetzbuchs kann kein Anspruch auf Grund eines Konkurrenzverbots dann geltend gemacht werden, wenn die Kündigung von der Firma ohne erheblichen Anlaß erfolgte. Daß G. das Geschäft ungewandmäßig und unordentlich führte, muß als erheblicher Anlaß angesehen werden, denn es ist erwiesen, daß die Firma die Filialisten mit einem Personal arbeiten läßt, das eine gute Geschäftsführung nicht gewährleisten kann. Die Gehalte sind ungewöhnlich niedrig, selbst langjährigen Angestellten wird Zulage verweigert. Wenn unter solchen Umständen das Personal nicht mit Lust und Liebe arbeitet, so kann man die Schuld nicht dem Filialleiter aufbürden.

Das neue Gebäude der Handelshochschule, Ritterstraße 8/10, wurde am Sonnabend mit vielen schönen Reden eingeweiht. Die Verwaltung der Handelshochschule hatte aus diesem Grunde einen großen Kreis Gäste geladen, unter denen sich Vertreter der Regierung, der Universität usw. befanden. Eingeleitet wurde die Feier durch Gesang des Thomanerchor, worauf der Vorsitzende des Handelshochschulsenats, Kommerzienrat Zweiniger, in überschwänglichster Weise die Verdienste derer feierte, die an dem Werden der Handelshochschule beteiligt waren. Nach dieser Beweiskühnung nahm der Kultusminister Dr. Beck das Wort, um den Glückwunsch des Kultusministeriums zu überbringen, ihm schloß sich als Redner der Minister des Innern Graf Bismarck von Eckardt an, der wünschte, daß Lehrer und Schüler auch in den neuen Räumen von dem alten Geiste besetzt sein mögen. Professor Dr. Völkher ging auf die Entwicklung der Handelshochschulwissenschaft ein und wies an reichem statistischen Material die Notwendigkeit der höchsten kaufmännischen Bildung für die moderne Erwerbstätigkeit nach, um dann zu fordern, daß dem Kaufmann dieselbe Achtung bewiesen werde, wie dem Juristen und dem Verwaltungsbeamten. Die Zeit dürfe nicht fern sein, in der der Staat den Beamtenapparat ergänzen werde aus den Kreisen der praktischen Geschäftsmänner. Nach dem abermaligen Gesang des Thomanerchor war die Feier beendet. Es schloß sich ein Kundgang durch die neuen Räume an.

Vom modernen Faustrecht. Dem Eisenblatt wird aus Respektiven über ein Pistolenduell geschrieben, das zwischen einem ehemaligen Marineoffizier und einem Kaufmann aus dem Rheinland auf der Miltiger Flur angefochten worden sein soll, wobei der Kaufmann durch einen Streifschuss an der Brust verwundet wurde. Das genannte Blatt meldet die Nachricht unter Vorbehalt.

Unsre herrliche Wetterordnung wird trefflich illustriert durch die nachfolgende lakonische Polizeinotiz: Selbstmord durch Erhängen beging am Sonnabend in der Meuburier Straße ein 38 Jahre alter Ausbinder. Ferner hat in der Reichenhainer Straße ein 48 Jahre alter Marktflecker seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. In beiden Fällen werden Krankheit und Nahrungsvorgänge als Beweggrund zum Selbstmord angenommen.

Ein unskilliges Attentat unternahm gestern ein 22jähriger Schloffer aus Chemnitz an einem 13jährigen Mädchen. Vom Messtisch lockte der Mann das Mädchen in ein Haus der Weststraße. Hier wurde er festgenommen und der Polizei übergeben.

Wer ist der Tote? Von einem frühen Tode wurde am Sonnabend in der Völkherstraße ein etwa 50 Jahre alter Mann erstickt. Die Todesursache war ein Herzschlag. Es erfolgte die

Ueberführung des Verstorbenen in das Institut für gerichtliche Medizin. Bis heute ist die Persönlichkeit des Verstorbenen noch nicht ermittelt. Der Tote ist übermittelgroß, hat kurzgeschneittenen Haar und grauen Schnurrbart. Seine Kleidung besteht aus einem schwarzen Jackettanzug, braunem Sommerüberzieher, schwarzem Filzhut, Wäsche und braunem Schläpp. In dem Hute befinden sich die Buchstaben F. K. Der Tote trug außerdem eine goldene Uhr mit Kette und einen Klemmer in einem Einsatz bei sich.

**Schlagerci.** In einem Lokal der Seeburgstraße geriet eine Frau mit einem Burschen in Schlägerei. Die Frau ergriff einen Bierunterscheker aus Steingut und schlug damit den Burschen auf den Kopf, was eine erhebliche Verletzung zur Folge hatte. Die Täterin wurde in Haft genommen.

**Warnung.** In der Eisenbahnstraße ist wiederum einem Missethäter ein Verbrechen an dem Kinde zum Einlaufen mitgegebenes braunledernes neues Portemonnaie mit einem Geldbetrage abgenommen worden. Die Diebin hat einen weißen Kopfschal getragen. Es wird vor ihr gewarnt. — In der Sternwartenstraße wurden zwei Mädchen im Alter von 15 und 16 Jahren dabei beobachtet, als sie einem Kinde einen Geldbetrag abnahmen. In diesem Falle gelang es, die Diebinnen festzunehmen.

**Der festgenommene Handtäschchenräuber.** Am Sonntag früh wurde eine in der Seeburgstraße wohnende Arbeiterin von einem Manne angesprochen, der sie dann bis in die Rosenthalgasse begleitete. Dort entriß der Fremde plötzlich dem Mädchen das Handtäschchen, in dem sich ein Portemonnaie mit 5 Mark, 3 Schlüssel und ein Taschentuch befanden, und entfloß damit in das Rosental. Doch wurde der dreiste Räuber von mehreren Personen, die die Verfolgung aufnahmen, festgenommen und der Polizei übergeben, wo er sich als ein 30jähriger Maschinenarbeiter aus Schönau entpuppte. Das Handtäschchen wurde später im Rosental gefunden, das Portemonnaie mit dem Gelde aber war nicht mehr darin.

**Verleumdung.** Kurz vor Weihnachten sind, wie erst vor kurzem bemerkt worden ist, aus der Werkstatt eines hiesigen Schmieds 8 Perlen im Werte von 1000 Mark entwendet worden.

**Diebstahl.** Gestohlen wurde in der Mariannenstraße aus der Ladung eines Wollgeschirrs ein Ballen Tuch, in einem Grundstück der Mendestraße ein schwarze Brieftasche mit Ausweispapieren, auf den Namen Ewald Robert Weyerich lautend. In der Nönnemühlstraße wurde von einem Handwagen ein brauner Pappkarton mit 40 Stücken Erdbeerbutter entwendet. Fahrräder der Marken Naumanns Germania und Wanderer sind in der Frankfurter Straße und Dohren Straße gestohlen worden. Ferner wurde in der Gellertstraße ein Expresrad, Nr. 132 719, und in der Parfistorstraße ein Fahrrad ohne eine Marke gestohlen.

**Aus der Hausflur eines Grundstücks der Windmühlenstraße wurde ein verschlossener Koffer mit verschiedenen Sachen gestohlen. Der Koffer ist später, seines Inhalts beraubt, in der Hausflur eines Grundstücks der Liebigstraße aufgefunden worden.**

**Verhaftung.** In den letzten Wochen wurden einem hiesigen Kaufmann wiederholt Schildkröten zu äußerst niedrigen Preisen angeboten. Bei einem Versuch, wieder derartige Sachen zu Scheindepresen zu veräußern, wurde ein 26 Jahre alter schlauer Student aus Stolpen festgenommen. Es stellte sich heraus, daß die Waren von einem in Dresden in Stellung befindlichen 22 Jahre alten Handlungsgehilfen gestohlen und dem früheren Studenten zum Veräußern hierher geschickt worden waren. Der Dieb ist ebenfalls verhaftet worden. Durch die Festnahme des Studenten wurde ein ausfühlicher Posten solcher gestohlenen Waren gerettet.

## Hus der Umgebung.

**Deutscha.** In der letzten Gemeindeversammlung lagen die Gemeindevorarbeiten auf das Jahr 1909 vor, zu deren Prüfung eine besondere Sitzung einberufen werden soll. — Auf Antrag der Leichenfrau M. in Brandis, wird Deutscha ihrem Bezirk zugewiesen. — Für einen Paßpreis von 60 Mk. jährlich wurde die Wiesenparzelle Nr. 123 (sog. Parzelle) an Herrn Rinne verpachtet. — Dem ehemaligen Spritzenmeister Grohmann wurde für seine Tätigkeit eine Gratifikation in Höhe von 30 Mk. überwiesen. — Von einer Verordnung des Ministeriums des Innern über die Gemeinderatswahlen wurde Kenntnis genommen und beschlossen, die Definitivität der Gemeinderatswahlen beizubehalten. — Die Gasanstalt Borsdorf teilte mit, daß Deutscha die garantierten Brennstunden im vergangenen Vertriebsjahr verbraucht hat. — Das Naturalisationsgesuch des Steinarbeiters Dittmar wurde einstimmig befürwortet. — Der Steinbruchsbesitzer Preißer hat ein Schreiben an den Gemeinderat gerichtet, in dem um Beitritt der Gemeinde zu einer elektrischen Ueberlandzentrale ersucht wird. Herr P. hatte schon im voraus einen großen Vorteil für die Gemeinde herausgerechnet, wenn elektrische Kraft vorhanden sei. Industrie und Ort würden sich besser entwickeln und die Arbeitslosigkeit würde erhöht werden. Das es sich dabei nicht um „Arbeiterfreundlichkeit“ handelt ist inzwischen bewiesen worden. Das Gesuch wurde abgelehnt, da die Gemeinde mit Licht versorgt ist und für eigene Zwecke keiner elektrischen Kraft bedarf. Bemerkenswert ist noch, daß das größte Granitwerk in Deutscha eine eigene elektrische Kraftanlage besitzt. Würde die Gemeinde dem Gesuch P. stattgegeben haben, so würde die Steuerschraube zugunsten eines Unternehmers noch mehr angezogen werden müssen. Im übrigen kann es sich nicht um das Wohl der Gemeinde, wie Herr Preißer sagt, sondern nur um eine Verminderung seiner Vertriebskosten zum Nachteil der Gemeinde handeln.

**Tauscha.** Ueber die Wahlrechts- und Verfassungskämpfe in der Gegenwart sprach der Reichstagsabgeordnete Stücken in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung im Goldenen Ring. Der Redner besprach den preussischen Wahlrechtskampf und ging dann auf die allgemeine politische Lage ein. Er forderte die Anwesenenden auf, der politischen und gewerkschaftlichen Organisation beizutreten und den bürgerlichen Politikern bei der nächsten Reichstagswahl die Duldung für ihr volkschädigendes Treiben auszusprechen.

**Thelka.** Aus dem Schulvorstande. Die Schulkassenrechnung auf das Jahr 1909 ist geprüft und für richtig befunden worden. Sie muß bei der Bezirksschulinspektion Leipzig II. zur Begutachtung eingereicht werden; ein Auslegen zur Einsicht im Gemeindegemeinde findet nicht statt. — Die Zimmerarbeiten zur Herstellung eines Stützgebäudes an dem alten Gemeindegemeinde wurden dem Zimmermann A. Liebeskind, der das billigste Angebot gemacht hat, übertragen. — Die Neuananschaffung von Büchern für die Volkshilfsbibliothek wurde vorläufig vertagt. — Ferner wurde die Anschaffung eines notwendigen Tisches für das Lehrzimmer befürwortet und dem Tischlermeister Ritter die Herstellung übertragen. — Alle vorkommenden Neueinrichtungen in der Schule sollen möglichst in der Leipziger Volkszeitung und in den neuesten Nachrichten den Einwohnern zur Kenntnisnahme gebracht werden. — Der Unzufriedene C. Voigt regte nochmals die Anstellung eines Schularztes an. Pfarrer Hermelink erbot sich, in einer der nächsten Sitzungen ein kleines Referat über die Pflichten eines Schularztes zu halten, dem wurde zugestimmt.

**Sommerfeld.** Aus dem Gemeinderat. In der Sitzung vom 20. April wurde das Baugesuch Stiehl's, um Genehmigung zum Bau eines Stallgebäudes betreffend, bedingungslos genehmigt. — Die Erbschaftsprüfung des Gutsbesizers Leonhardt für bei der Ortsbefehlshauer verursachten Schaden wurde vom Gemeinderat mit 80 Mark fixiert, die von

den Bauunternehmern eingefordert werden sollen. — Für den Gemeindegemeinde soll eine neue Mühle und Vitenka angekauft werden. — Die Arbeiten für den Einbau der Straßen und Fußwege in hiesigen Dörfern sollen nach den Angaben des Bauinspektors E. öffentlich ausgeschrieben werden. — Das baurechtliche Ortsgebiet für Sommerfeld wurde teilweise durchübertragen und nach den Anweisungen der Aufsichtsbehörde abgeändert. Die Beratung des freitigen § 28, wonach die Unzufriedenen unverhältnismäßig zu den Ortsbefehlshauerbeiträgen beitragen sollen, wurde vertagt. — Beschlossen wurde, für die Feuerwehr 60 Meter Schlauch anzufaufen, da sich bei der letzten Spritzenprobe Mängel herausgestellt haben. Die alten Schläuche sollen einer Revision unterzogen und die nötigen Reparaturen vorgenommen werden. — Für die Einstellung der alten Spritze in die Schenke der Witwe Nösch wurde für 5 Monate eine Entschädigung bewilligt. — Der Gemeindevorstand gab Kenntnis davon, daß er durch die Amtshauptmannschaft angewiesen worden sei, die hiesige Kirchenkasse für das Jahr 1909 1200 Mark auszugeben. (Da wären der Gemeinde nun gleichmäßig die freitigen Kirchensteuern aufgedrängt worden.) — Die Beratung einer eventuellen Vertagung an die Volkszeitung wegen der Notiz des früheren Gemeindevorstandes Wendler wurde der vorerwähnten Zeit halber bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**Von der Schule.** Der Fortbildungsschulunterricht findet von jetzt ab Donnerstags von 6 bis 8 Uhr abends statt. Von der Anstellung eines vierten Lehrers kann der Schulvorstand zurzeit absehen, da das Kultusministerium den hiesigen Verhältnissen Rechnung tragen will, aber Anweisung gibt, daß der schon länger bestehenden Ueberfüllung der Klasse II (zweijährig 74 Schüler und Schülerinnen) abgeholfen wird durch zweckentsprechende Abänderung der inneren Schulorganisation. — Dem neuen Gemeindevorstand Witter ist vom Schulvorstand das Amt des Schulkassenverwalters übertragen worden.

**Ueberwältigung.** Die diesjährigen öffentlichen unentgeltlichen Impfungen der im Jahre 1909 geborenen Kinder und der in den Vorjahren impfpflichtig gewordenen Kindern, die zurückgestellt oder erfolglos geimpft oder der Impfpflicht bisher entzogen worden sind, finden im Gasthof zu den 3 Linden statt, und zwar: Montag, den 2. Mai, nachmittags um 3 Uhr, für die Kinder, deren Familienname die Anfangsbuchstaben A bis mit K führt, Dienstag, den 3. Mai, nachmittags um 3 Uhr, für die Kinder, deren Familienname die Anfangsbuchstaben L bis mit Z führt. Die Nachzahlung erfolgt für die am 2. Mai geimpften Kinder Montag, den 4. Mai, nachmittags um 3 Uhr, und für die am 3. Mai geimpften Kinder Dienstag, den 5. Mai, nachmittags um 3 Uhr. Die Kinder müssen zum Impftermin mit rein gewaschenem Körper und reinen Kleidern gebracht werden. Auch nach dem Impfen ist möglichst große Reinhaltung der Impflinge die wichtigste Pflicht. Aus einem Hause, in dem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtheritis, Krupp, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen Impflinge zum allgemeinen Termin nicht gebracht werden. Die Eltern und Pfleger der Impflinge haben ihre Kinder bezw. Pflegekinder durch Privatärzte impfen lassen zu lassen, werden aufgefordert, die Impfung bis zum 30. September dieses Jahres vornehmen zu lassen und die Impfscheine bezw. die Bescheinigung darüber, daß die Impfung aus einem gesetzlichen Grunde unterblieben ist, bis zum 15. Oktober 1910 vorzulegen.

**Gepr. Der Kommunikationsweg von Ueberwältigung nach Juckelhausen ist wegen Straßeneinbaus auf unbestimmte Zeit für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

**Wahlrecht.** In einem von 200 Personen besuchten öffentlichen Volkeversammlungen am 1. April, Reichstagsabgeordneter Genosse G. sprach über die Wahlrechts- und Verfassungskämpfe der Gegenwart. Der Redner schilderte die gegenwärtigen Verfassungskämpfe als Ausdruck des Kampfes zwischen Demokratie und Absolutismus. Am Schlusse seines Referats forderte er die Anwesenenden zum Beitritt zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation und zum Lesen der Arbeiterpresse auf. Mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

**Wiederich.** In einer am 28. April abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprach Genosse G. r. n. g. über den politischen und wirtschaftlichen Verrat am Volke. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 28. April 1910 in Wiederich tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ist bereit, mit allen Kräften für die Bestrebungen und Ziele der Sozialdemokratie einzutreten.

## 157. Sächsische Landeslotterie.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 300 Mark gezogen (Nachdruck verboten.)

**Ziehung vom 25. April.**

5000 auf Nr. 101810 bei Herrn Max Lippold in Leipzig.

000 155 070 040 018 480 (500) 582 820 751 053 484 404  
530 014 048 102 255 1031 24 722 732 593 427 812 480 808 00  
720 823 200 540 053 035 001 500 2030 578 450 731 480 280  
28 203 458 787 875 420 080 223 449 118 475 (0000) 113 (1000)  
41 651 02 3070 180 785 (1000) 37 771 170 710 275 921 101  
200 458 441 754 502 04 701 210 206 4028 (500) 498 03 055  
143 150 (1000) 885 813 83 028 879 33 024 432 376 813  
5988 307 5 728 270 040 139 (500) 400 03 062 870 541 805  
087 311 173 400 009 094 117 0158 910 730 385 202 377 (1000)  
640 818 825 367 (1000) 416 598 300 788 530 523 20 244 242 41  
240 133 7120 570 435 028 870 450 917 (3000) 203 871 008 144  
14 394 815 307 588 30 478 (1000) 28 51 147 (500) 300 040 844  
8307 355 811 270 77 138 227 350 115 010 604 282 988 555  
0461 240 (500) 200 350 890 800 210 852 038 511 573 745  
10903 804 894 224 403 (2000) 141 4 828 000 340 820 902  
181 006 491 600 (500) 258 22 (1000) 502 11000 490 875 140  
(1000) 618 700 204 410 820 827 40 (3000) 755 08 078 420 70  
887 12203 023 840 408 217 19 458 203 95 700 (2000) 887  
(3000) 674 44 770 13958 858 050 750 87 161 407 483 488 748  
73 (1000) 022 644 14400 824 400 720 677 25 680 208 794 250  
758 108 001 248 405 105 040 842 588 887 522  
15282 500 (3000) 412 318 401 750 (500) 852 853 807 300  
847 (1000) 85 595 502 16835 219 742 053 710 300 090 502  
212 708 402 27 (1000) 528 205 (1000) 17870 331 730 220 840  
078 (1000) 538 91 581 517 776 009 742 004 10300 755 209 64  
598 488 901 092 017 410 75 405 49 4 518 182 (1000) 780 157  
851 711 353 745 258 458 642 10283 91 547 065 708 388 821  
428 202 300 518 061 88 (2000) 085 002 707 00 890 180 39 581  
20560 (1000) 220 326 004 898 441 187 34 740 477 558 774  
743 23 972 063 037 048 21095 803 006 (500) 835 622 002 848  
82 028 10 784 007 17 470 185 005 072 201 400 22374 075 22  
402 180 877 016 134 980 820 736 385 474 520 315 257 90 273  
698 (3000) 23084 (2000) 22 160 618 207 228 198 14 65 50 801  
774 523 591 24588 203 202 802 (500) 780 77 68 175 427 690  
70 874 177 781 04 502 518 318  
25000 620 412 837 302 (500) 477 (3000) 321 241 740 50 121  
715 398 300 604 187 802 871 (1000) 177 122 26488 885 784  
54 614 (3000) 522 700 2 502 408 431 480 570 685 504 302 818  
387 27087 475 261 508 198 110 532 717 075 784 03 20781  
54 004 241 300 407 (1000) 735 787 (2000) 400 707 527 208 898 079  
758 (500) 100 694 348 418 771 358 238 29783 (1000) 090 340  
182 505 767 (1000) 100 382 446 744 325 207 533 73 504 889

30297 (1000) 908 544 460 780 04 950 580 000 308 047 09  
045 341 50 791 84 074 459 (2000) 705 508 207 823 (500) 749  
243 455 472 (2000) 31073 900 851 (500) 207 587 157 735 202  
930 800 892 842 (1000) 905 285 507 32343 81 948 736 148  
748 843 645 334 703 825 (500) 750 730 418 353 540 603 975  
328 (2000) 174 280 388 705 365 811 800 53 (1000) 835 053  
33308 27 986 39 328 424 734 505 805 470 410 24 524 475  
500 (1000) 194 078 811 488 58 34223 132 180 502 (500) 825  
422 207 530 180 866 (500) 103 131  
35102 414 (2000) 335 22 220 585 284 80 100 070 48 515  
000 318 112 30808 384 05 741 47 418 079 (500) 064 417 404  
404 070 801 (3000) 720 (3000) 751 430 837 824 424 000 128  
783 158 (500) 901 887 800 044 116 37884 080 (1000) 177 072  
705 883 272 250 748 353 815 373 110 70 627 (1000) 62 708 065  
38088 702 199 24 715 167 399 450 (500) 003 405 570 313 400  
469 (1000) 441 260 752 075 449 06 51 39356 050 020 (500)  
474 477 750 800 75 208 340 848 053 510 003  
40054 535 038 027 062 290 405 463 721 832 648 004 587  
736 41022 (2000) 086 830 (3000) 557 543 341 742 28 493 510  
850 428 084 574 370 42052 870 503 477 089 (2000) 878 44  
209 466 195 808 (500) 400 342 434 8 782 787 821 43210 254  
210 520 387 030 275 854 757 533 107 901 (1000) 150 020 842  
015 706 178 72 421 003 (500) 201 (1000) 413 775 641 942  
44522 077 369 (1000) 87 880 058 020 040 872 (1000) 008 37  
074 31 080  
45803 488 (500) 280 015 501 360 481 737 201 507 (500)  
820 513 550 367 421 881 494 824 006 350 308 298 40683 456  
543 228 723 588 588 738 502 020 017 240 234 10 103 131 513  
444 47050 040 556 (3000) 14 781 870 208 574 (500) 788 354  
722 021 205 252 511 973 482 148 956 (1000) 46890 500 088  
104 281 508 191 500 48 047 206 915 (500) 447 512 381 4  
40086 (1000) 583 210 035 04 (1000) 351 204 700 810 104 (1000)  
281 131 618 840 171 000 500 271 870 528 520  
50704 082 877 508 400 401 14 204 488 308 (1000) 202 808  
580 01 819 454 152 811 171 412 852 340 855 410 371 51170  
506 (2000) 507 132 700 287 049 700 575 (3000) 520 150 017 73  
7 714 005 241 261 770 582 063 607 52342 803 415 024 (500)  
044 040 058 253 489 790 492 550 508 8 242 195 (500) 038 407  
574 218 778 057 53800 340 395 722 070 520 418 098 410 541  
320 (3000) 806 (500) 730 (1000) 300 206 54758 508 300 900 49  
930 406 370  
55700 610 025 426 05 548 406 174 30 47 616 717 887 301  
449 370 022 2 713 56000 (1000) 122 702 472 444 54 788 000  
490 202 027 065 143 701 455 088 462 050 500 377 227 782 817  
363 304 42 57327 0 7 213 747 320 928 947 103 071 782 708  
(500) 502 702 178 441 (3000) 883 405 56000 110 (2000) 208  
(1000) 585 (1000) 087 205 (500) 004 750 500 418 098 410 541  
548 111 707 000 881 50455 54 548 017 47 (2000) 802 147 591  
328 303 624 804 045 300  
60187 750 252 (2000) 083 87 775 (500) 006 152 881 827  
051 205 041 118 052 078 029 355 173 01768 885 978 952 508  
086 (1000) 078 540 704 58 (500) 340 62700 700 712 (1000)  
555 001 500 831 208 759 (1000) 402 (1000) 216 17 618 (2000)  
363 525 03503 632 899 296 524 708 423 438 786 654 92 308  
820 232 777 04450 508 841 520 388 026 322 012 217 304 073  
022 001 250 428 082 587 424 546 441 205 453 640 346 (1000)  
087 16  
65261 374 244 731 871 251 900 (500) 403 334 814 660 757  
020 06340 800 508 50 026 000 406 244 076 061 6 (2000) 451  
138 782 944 (500) 110 842 67088 200 288 685 843 280 681 037  
021 003 208 147 175 349 355 266 260 585 22 804 884 282  
08710 923 608 715 435 880 (1000) 237 674 30 348 477 00 122  
650 (1000) 321 (2000) 60103 310 (1000) 516 780 151 362 740  
919 367 120 016 314 001 408  
70005 38 502 261 287 802 400 310 (3000) 247 (500) 880 012  
878 03 554 782 84 028 (500) 153 71038 846 718 787 727 635  
640 702 724 81 30 408 937 225 888 327 508 72061 89 110 28  
306 570 188 411 000 (1000) 704 179 180 (500) 280 538 750  
288 002 300 275 725 884 716 472 300 900 805 110 73557 050  
67 124 428 481 803 009 505 08 850 74510 518 870 770 916  
185 908 848 462 (500) 857 314 532 624 158 180 852 180 770  
781 883 (2000) 300 087 378 281 608 420  
70890 887 (3000) 185 800 050 484 24 700 42 (500) 764 862  
705 513 202 805 002 87 002 (1000) 322 808 046 70520 570  
053 559 881 711 800 408 252 028 530 (1000) 62 817 261 8  
77772 925 086 050 672 802 227 375 205 382 451 196 501 050  
520 400 002 829 106 78306 28 488 (500) 080 908 277 145 585  
830 051 231 383 79008 015 805 152 (1000) 10 207 024 754  
281 (1000) 324 310 455 405  
80257 040 290 578 189 704 102 122 344 707 568 851 632  
14 006 503 01240 85 350 458 288 374 50 74 115 174 530  
82141 (2000) 200 770 830 500 335 425 542 704 082 28 288 072  
701 2 (1000) 577 600 907 537 500 514 83557 (1000) 716 800  
708 810 440 300 4 426 933 17 800 407 655 490 212 357 908 061  
80 540 705 801 885 100 035 (500) 04383 31 874 250 748 208  
68 358 (2000) 005 252 204 87 286 2 222 570  
85075 078 047 076 702 873 04 202 66 (3000) 264 505 820  
932 094 447 246 348 700 050 309 708 717 230 80402 313 014  
088 (1000) 050 778 90 188 144 039 445 390 698 841 010 124  
318 (1000) 87553 (1000) 880 720 42 532 062 195 180 383 441  
371 177 184 259 710 274 910 580 825 309 (1000) 728 830  
88403 885 790 956 200 824 (1000) 114 892 757 290 (2000) 547  
382 450 300 811 875 950 500 (3000) 784 070 082 208 09837  
658 000 184 880 210 780 248 06 540 580 150 423 (500) 874 80  
047 336 380 850 (1000) 260  
90233 206 808 276 (1000) 227 029 504 580 271 70 07  
91817 950 500 (2000) 008 202 535 228 041 100 710 240 588 576  
400 905 041 700 461 (500) 800 822 240 801 (500) 704 92374  
013 850 051 701 539 774 052 757 040 454 108 938 708 404 715  
803 061 440 93217 015 151 575 00 870 525 688 01 553 853 544  
04778 407 484 170 129 (1000) 330 500 (1000) 542 315 200 520  
317 148 002 878 (2000) 400 78  
95415 (500) 264 908 (500) 300 007 905 003 050 888 400  
424 802 (3000) 527 024 90240 951 833 64 007 470 822 300  
096 458 300 726 214 402 305 115 425 97790 313 058 815 001  
53 700 670 141 180 415 18 145 48 147 945 830 41 15 002 513  
304 (1000) 870 98000 041 21 134 542 122 752 454 137 080  
522 (1000) 210 140 568 509 850 288 800 40 481 802 242 688  
90300 201 770 551 598 488 485 236 411 18 71 750 528 870 277  
100287 808 090 161 472 001 915 408 109 854 554 214 190  
41 806 805 120 101453 000 192 170 00 (500) 822 514 280 108  
124 008 700 877 540 068 816 (5000) 748 802 (500) 922 714  
100270 481 230 805 888 398 451 578 307 474 101 511 788 544  
02 487 554 558 125 287 (50

Der Feigling.

Novelle von Felix Braun.

Nachdruck verboten.

1) Wenn Franz Hölzriegel, der Sohn des Hofrats, den Plan gefaßt hätte, seine Memoiren zu schreiben, hätte er unbedingt mit folgendem Ereignis beginnen müssen:

Er hatte einmal — als Volkshändler noch — ein besonders gutes Zeugnis nach Hause gebracht, und da man dies an Franz von früher her nicht gewohnt war, so beschloß man, ihn auf ausnehmende Art zu belohnen. Sein Vater — damals noch nicht Hofrat, sondern Ministerialsekretär von bescheidenem Gehalt — schwang sich zu dem Entschluß auf, mit dem Knaben auf dem Dampfschiffe in den Prater zu fahren, um einen langgehegten heimlichen Wunsch endlich zu erfüllen. Vielleicht aber hätte Franz diesen endlos langen Frühlingssonntag voll Sonne mit all den seltsamen, sich überfliegenden Ereignissen von Karussell zu Karussell, Grottenbahn und „Wurfschieß“ vergessen, wenn nicht der Abend und die Mitternacht, die sonst alle freudigen Begebenheiten des Tages verflüchtigen, das Große gebracht hätten. Als nämlich das Schiff zu kurzem Aufenthalt an einer Brückenstation landete, schwang sich ein Mensch auf die Brüstung der Brücke, hob die Arme und stürzte sich — dunkel gegen den abendblauen Himmel — in den Strom. Blühschnell versank das großartige Bild, — aber ebenso rasch schiederte sich der Aufschrei der zahlreich auf dem Ufer verammelten Passagiere in die Luft. Die Leute strömten zusammen und wieder voneinander, Reden überschlugen sich, ein Gewir von Händen trug die Erregung in Gebärden weiter. Inzwischen wurde ein Boot gelohrt, und einer der Bemannung warf Hut und Oberkleider von sich und sprang dem Selbstmörder ins Wasser nach. Mit Händen und Füßen hielt er den wie sinnlos sich Wehrenden fest und brachte ihn an das Boot heran, wo man ihm zu Hilfe kam und ihn samt dem Unglücklichen heranzog.

Dieses Schauspiel hatte der kleine Franz, atemlos und ganz blaß, mit angesehen. Sein Vater versuchte es zwar wiederholt, die Aufmerksamkeit des Kindes auf allerlei andres zu lenken, aber dies gelang ihm schlecht. In Händen und Füßen zitternd, sah der Kleine zu, bis der Fremde aus dem Boot geschafft wurde, wie sich aber das Schiff in Bewegung setzte und über dieselbe Stelle hinglitt, in die der Selbstmörder gesunken war, sah er seinen Vater stehend an, und als ihm dieser lächelnd übers Haar krächte und „dummer Bub“ zu ihm sagte, fing er plötzlich an zu weinen, lang und voll Schluchzen, ohne sich beruhigen zu können.

In der Nacht aber sah er die dunkle Gestalt sich vom blauen Himmel abheben, stützen und lautlos ins Wasser sinken. Und er sah dies viele Nächte im Traum; einmal aber träumte ihm, es wäre ein Engel an der Gestalt, strahlend, wie von Gold, und es wäre ein Engel gewesen, der ins Wasser hinabgeschwebt sei.

Dies war der Anfang. Dann traf ihn, als er ein paar Jahre älter war, eine Krankheit, durch die er ein Jahr in der Schule verlernen mußte, und dann kam er mit knapper Not bei der Aufnahmeprüfung ins Gymnasium durch. Eigentlich hätte man ihn zurückweisen sollen, aber der Direktor, Bauerke, das blasse Gesicht und das angstvolle Bild des kleinen Bubens, und so sah man ihn, eben noch durchschlüpfen, ohne sich aber eine bedeutende Rede an den durchdringenden Prüfling entgegen zu lassen. Bauerke's Milde hätte man angewandt, sagte der Direktor und drehte seinen goldenen Zylinder, der an einer Schnur vom Westentopf herabhängte, in den runden Fingerringen... der Knabe schloß sein Blut an den Schläfen.

Es ging ihm aber besser, als er erwartet hatte. Vor den Prüfungen fürchtete er sich freilich sehr, und wenn ihn ein Professor unversehens aufrief, ja sogar, wenn er ihn freundlich ansprach oder auf die Schulter klopfte, schrak er zusammen, ward rot und bleich, senkte den Blick oder verbohnte ihn in die Wand. Darüber wurde er einmal von einem Kameraden, der ihn nicht leiden konnte, verhöhnt. „Du Zepp“, sagte er zu dem Franz, „was hast denn so an Deinen Augen? Vor'm Aß? — Nindobisch! Bissdes!“ — Franz Hölzriegel antwortete nicht. — „Dast wet a'hört?“ fuhr ihn der andre an und schüttelte mit seinen langen Händen vor dem Gesicht des Franz herum, daß dieser blinzelte und den Kopf hob. „Sah mich in Aug', erwiderte er nur und beugte sich über sein Buch, innerlich aber dachte es in ihm, und er wäre am liebsten auf seinen Gegner losgesprungen und hätte ihn an der Gurgel gepackt. Deutlich stand ihm das Bild vor der Seele. — „Schau's den Feigling an!“ schrie jetzt der Angreifer, der den gewöhnlichen Namen Mayer trug, „den Krieger! Daß er sich nur einlegt bei die Professoren! Aber mit sollten ihn einmal hoheln.“ Dies war der Ausdruck für die Tätigkeit, einen Menschen bei Kopf und Füßen zu packen, auf eine Bank auf den Rücken zu legen und nun unsanft hin und her zu ziehen.

„Da, hobelt's ihn!“ riefen jetzt viele, und bald war Franz Hölzriegel von ihnen ergriffen und auf eine Bank gelegt. Er schrie und wehrte sich: „Loslassen! Loslassen!“ Aber sie ließen ihn nicht los; sie heulten und zerrten und schlangen ihn. Endlich gelang es ihm, einen Fuß frei zu bekommen, und mit dem hieb er blindlings auf einen Angreifer ein, der einen Schmerzensruf ausstieß und entwich. Da ließen ihn die andern unvermittelt los, so daß er hinterherlief und läse aufschlug; zu gleicher Zeit trat der Direktor ein, und da sich herausstellte, daß der, den Franz mit dem Fuß auf die Schulter getroffen, eine Schramme erlitten hatte und sogar ein bißchen blutete, so erhielt Franz noch zwei Stunden Karzer.

Weinend lief er nach Hause. Die Mutter war ganz beklüßigt und traute sich kaum zu fragen. Als aber der Vater heimkam und das große Ereignis unter Tränen und Schluchzen neuerlich berichtet werden mußte, kam endlich alles, wie es sich zugefallen hatte, an den Tag. Der Ministerialsekretär — er war vor kurzem avanciert — geriet außer sich, daß sein unschuldiger Bub das Bad für die andern, die ihn noch dazu gezeigt hatten, ausstehen sollte. Sein Gerechtigkeitsgefühl war so empört, daß er seine ganze Wut gegen Franz lenkte. „Und das hast du dir g'fallen lassen?“ schrie er ihn an. „Du Feig! Du Feigling! Was hast es denn nicht a'sagt, daß dich die andern sekkert ham?! — Was —? Red'! — Gib an Antwort, wenn man dich fragt!“ — Franz schwieg und sah zu Boden. „Kannst net red'n?“ fuhr der Vater fort, sich immer mehr in die Wut hineinzujauchzen. „Du Jammerker! Daß ja kein bißerl Mädel, du! Was laßt dr' denn von den Frag'n alles g'fall'n? Nächstens werd'n's dir auf'n Kopf feig'n! — Aber du bist ja ein so erbärmlicher Feigling! — ein so — —“ jetzt legte er jedes Wort gleichsam auf die Zunge, „ein ganz erbärmlicher Feigling!“ — „Was Feigling!“ Der Herr Ministerialsekretär stand auf, indem er den Sessel so gewaltig zurückstieß, daß die Gläser und Teller auf dem Tisch klirrten und der Sessel es sich einen Augenblick lang überlegte, ob er umfallen sollte oder nicht.

\* In der Schulsprache soviel wie „Auffeind“.

Schließlich fiel er doch mit großem Krach zu Boden. Darüber erschrank die Mutter so, daß sie dem Vater einen bösen Blick zuwarf und dem Franz die Hände streichelte. Der sang wieder an zu weinen und schluchzte und schluchzte bis zur Mehlspeise.

In der Schule aber hieß er fortan nur „der Feigling“. Man wußte eigentlich nicht, wer diesen Spitznamen aufgebracht hatte, aber der ward bald so allgemein, daß man seinen gewöhnlichen Namen darüber fast vergaß. Auch die ihn sonst ganz gut leiden konnten, sprachen von ihm nie anders als von dem Feigling. Anfangs trankte er sich sehr; später, als es ihm bereits ein Gewohntes geworden war, antwortete, so oft das Wort an sein Ohr schlug, das Echo des Hasses. Heimlich glomm in ihm die schmale Flamme ohnmächtiger Rachsucht, die er aber nie aus dem Gehäuse zu nehmen wagte. In sich fraß er Groll und Schmerz, und in den Nächten dachte er sich aus, wie er den Mayer oder den Vercher, die ihn am meisten quälten, strafen könnte. Oft gingen ihm grausame Dinge durch die Phantasie, daß er über sich erschrak; aber in seinen Träumen herrschte der Haß ungenemmt. Sein Gesicht jedoch war bleich, und die Lippen waren schmal und verkniffen und standen in seltsamem Kontrast zu dem sanften Bild der großen kindlichen grauen Augen.

Sonst war eigentlich nichts Bemerkenswertes an dem Leben des Feiglings — oder soll ich vielleicht von seinen Abenteuern beim Jahrsatz erzählen und von jenem anregenden Erlebnis, wie er an einem Sonntagnachmittag von zwei großen Vurfschieß, offenbar schon Obergymnasialisten, vor allen Leuten mit Klammern durchgegriffelt wurde? Oder daß er, in der vierten Klasse schon, von seinen Mitschülern zum Redner für einen Professor gewählt, dem man Weihnachtswünsche übermitteln wollte, kaum über die ersten Worte hinauskam und eine arge Mamage erleiden mußte? Oder von den Nächten, da Franz Hölzriegel sich hoch und teuer verschworen, nicht mehr selge zu sein, sondern ein Held zu werden und, vom nächsten Morgen an, es den andern an Kühnheit und Verfahrtheit im heiligen Krieg gegen die Professoren zumindest gleichzutun? — Viele Dinge hat Franz Hölzriegel erlebt, die wert wären, aufgeschrieben zu werden, aber sie werden doch alle durch das Große in den Schatten gestellt, das über ihn plötzlich hereinbrach. Denn was bedeutet es, sich nachts in einem dunkeln Wald verirrt zu haben oder von einem unheimlich aussehenden Fremden verfolgt zu werden, gegen ein Schicksal, das ohne Ahnung und Hoffnung auf einmal scharf und unvermittelt an ein wehrloses Leben herantritt?

Dies ist nun die eigentliche Geschichte Franz Hölzriegel's, des Feiglings, wie er noch immer hieß, als er längst das Gymnasium hinter sich hatte und knapp vor dem Doktorat stand. Sie beginnt aber, wie viele andre, mit Liebe. Doch — gleichsam als schaute sich diese Erzählung vor dem Schicksal, das sie herausbeschwören muß — sie strebt noch einmal zu kurzem Aufenthalt zu der Zeit zurück, die zu verlassen sie sich eben angefangt hat.

Als Franz Hölzriegel sechzehn Jahre alt war, fand er, wie die meisten seiner Mitschüler, daß die Mariann Weinmeyer, die blonde Tochter des Kaufmanns von nebenan, „eigentlich ganz hübsch“ sei. Die Eltern tanzten sich, besuchten sich, wie Franz Hölzriegel zu sagen pflegte, „alle heilige Zeit einmal“; mit der jüngeren Tochter Ulrike, die damals noch in die Volksschule ging, spielte Franz gelegentlich „Ball“ oder „Kreisel“. Die ältere aber machte sich nichts aus ihm, ja kaum, daß sie auf seinen Gruß mit dem verwirrten Hin- und Zur-Erdschauen dankte. Das war übrigens schon eine große Gnade, denn sie ließ sich von Studenten, unter denen sich auch ein „fertiger Doktor“ befand, den Hof machen. Man sah sie manchmal des Abends, von vielen eifrig sprechenden Jünglingen umgeben, vor dem Haus tor stehen. Sie mußte sich trefflich amüfieren, denn sie lachte übertrieben laut, sah man es schon von weitem vernehmen konnte. Darum haßten sie die Gymnasialisten, die mit vielen Blumen und Gedichten in sie verliebt waren und sich schwer getränkt und juristiseh geföhlt, und als eine Keuchung von ihr bekannt ward, die etwa so lautete: „Was brauch' i denn die blödd'n Biam — die Winnen mir g'ho'h'n wer'n!“ — oh! als diese mit allen Zeichen der Wahrheit angelegte Nachricht die Klassen des Obergymnasiums durchlief — beschlossen die Beleidigten, sich in würdiger Weise Gekümmung zu verschaffen.

Sie packten der Mariann um sechs Uhr vor dem Haus tor der Musikschule auf, und als das ahnungslose Mädchen aus der Türe trat, schloß ihm ein so abenteuerliches, durch Pfeifen und Trompeten verstärktes Geheul entgegen, daß es erschrocken und ganz blaß zurückwich, in den Sandlur stoh, wo es rasselnd stand und die Hände vor den Augen hielt. Die Buben aber drangen ihr nach und einer, der Vercher, riß ihr die Musiktasche aus der Hand und stürzte, den Raub hoch schwingend und unter hottenotischem Frohlocken zu den andern auf die Straße. Weinend lief die Mariann dem Frohen nach und streckte beide Arme aus, die Tische zurückzuerobern, der aber schwang sie immer an ihren hilflos hängenden Fingern vorbei im Kreis, so daß die Mariann immer in die Luft griff. Als dies der Vercher zum Gaudium der andern wohl schon das zehntmal wiederholt hatte, kam plötzlich der Franz des Wegs. Rasch ward ihm die Situation klar. Mit der aufstrebenden Erinnerung an alte Ritterromane sah er sich als Retter und Beschützer, und gewaltig durch und durchschloß sich ihm die niederkämpfend, trat er auf den Vercher zu. — „Dabe die Türe, Hölzriegel!“ schrie der höhnisch. „Wollen Euer Gnaden auch mithelfen? Eine Musikmappe wird verbrannt!“ — „Acht!“ kreischte die Mariann und fuhr mit gekrümmten Fingern nach der Tasche, die sie jetzt unbesüßelt glaubte — aber rasch schwang sie der Vercher nach oben. „So wird das nicht gemacht, Fräulein“, sagte er und dann mit großem Pathos und der Hand auf dem Herzen: „Nur ein Ruh kann diese Tasche erlösen!“ — „Gemeiner Kerl“, antwortete die Mariann, doch ohne sich dabei sonderlich aufzuregen. Dem Franz brannte das Blut, er wollte rufen, schreien, eine Rede halten, aber sein Atem war wie eine Mauer gegen seine Worte. „Wie feig ich bin!“ fühlte er und er fühlte zugleich: „Ich bin nicht feig, ich muß“, und er sagte: „Lacht's die Mariann in Aug'!“ Mehr nicht. — „Oho!“ grüßte der Vercher, „bist vielleicht verliebt in sie?“ Franz ward rot und wollte sich verteidigen, die Mariann aber schrie: „Was brauch' i denn den da? — Geht's mir die Tsch' und hol' euch alle der Teufel!“ — Da fühlte der Franz Enttäuschung und Leidens und die ganze Tragik seines Lebens so in sich, daß er auf den Vercher lossprang, und die Wampe zu entziehen, aber wie er zugriff, wich jener zur Seite, und Franz stürzte hin. Gelächter überschüttete seinen schlunnsanft auf seinen Rücken auf. Das tat weh, aber weher noch tat die Stimme, die jetzt das Geisole der Buben durchbrach: „Geht's mir die Tsch'n — se wird ja hin!“ — Gau's ihn lieber mit was andern!“ Und als dann die Schläge aufhörten und Franz sich leidend erhob, voll Stand und Schmutz und mit einem großen Loch in der Hofe, sah er die Mariann neben dem Vercher stehen, und beide lachten. Und dann sagte die Mariann zu den Buben, die rings um sie standen: „Jagt's den Trottl bis

zum Biriotpfahl!“ und klaffte in die Hände, und jetzt fühlte der Franz die Angst in den Beinen und rannte, die johlenden, schreienden Buben hinter sich und immer das Gelächter der Mariann im Ohr, daß ihm das Schluchzen schon in der Kehle stat.

(Fortsetzung folgt.)

Statuenbronze.

Daß die Bronzedenkmal- und sonstigen Bronzekunstwerke, wie sie besonders in den leztverfloffenen Jahrzehnten in oft mehr als reichlicher Menge in unsern deutschen Städten heringestellt wurden, fast ausnahmslos einen über alle Maßen trüblichen Kubid darbieten, ist wohl bekannt genug. Glanglos und mifarbig steht es da, was dem künstlerischen Genius oder patriotischen Ideenschwung Ausdruck zu geben bestimmt war und in jedem Falle ein Schmuck sein sollte; bräunlich schwärzlich, grau, wie abgenutztes, verwettertes Leder, und mehlig stumpf und matt, daß selbst der leuchtendste Sonnenschein kein Schimmerchen Glanzlicht darauf hervorzurufen vermag; so präsentiert sich Bronze, dieses von der Kunst gedeltes „Edelmetall“, bei uns in der Regel.

Doch nicht immer sieht die Bronze so mifarbig und ordinär aus. Kunstwerke aus älteren Zeiten, auch alte Kanonenrohre, erscheinen ganz anders. Trotz aller Veränderungen, denen auch ihre Oberfläche durch die Einwirkung von Luft und Regen unterliegt, haben sie in Glanz wie Farbe stets ein nobles Aussehen, wie es dem Werte dieses Materials entspricht.

Was ist nun der Grund dieser Verschiedenheit? Wir stehen hier vor einem der leider nicht gerade seltenen Fälle, daß mit aller Sorgfalt und Gründlichkeit durchgeführte wissenschaftliche Untersuchungen im Laufe weniger Jahrzehnte der Vergessenheit anheimfallen, selbst bei den daran interessierten Fachleuten; im vorliegenden Falle also bei den Bildhauern. Denn die Gelehrten — das mag wohl der Hauptgrund dieses Vergessens sein — sind an der Sache allerdings in beträchtlichem Maße gegenseitig interessiert. Vielleicht haben wir ihnen überhaupt erst die Verbreitung der sonderbaren Vorurteile zu danken, mit denen man sich über das eideutsche Aussehen ihrer Erzeugnisse hinwegzutrotzen sucht.

Da hört man z. B., die Alten hätten besondere Mischungen gehabt, die uns noch ein Geheimnis wären. Selbstverständlich ist das ein Irrtum. Bei dem hohen Stande, den die analytische Chemie schon seit einer ganz hübschen Anzahl von Jahrzehnten innehat und zumal seit den letzten 40 bis 50 Jahren einnimmt, ist von Geheimnissen jener Art längst keine Rede mehr. Bronzen aller Zeitalter sind in großer Zahl analysiert worden, so daß man über ihre Zusammensetzung sehr genau unterrichtet ist.

Es ist oft hört man aber auch, die Luft unserer Großstädte sei schuld, daß im Freien aufgestellte Bronze ein so häßliches Aussehen annimmt. Der Schwefelgehalt des Rauchs und des Kessenschwands, ebenso der Rauch solle jene Veränderung bewirken; insbesondere auch, daß das schöne, selbige Metall, das gute, alte Bronze hat ihre Oberfläche in allen Vertiefungen und einspringenden Winkeln zu zergeren pflegen, nicht zur Entwicklung kommen kann; nun, so wenig wir sonst für die Atmosphäre der Großstädte übrig haben: in diesem Falle ist sie unschuldig. Direkt wird das dadurch bewiesen, daß doch die kupfernen Dächer, mit denen Dürme und Erker nicht selten überdeckt werden, stets das schönste, leuchtendste Grün zeigen; und nicht etwa blaß die alten, sondern auch neue sehen bereits nach wenigen Jahren fast ebenso schön aus wie die alten und werden es bald völlig, obgleich sie doch genau so wie alles sonstige in der Stadt, dem Rauche und dem Rauch ausgesetzt sind. Auf der andern Seite können wir dagegen beobachten, daß Bronzen selbst in kleinen Städten und Dörfern, wo sie ja jetzt in Gestalt von Krieger- und Siegesdenkmälern ebenfalls zahlreich verstreut sind, trotz bester, reinster Luft in der Regel genau so ordinär und widerwärtig ausfallen, wie in der Großstadt.

Hieraus folgt schon, daß es an den Bronzen selber, an einer ungeeigneten Zusammensetzung derselben liegen muß, wenn sie, statt sich mit Patina, mit „Edelrot“ zu überziehen, stumpf und mifarbig werden. Die chemische Untersuchung bestätigt das. Gute Bronze besteht aus nichts weiter als aus Kupfer und Zinn. Bei der Vollkommenheit der Hüttenprozesse heutzutage, wo selbst geringere Handelsmarken von Kupfer sowohl wie von Zinn von einer Reinheit zu sein pflegen, wie sie in früheren Zeiten unerreicht war, könnte auch die Bronze von entsprechend vorzüglichster Beschaffenheit sein. Statt dessen ist sie schlechter als jemals vorher. Es liegt das daran, daß man statt des reinen Zinns bald weniger, bald mehr Zinn zur Bronze hinzusetzt; denn Zinn ist sehr viel billiger als Zinn, hat gleichfalls die Eigenschaft, in der Legierung die rote Kupferfarbe nach Geld hin zu verändern, und eine leichter schmelzbare, dicke und bequem zu bearbeitende Legierung zu geben. — Aber das ist auch alles. Seine chemischen Eigenschaften insbesondere — und auf diese kommt es hier gerade an — sind von denen des Zinns grundverschieden.

Wäre für die Beurteilung oder besser für die Wertschätzung eines Metalls nichts weiter maßgebend, als seine mehr oder weniger große Widerstandsfähigkeit gegenüber Säuren und atmosphärischen Einflüssen, so hätten wir allen Grund, das Zinn ohne weiteres sogar den Edelmetallen zuzurechnen. Reines, bleifreies Zinn, blank gepulvert oder abgewaschen und abgetrocknet, hält sich selbst in der großstädtischen Luft, wo Kupfer, und Silber sogar, nach kurzer Zeit anlaufen und unansehnlich werden, viele Monate lang unverändert. Von dem man es zu Röhrenleitungen für Bier, zu Küchlschlangen für Destillierapparate, ja sogar in Gestalt dünnter Bleche, als Schweißblech, noch zum Einwickeln von Käse, Seife, Schokolade, Schnupftabak usw. verwendet, ohne im geringsten Schaden zu müssen, es könnte durchgefressen, zerföhrt oder auch nur unansehnlich werden.

Zinn dagegen verhält sich ganz anders. Zinn ist ein stark elektropositives, sehr verbindungsfähiges Metall, das sich infolgedessen auch sehr schnell oxydiert, d. h. mit Sauerstoff verbindet. Zu Zwecken, denen das Zinn dient, wie wir sahen, würde Zinn nie verwendet werden können, denn es würde schnell zerföhrt werden. Daß man es trotzdem zu manchen Dingen benutzen kann, z. B. zu Dachrinnen, zu Dampferzeugern, zum Überziehen von Draht, Wellblech und dergleichen, wo es dem Wetter ausgesetzt ist, beruht darauf, daß es sich hier schnell mit einem sehr dichten, festhaftenden grauen Ueberzuge von basisch kohlensaurem Zinkoxyd überzieht, der von seinerseits das darunter liegende Zinn schützt, da er selber in Regenwasser ziemlich unlöslich ist. Trozdem ist Zinngegenständen, beispielsweise Dachschindeln; und wo sie gar energischeren Einwirkungen ausgesetzt sind, wie z. B. in Gestalt von Zinkblechen Fallrohren der

Röhrenaussätze den folgenden und sauren Spülwässern der Hauswirtschaften, gehen sie noch weit schneller zugrunde. Deshalb kann man auch Zinnblech nicht zu Kochgeschirren verwenden; während man das auch in diesem Falle noch widerstandsfähige Zinn sogar speziell dazu benutzte, Kupfer- und Messinggefäße vor chemischen Angriffen zu schützen, indem man solche verzinnt. Man sieht also wohl aus diesen Beispielen, Zinn ist ein sehr widerstandsfähiges, ein „edles“ Metall; Zink ist das Gegenteil.

Die chemischen Eigenschaften der einzelnen Metalle bleiben nun aber auch nach dem Zusammenschmelzen erhalten. Bleihaltiges Zinn, also eine durch Zusammenschmelzen von Zinn und Blei hergestellte Legierung, läuft an der Luft leicht an, wird schwärzlich grau, ist gegen Säuren nicht mehr widerstandsfähig und wird hierdurch giftig; es zeigt die Eigenschaften des Bleis, und zwar um so mehr, je mehr Blei darin enthalten ist. Pewter (Sprich: Pjuht), eine Legierung von 94 Prozent Zinn und 6 Prozent Kupfer, aus der man früher Leuchter und dergleichen Geräte verfertigte, grünpulvert unter Umständen, d. h. wenn heruntergefallenes Blei in die Legierung gelangt ist, entfernt wird. Das tut natürlich nicht das Zinn, sondern das darin enthaltene Kupfer, eben weil das Blei trotz des Zusammenschmelzens mit Zinn seine chemischen Eigenschaften behalten hat. Ebenso grün-pulvert ein silbernes Messing, wenn sie längere Zeit mit Frucht-säften, Essig oder Fett in Berührung bleiben, und die Luft zu-treift hat; denn sie enthalten 20 bis 25 Prozent Kupfer, welches auch in diesem Falle seine chemischen Eigenschaften behalten hat und zur Vergiftung bringt.

Diese Beispiele, die sich selbstverständlich beliebig vermehren lassen, genügen wohl. Sie lehren also, wie gesagt, daß die Metalle ihre chemischen Eigenschaften in ihre Legierungen mit hineinnehmen und sie, je nach dem Prozentgehalt, in dem sie in den Legierungen enthalten sind, auch diesen Legierungen in mehr oder weniger hohem Grade erteilen. Legiert man also Kupfer mit dem edlen, das heißt hier chemisch widerstandsfähigen Zinn, so bekommt man eine Legierung mit guten Eigenschaften, die edle Bronze; legiert man es aber mit dem ganz unedlen, ordinären Zink, so erhält man natürlich Unedles, Ordinäres. Ebenso, wenn man, wie es bei neuzeitlichen Statuenbronzen meistens der Fall ist, zum edlen, echten Bronzelegierung noch mehr oder weniger Zink hinzulegt. Die Bronze ist dann um so schlechter, je mehr Zink darin ist.

Für die Praxis ergibt sich hieraus: ein Bildhauer oder ein anderer Vorkäufer soll sich unter keinen Umständen, unter keinerlei Vorwand einen Zinkguss zur Bronze gefallen lassen, sondern, nachdem er seinen Vertrag mit der Gießerei dahin abgeschlossen hat, daß nur Kupfer und Zinn in guten Handelsmarken zum Bronze-guss verwendet werden darf, eine zinnhaltige Bronze ein-sach nicht abnehmen; eventuell auch noch vereinbarte Schadenersatz beanspruchen, falls das Modell zerbricht oder beschädigt worden.

Der Anreiz, schlechte, zinnhaltige Bronze zu liefern, ist ein ganz gewaltiger. Hunderte Tausende Bronzestandbild sind noch sehr wenig für das Auge. Große Bronzedenkmäler wiegen oft ein paar tausend. Berücksichtigt man nun die ganz bedeutende Differenz zwischen dem Preise des Zinns und des Zinks — sie sind in jedem Maße- und Handelsblatt zu finden —, so kann man sich leicht überlegen, was sich schon mit ein paar Prozent Zink an Stelle von Zinn für den Gießer „sparen“ läßt. — Fraglich ist es zudem noch, ob selbst hiermit die Profitmacherei schon zu Ende ist. Die Analysen mancher Bronzen aus neuerer Zeit zeigen einen so außerordentlich hohen Gehalt auch an Blei und Eisen, wie er in den Rohmetallen des Handels, dem Kupfer, Zinn und Zink, heutzutage nicht mehr vorkommt. Dies legt den Verdacht nahe, daß in solchen Fällen Altmessing, das Einschmelzungsprodukt von Feil- und Drehspänen und sonstigen Restingabfällen aus Werkstätten und Fabriken, mit eingeschmolzen worden, da es seiner Unreinheit wegen wesentlich billiger ist als ein neues, reines Kupfer und Zinn des Handels zusammen-geschmolzenes Messing. Kontraktliche Vereinbarung vollkommen zinnreicher Bronze würde den Vorkäufer natürlich auch hier vor schützen.

Die beste Bronze, auch für Statuen, dürfte die Gefällig-bronze sein. Sie besteht aus 80 Teilen Kupfer und 20 Teilen Zinn; und sonst nichts. Also weder Eisen, Blei, noch Zink enthält sie außerdem. Sie hat frisch eine prächtige Farbe, ähnlich der des mit Silber und Kupfer legierten 18karätigen Goldes, aus dem Taschenuhren angefertigt werden; und hält sich auch sehr lange frisch. Zugleich ist sie sehr zäh. Im Zeughaus zu Berlin befinden sich französische Kanonenrohre aus solcher Bronze, die von deutschen Granaten getroffen wurden; trotz größter Beschädigung zeigen sie keinerlei Riß oder Sprung! Ein preussisches Bronzerohr, das man zur Prüfung seiner Halt-barkeit nach und nach auf der Drehbank immer dünner gemacht hatte, ist schließlich unter dem ungeheuren Druck der Pulvergase bis aufgebläht worden und gerissen, aber nicht in Stücke zerfallen! Eine wie schöne Patina solche Bronze aber ansetzt, kann man an den alten Kanonen sehen, die so oft in Schlachtfeldern usw. aufgestellt sind. Denn schon seit der Zeit des 30jährigen Krieges hat Geschützbronze die gleiche, vor-nehmlich angegebene Zusammensetzung. Bei weniger Zinn wird die Bronze immer weicher, dunkler nach Rot hin und streng-flüssiger, und ihre chemischen Eigenschaften, zu denen auch ihr Verhalten an der Luft gehört, werden denen des reinen Kupfers immer ähnlicher. Bronze aus 5 Teilen Zinn und 95 Teilen Kupfer z. B. läßt sich gut zu Medaillen prägen. Bronze mit 20 bis 25 Prozent Zinn dagegen (Glockenmetall) ist hellfarbig und sehr hart. In jedem Falle hat man aber in einer nur aus Kupfer und Zinn bestehenden Mischung, oder Legierung, wirkliche Bronze, ein edles Material, das in hartem Gegen-satz zu zinnhaltigen Legierungen seine edlen Eigenschaften unter allen Umständen bewahrt wird; zumal auch unter dem Einfluß von Rauch, Staub, Regen, Frost und Hitze. Und so gehört es sich doch für Statuenbronze.

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens noch recht eindringlich vor der künstlichen Patinierung gewarnt, ganz besonders bei Statuen, die im Freien aufgestellt werden sollen. Es ist aller-dings eine billige Mühe, einer Kupferlegierung beliebiger Zusammensetzung durch Behandeln mit verschiedenen Chemikalien und Dämpfen ein Ansehen echter, natürlich patinierter Bronze zu erteilen. Aber daß das vorhalten könnte, ist ausgeschlossen. Nach wenigen Wochen schon ist diese Schminke herunter, und die Eigenschaften der Legierung kommen allein zur Geltung. Das liegt nämlich einfach daran, daß die Metalle selber ja auch Chemikalien sind, die ihre spezifische Wirkung haben; besonders Zink ist sogar ein sehr kräftiges chemisches Agens. Mag daher auf eine Statue künstlich draufpatiniert sein, was immer es sein mag; das darunterliegende Metall verliert hierdurch seine chemischen Eigenschaften durchaus nicht, sondern bringt sie un-bedingt zur Geltung; sei es, daß die künstlich aufgetragene Patina direkt zerfällt, sei es, daß es seine eigene Sorte von „Patina“ macht, nachdem die künstliche heruntergewittert.

Daran festzuhalten, können wir Bildhauer und sonstigen Vorkäufer gar nicht dringend genug raten. In den letzten Jahren, als auf Veranlassung des Vereins zur Beförderung des Gewerbetreibenden zu Berlin zahlreiche Untersuchungen von Bronzen stattgefunden hatten, einige man sich zwar schließlich dahin, daß Bronzen der verschiedensten Zusammensetzungen eine gleich schöne Patina annehmen könnten; nur daß sie das mehr oder weniger schnell taten. Aber soweit nicht die Geschäftsin-teressen der schon damals recht anspruchsvollen Berliner Metallwaren-industrie diese Toleranz diktieren haben mögen, war es die Hoff-nung, die man beinahe am Grabe aufsprang, was dort zum Ausbruch kam. Gerechtfertigt war diese Hoffnung jedoch keines-wegs. Das haben die Erfahrungen weiterer vierzig und mehr Jahre nun deutlich bewiesen. Denn was damals von Bronze-standbildern ein schlechtes, das andere gut aussah, ist genau so

geblieben. Und das ist auch gar nicht zu verwundern. Zeit ist gewiß ein gewaltiger Faktor bei sehr vielen chemischen Vor-gängen. Aber so wenig jemals Baumwolle zu Wolle wird, so wenig wird Zink zu Zinn, oder eine Messinglegierung zu reiner, echter Bronze. Wer sich also der Eigenschaften echter Bronze erfreuen will, Sorge dafür, daß ihm solche geliefert wird, falls er hierüber zu bestimmen hat. Wer dagegen von minderwertigen Surrogaten die Eigenschaften des Edlern erhofft, hat sich nur selber verantwortlich zu machen, wenn hinterher Ent-täuschungen sein Teil werden.

Uebrigens glauben wir nicht einmal, daß den Bestellern von Bronzestandbildern seitens der Gießereien für die Ver-wendung schlechter, billigerer Legierungen an Stelle von reiner, wirklicher Bronze etwas Nennenswertes gutgeschrieben wird. Um so weniger hat man also Ursache, nicht auf allerbestes, voll-kommenstes Material zu halten. Zum Beweise aber, wessen man im andern Falle gewärtig sein darf, sei angeführt, daß es in Deutschland sogenannte „Bronze“-Standbild gibt, von denen ein 2. A. neben 0,5 Prozent Zinn nur 1,5 Prozent Zinn, ein andres 1,5 Prozent Zinn und 0,5 Prozent Zinn enthält! Das derartige Metallgemische weit eher Messing genannt werden müssen als Bronze, sagt sich wohl jedermann selber. Selbst wenn die bezüglichen Verhältnisse zwischen Zinn und Zink um-gedreht wären, könnte man noch immer nur von verflüchtigen Bronzen, aber nicht von Bronze schlechthin reden. — Sonderbar ist es jedenfalls, daß man bei Kunstwerken, deren Preis sich nach Tausenden, sogar nach Hunderttausenden mitunter be-läuft, der Qualität und dem Wert ihres Materials gegenüber so tolerant, so völlig gleichgültig ist; und das trotz der enormen Wichtigkeit dieses Materials für das Aussehen, die Dauerhaftig-keit und speziell auch für die antiken Reingehalts- und Er-haltungskosten, die ja erfahrungsgemäß um so höher und um so zweckloser zum Fenster hinausgeworfen sind, je zinnhaltiger es ist. — Von einem gewöhnlichen silbernen Teelöffel für zwei Mark verlangt man dagegen nicht bloß, daß er echt, sondern daß er auch von richtigem Gehalt ist! F. H.

## Der Baudot-Mehrfachtelegraph.

Die Einführung des Morsefächtelegraphen bedeutete vor Jahrszehnten den Abschluß einer Menge wissenschaftlicher Arbeit, gleichzeitig aber eröffnete sie in der Folgezeit eine Reihe neuer Erfindungen. Die damit ermöglichte und stetig wachsende elek-trische Fernschreibtelegraphie ließ schließlich die Nachteile des Morsefächtelegraphen merken, so daß wir heute neben diesem ver-schiedene andre Systeme vorfinden. Der steigenden Intensität des Verkehrs entspricht zunächst der Grad der Telegraphie-schnelligkeit beim Morseapparat, 400—500 Worte in der Stunde, nicht ganz, und darum bedeutete der von Wheatstone erfindene maschinelle Telegraph, der geschwinder überträgt, einen Fort-schritt. Weiter gibt der Morseapparat nur die aus Strichen und Punkten bestehenden Kombinationsschreiben, die umgeschrie-ben werden müssen. Mit höherer Schnelligkeit und gewöhnlicher Druckkraft arbeitet der Typendruck von Hughes, der den Morsefächtelegraphen überholte. Damit sind ungefähr 1200—1500 Worte in der Stunde möglich. In neuerer Zeit bemüht man außerdem die sinnreichen Systeme der Mehrfachtelegraphie, die die Be-förderung mehrerer Telegramme auf einer einzigen Leitung gestatten. Das kann einmal davor erfolgen, daß man von einundderselben Stelle zwei Depeschen in der gleichen Richtung über den Draht nach der zweiten Stelle schickt. Man nennt es das Doppelsprechen. Oder man sendet ein Telegramm aus dem ersten Ort nach dem zweiten und ein andres vom zweiten umgekehrt an den ersten; Gegensprechen. Hierher ge-hören die Systeme Gintl, Frischen, Stenens u. Dalste. Mittels komplizierter Schaltungen erreicht man auch Doppel-Gegen-sprechen, also die Beförderung von vier Telegrammen, Quadru-plextelegraphie. Diese Anordnungen sind alle dadurch charak-terisiert, daß die elektrischen Beziehungen „gleichzeitig“ er-folgen. Man kann es aber auch so einrichten, daß man an zwei getrennten Stationen je 2, 3 oder 4 verschiedene Telegraphen-apparate in kurzen Zeiträumen nacheinander mit der gemein-samen Fernleitung in Verbindung setzt und sie in dem betreffen-den Augenblick betätigt. Auch das ist eine Mehrfachtelegraphie, doch geschieht die Zeichengebung wechselsweise. Unter den letzteren Systemen, nach Deland, Rowland usw. wollen wir einer kurzen Darstellung wegen aus diesem umfangreichen Spezialgebiet nur die Anordnung des Franzosen Baudot her-ausgreifen, weil die sich im Telegraphenverkehr in Frankreich und Deutschland praktisch bewährt hat.

Um die Eigenart des Baudottelegraphen näher kennen zu lernen, möchten wir vorher dem Hughesapparat einige Worte widmen. Bei dem Morsefächtelegraphen drückt man an der ersten Station den Taster lakmähig immer etwas länger oder kürzer nieder, womit ebenso lange ein Batteriestrom durch den Draht der Fernleitung und die Erde hergestellt und in der andern Station während derselben Zeit ein Hebel elektromagnetisch an-gespannt wird. Nach der Dauer der beiderseitigen Niederbewe-gung ruht die Federrolle des Empfangsapparats an dem vor-übergehenden Papierstreifen und hinterläßt daraus Striche und Punkte. Das nun der Hughesapparat in der Empfangsstation vielleicht durch Bewegungen des Schreibstifts anstatt der Morse-schleifen direkt fertige Buchstaben zeichnet, wäre freilich schwer anzudeuten. In Wirklichkeit werden ähnlich wie bei unsern modernen Schreibmaschinen viele Typen, jede von der Bedeutung eines bestimmten Buchstabens, einzeln im richtigen Augenblick ausgeführt und auf dem Papier abgedruckt. Eine mit der Hand-leitung der Schreibmaschinenanordnung verwandte Tätigkeit sibt auch der Telegraphist beim Senden der Depesche aus, er bedient eine Revolver von nahe an 80 Tasten. Deren jede markiert einen Buchstaben des Alphabets oder eine Ziffer und ist durch eine Schußkammer mit der „Stiftblase“ verbunden. Das ist eine größere Metallkugel mit wogerechtem, runden Deckel, in den in radialer Richtung ringsherum eine regelmäßige Reihe senkrechter Spalte eingeschritten ist. Dort springt an der einen Stelle ein Stift hervor, sobald man die eine oder andre Taste nieder-drückt. Witten in dem Kreis rotiert eine vertikale Welle, von einem Uhrwerk oder Elektromotor angetrieben, mit ziemlicher Schnelligkeit, sekundlich zweimal. Nicht weit vom unteren Ende ist daran ein gabelförmiger Aufschlagmechanismus befestigt, an dem vorn ein abwärtsragender Teil über den Stiftkreis hin-gleitet. Kommt nun irgendein Stift empor, wird mit der Kollis-ion ein Kontakt ausgelöst, der einen Stromstoß über die Fern-leitung schieben läßt. Am Empfangsapparat bricht ein Werk genau gleichzeitig ein Stahrad, in dessen breitem Rand die er-forderlichen Typen, also Buchstaben und Ziffern, erhaben stehen. Das Druckwerk, ein Mechanismus, der den Papierstreifen hält oder weiterführt, wird gerade in dem Augenblick mit dem Typenrad elektromagnetisch, infolge des gesunden Stromstoßes, verbunden, wenn der Buchstabe vorübergeht, dessen Taste man bewegte. Da alle Typen mit Farbe bestrichen, drückt sich die betreffende auf dem dagegen geschmierten Streifen ab. Das ganze Kästlein, immer den richtigen Buchstaben zu erwischen, stude seine Lösung einzig in der völligen Uebereinstimmung der beiderseitigen Rotationen.

Das ist auch die Hauptsache beim Baudot-Mehrfachtele-graphen, nur macht man dort nicht bloß die Uebereinstimmung der Buchstaben, sondern auch den wechselseitigen Anschlag ver-schiedener Telegraphenapparate an eine gemeinsame Leitung möglich. Es sind z. B. für das Senden vier Arbeitsplätze vor-handen, deren jeder aber nur 5 Tasten besitzt. Die einzelne Taste hat Kontakt mit einer Leitung zur Batterie und Erde, wenn sie mit dem Niederdrücken einen unter dem vorderen Ende gelegenen Knopf berührt. Im Augenblick sofort sie ein wenig aufwärts und dann mit dem hinteren Ende an einen zweiten,

nur mit der Erde verbundenen Knopf, während ihr Drehpunkt mittels einer dritten Leitung dauernd mit dem Fernleitungsapparat in Schluß bleibt. Hier ist auf einer ebenen Fläche ein regel-rechter Kreis aus 20 Metallsegmenten hergestellt, die zunächst unter sich isoliert und weiter je 5 zu einem abgetheilten Viertel-kreis geordnet sind. Jeder gehört einem Arbeitsplatz, und jede Leitung des Drehpunktes einer Taste mündet an einem Segment. Auch über diesen Schienenkreis gleitet ein Kontaktschlitten, der sich um eine mitten darin aufgerichtete Achse mit relativ großer Geschwindigkeit dreht. Dadurch bestreift er ununterbrochen der Reihe nach alle Segmente und setzt sie jedesmal mit der Fern-leitung für einen Moment in Verbindung. Demselben Apparat begegnen wir in der Empfangsstation, wo die Fernleitung wieder an der rotierenden Achse endigt. Der Schienenkreis ist genau so montiert, und der Kontaktschlitten muß bei absolut überein-stimmender Drehung über dem nämlichen Segment stehen, wo sich der gleiche Teil des Senders eben befindet. Diesen hohen Grad des Synchronismus hat man durch eine im Laufe der Jahre immer mehr entwickelte Methode der elektromagnetischen Regelung erzielt. Die 5 Segmente der Viertelkreise bilden aber-mals die Endglieder der Drähte von den vier Empfangsappa-raten, die freilich kompliziert gebaut sind. Sie beginnen mit einem Empfangsrelais für jede Segmentleitung, die dahinter nach der Erde abgeführt ist. Da die Ströme über die Fern-leitung nur schwach ankommen, können sie nicht die eigentlichen Telegraphenvorrichtungen selbst, sondern nur empfindliche In-strumente andiosen, die dann ebensoviele; Zeit einen kräftigen Vorkreisstrom schieben. Der gelangt durch die Drahtrollen eines Elektromagneten und zieht damit dessen Anker, eine Eisenkappe, herunter. Es hat den Zweck, den Suchermechanismus zu betätigen. Zinn gerade, in der Längsrichtung verschlebbare Stäbe tragen in der Mitte horizontaler Querschnitte, die unten auf einem Rad mit zwei parallelen Peripherieschleifen, dem Kom-binatorrad, gleiten, und zwar zunächst nur auf der einen, der Aufschreibeseite. Beide Flächen sind linienförmig und mit quadratischen Vertiefungen versehen. Diese bewegen sich in bestimmter Drehung unter den Querschnitten der Sucherdrähte hinweg. Um einen Ueberblick der Gesamtsituation zu gewinnen, müssen wir zunächst wissen, daß die 5 Tasten eines Arbeitsplatzes der Sendestation im Lichte der einen Stromstoß im negativen Sinne über die Fernleitung schieben, beim Niederdrücken jedoch im positiven, d. h. in umgekehrter Richtung. Die verschiede-nen Buchstaben stellt man durch die Art und Weise zusammen, wie und in welcher Reihenfolge man die Tasten anschlägt. In-folge des Vorbeigehens des Kontaktschlittens am ersten Verteiler wird nun die gleiche Gruppierung durch Fernleitung, zweiten Verteiler, Empfangsrelais und Magnete auf die Sucherdrähte übertragen. Welche damit verbunden werden, deren Querschnitte kommen auf die zweite Rundfläche, die Arbeitsfläche des Kom-binatorrades zu liegen und fallen in die Vertiefungen. Der Augenblickspiegel genügt, um diejenige Type auszulösen, deren Wert in die Gruppierung paßt. Darauf folgt der sofortige Abdruck. Den richtigen Zeitpunkt zum Anschlagen der Tasten in der Gedächtnisvermittlung elektrischer Zeichen in einem Fern-telephon an jedem Arbeitsplatz. Der Nutzen der Baudot-Mehr-fachtelegraphie ist aus den Resultaten leicht ersichtlich, in denen sich auch das Telegraphietempo ausdrückt: mit vierfachen Betrieb sichtlich an 7000, mit zweifachen ungefähr 3000 Worte. Die teuren Telegraphenleitungen werden damit viel besser aus-genutzt, der Telegraphenbetrieb wirtschaftlicher. Der Baudot-apparat stellt heute nicht allein innerhalb einzelner Länder die Korrespondenz zwischen Verkehrszentren her, er dient ebenfalls internationaler Verständigung. Zwischen Paris und Brüssel, wo man sonst täglich 2000 Hughestelegramme hin und her beordert, Berlin, Petersburg, Rom und London besorgt diese Mehrfach-telegraphie den Verkehr.

## Kunstchronik.

Am Schauspielhaus gastiert kurzot Kurt Junker, der einst eine „Säule“ des Schauspielhauses war, eine feilere und elegantere als Herr Bornstedt. Er ist in guter Verfassung wiedergekommen und wird sich in der Hauptsache in Rollen zeigen, die ihm schon früher Ehre eingetragen haben. Wir verdanken es ihm zunächst, daß am Sonnabend Bödens Ge-spenst er wieder einmal auf dem Spielplan erschienen in einer Aufführung, die härteres Interesse dadurch gewann, daß sich in der Auffassung der Hauptrolle (Fr. Normann) erfreuliche Nach-wirkungen des Sormagastspiels zeigten. Gestern spielte Herr Junker den jungen deutschen Dichter Dr. Franz Pfeil in Otto Ernsts neuem satirischen Schwanz Pariff der Patriot, eine Rolle, die stark an alte Theaterstücke erinnert. Der junge Dichter ist ein Verwandlungskünstler; er versteht es, seine Mänschen in den Masken eines polnischen Agenten, eines englischen Dichters und Organisten und eines demokratischen Redakteurs zu dupleiren; Herr Junker ließ ihn das mit ruhiger Sicherheit aus-führen und legte mit frischem Mut. Weniger frisch wirkte das neue Stück Otto Ernsts, das mit derben Häuten auf die Karikatur eines Geschäftspatrioten einhaut, aber die wahren Patrioten nach Ernsts Dingen, oben den jungen Dichter und seinen Vater, den Erfinder eines Luftschiffs, eine Juppelinspur, blutwenig vom eigentlichen Wesen des Patriotismus verraten läßt; so erweckt das Stück leider den Eindruck bequemem Schwabronnerens und in seiner ganzen Made obenbrein den Eindruck einer künstlerischen Nonchalance, die es wohl erlaubt, daß wir uns damit begnügen, die Tatsache der Aufführung zu registrieren.

Neues Theater. Dienstag: Susannens Geheimnis; Der schwarze Domino. Mittwoch: Madame Butterfly; Wiener Walzer. Donnerstag: Burdens Gesel. Freitag: Elektra. Sonn-abend: Wenn der junge Wein blüht. Sonntag, 6 Uhr: Die Raubersitze (Erster Abend der Raubersitze). Montag, 2. Mai: Wenn der junge Wein blüht. — Altes Theater. Dienstag: Der Graf von Luxemburg. Mittwoch: Der Feldherrnhügel. Donner-stag: Der Graf von Luxemburg. Freitag: Der Weineldbauer (Angenerüberzug II). Sonnabend: Der Graf von Luxemburg. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Ein Walzertraum (ermäßigte Preise), abends 7/8 Uhr: Der Feldherrnhügel. Montag, 2. Mai: Die geschiedne Frau.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nicht anders angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 7/8 Uhr.

Bereinigtes Leipziger Schauspielhaus. Schauspielhaus. Dienstag: Tartuff der Patriot (Gastspiel Kurt Junkers). Mit-twoch: Ein idealer Gatte (Gastspiel Kurt Junkers). Donner-stag: Die versunkne Blode (halbe Preise). Freitag: Ein idealer Gatte (Gastspiel Kurt Junkers). Sonnabend: Erdgeist (Gast-spiel Kurt Junkers). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den evangelischen Arbeiterverein (Die Jungfrau von Orleans), abends 7/8 Uhr: Erdgeist (Gastspiel Kurt Junkers). Montag: Vereinsvorstellung (Der Kaufmann von Venedig). — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomabring). Dienstag: Das Fürstentum. Mittwoch: Miß Dubelssad. Donnerstag, Freitag: Das Fürstentum. Sonnabend: Die beiden G. Son-nitag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerbeverein S.-D. (Das Modell), abends 7/8 Uhr: Die beiden G. Montag, 2. Mai: Die beiden G.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nicht anders angegeben, 7/8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Rattenberg-Theater. Dienstag: Der Wellenfresser. Mittwoch, Donnerstag: Charleys Tante. Freitag: Der Großkaufmann. Sonnabend, Sonntag: Hans Dudenbein.